

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

12 | **2015** € 5,50



Flucht. Letzter Ausweg

**Katarina Barley | Jochen Oltmer | Ulrike Krause |
Claudia Engelmann | Rupert Neudeck |
Aydan Özoğuz | Hanjo Kesting | Ulrich Baron |
Nancy Reagin u.a.**

Die Flucht einer so großen Zahl von Menschen, die in den reichsten Ländern Europas Sicherheit suchen – Thema der vorliegenden Ausgabe – kommt keineswegs aus heiterem Himmel, wie Erhard Eppler soeben in seiner persönlichen Bilanz (*Links leben*) in Erinnerung rief. Er selbst und viele andere »Vordenker« in Bereichen wie Umweltzerstörung, Armut in der Dritten Welt oder militärische Interventionspolitik haben seit den 70er Jahren mit starken Argumenten vorausgesagt, was unweigerlich geschehen muss, wenn die Lebensbedingungen der Menschen in den durch rücksichtslose Politik erzeugten Krisenregionen unerträglich werden. Nach all den Jahrzehnten der Verschleppung wirksamen Handelns ist jetzt – neben der humanen Versorgung und Integration der aus Asien, Afrika und vor allem Nahost bei uns eintreffenden Menschen – eine entschiedene Bekämpfung der Fluchtursachen das wichtigste. Sonst ist der anschwellende Strom der Verzweifelten nicht mehr zu kanalisieren.



Für die Angekommenen aber, insofern sie bleiben, müssen sofort erfolgversprechende Bedingungen einer raschen und effektiven Integration in unsere Gesellschaft auf ganzer Linie geschaffen werden. Sigmar Gabriel hat Mitte Oktober mit einer treffenden Analyse den Finger in die Wunde gelegt. Wir können uns nicht mit der bequemen Abstraktion der Kanzlerin (»Wir schaffen das«) zufriedengeben. Wir müssen vielmehr die Bedingungen für den Erfolg beim Namen nennen. Erst recht macht es keinen Sinn, sich von der Hysterie jener anstecken zu lassen, die jetzt schon wissen, dass das Land mit so vielen Flüchtlingen überfordert ist – weil sie es in Wahrheit gar nicht schaffen *wollen*. Worauf es ankommt ist vielmehr, die Voraussetzungen dafür zu erkennen, offen auszusprechen und entschlossen zu erfüllen, damit Hunderttausende von Neuankömmlingen unterschiedlichster Herkunft bei uns eine neue Heimat finden. Das verlangt, wie wir aus den bisherigen Versäumnissen unseres Landes sehr genau wissen (können): neue Schul- und Kindergartenkonzepte, eine andere Wohnungs- und Stadtpolitik, umfassende Sprachangebote – und sehr viel Geld, um das alles zu realisieren. Das muss jetzt ausgesprochen werden, damit die Gesellschaft über beides Klarheit gewinnt: Wie die Eingliederung so Vieler gelingen kann und was sie voraussetzt. Es geht ja um eine »doppelte Integration« (Wolfgang Thierse) – die der neuen Bürgerinnen und Bürger in unsere Gesellschaft und die der alten in die entstehende neue Gesellschaft. Eine Politik, die das beizeiten thematisiert und die Kosten benennt, könnte viele Zweifler überzeugen und die verbreitete Solidarität nutzen, solange sie stark ist.

Zu dieser Diskussion bietet das vorliegende Heft einen Auftakt, das Thema wird uns weiter intensiv beschäftigen.

Thomas Meyer



Folgen Sie uns auf: www.facebook.com/NeueGesellschaftFrankfurterHefte

Übrigens: Die NG/FH können Sie auch digital lesen, im Browser oder als App: für PC/Mac, Smartphone und Tablet.

1 Editorial

Zur Sache

-
- 4** Ludger Pries
Deutschland als Einwanderungsland

Aktuelles

-
- 11** Katarina Barley
Helmut Schmidt (1918-2015)
-
- 13** Bernd Faulenbach
Zum Tod von Hans Mommsen
-
- 15** Christian Demuth
Pegida, AfD und die Antworten der Politik

Flucht. Letzter Ausweg

-
- 19** Jochen Oltmer
Fluchtursachen, Fluchtwege und die neue Rolle Deutschlands
-
- 22** Ulrike Krause
Flucht und Flüchtlingsschutz: Globale Trends
-
- 25** Marianne Haase
Vom Wollen und Können der europäischen Asylpolitik
-
- 29** Claudia Engelmann
Sichere Herkunftsstaaten – sinnvoll oder nicht?
-
- 32** Rupert Neudeck
Was tut die Europäische Union in der Flüchtlingskrise?
-
- 35** Gerhard Hofmann
Klimamigration – was kann COP 21 in Paris bewirken?
-
- 38** Marcel Berlinghoff
Ein neues Einwanderungsrecht – wozu?
-
- 41** Richard Meng
Die Flüchtlingsdebatte legt so manche Selbsttäuschung offen

Sozialdemokratie. Eine Debatte

- 45** Aydan Özoguz
*Für eine sozialdemokratische
Flüchtlingspolitik über den Tag hinaus*
- 48** Robert von Olberg
*Wer Sicherheit will, darf von Gerechtig-
keit und Solidarität nicht schweigen*

Medienspiegel

- 52** Rudolf Walther
*Irrwege zur Rettung des Qualitäts-
journalismus*

Zeit für Geschichte

- 54** Peter Brandt
25 Jahre Deutsche Einheit

Kultur und Kritik

- 57** Martin Tschechne
Eine Erbschaft stellt alle auf die Probe
- 59** Hanjo Kesting
*Vor 150 Jahren wurde Rudyard Kipling
geboren*
- 63** Konstantin Ulmer
Kultureller Kahlschlag in der DDR
- 65** Ulrich Baron
*Der Nahe Osten zwischen politischem
Pragmatismus und fanatischem Hass*
- 68** Nancy Reagin
*Die historisch-politische Konstruktion
der Star Wars-Reihe*
- 72** Johano Strasser
Demokratie – ein Standortnachteil?
- 76** Barbara Strohschein
Die Wirkung von Kränkungen

- 80** Impressum

Ludger Pries

Es geht nur europäisch

Chancen und Herausforderungen für das Einwanderungsland Deutschland

Die Zahl der tatsächlich in Deutschland eintreffenden Flüchtlinge und Asylsuchenden hat sich im Jahre 2015 dramatisch auf wohl mehr als 800.000 erhöht – das entspricht etwa dem Doppelten der von Fachleuten noch zu Beginn des Jahres prognostizierten Zahl. Die Schutz- und Unterkunftsuchenden kommen vor allem aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens und Afrikas sowie aus den Balkanstaaten. Städte und Gemeinden, Erstaufnahme- und Zentrale Unterbringungseinrichtungen sind völlig überfordert. In Europa findet gemeinsames Handeln der EU-Mitgliedsländer faktisch kaum noch statt. Verständnis und Solidarität der Zivilgesellschaft sind in Deutschland ganz erheblich. Leider sind aber auch die Angriffe Rechtsextremer auf Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte in Zahl und Aggressionspotenzial stark angewachsen.

Im Vergleich zur Situation zu Beginn der 90er Jahre, als im Gefolge der Balkankriege in ähnlich großem Umfang Flüchtlinge nach Deutschland kamen, ist die Hilfsbereitschaft der Bürger und Organisationen wesentlich größer. Engagierte Bürger/innen und Ehrenamtliche organisieren fast überall Sprachkurse, bauen Kleiderverteilstellen auf und helfen bei Behördengängen. Wenn für 2015 ein Preis für zivilgesellschaftliches Engagement zu vergeben ist, dann haben ihn Hunderttausende verdient. All dies ist Teil und Ausdruck einer stillen Revolution, die Deutschland seit der Jahrtausendwende im Hinblick auf Migration und Integration durchlebt. Dieser Wandel hin zu einem offenen Einwanderungsland ist notwendig, er ist aber auch mit Herausforderungen verbunden.

Erinnern wir uns: Noch Ende 2010 antwortete die Bundeskanzlerin auf die Frage »Ist Deutschland denn nun ein Einwanderungsland oder nicht?« mit dem Satz: »Eigentlich war es das nur zwischen den 1950er Jahren und 1973.« In den Jahren 2008 und 2009 wies Deutschland sogar eine negative Wanderungsbilanz aus. Vom *Braindrain* qualifizierter Ärzt/innen und Forscher/innen aus Deutschland in die Schweiz, nach Großbritannien und in die USA war die Rede. Noch bis Ende des 20. Jahrhunderts galt hierzulande das *ius sanguinis*-Prinzip, dementsprechend die deutsche Staatsangehörigkeit nur durch Abstammung ererbt werden konnte. Ganze Generationen von in Deutschland sozialisierten sogenannten Gastarbeiterkindern kannten das Herkunftsland ihrer Vorfahren nur aus Erzählungen und Urlauben, die deutsche Staatsangehörigkeit aber war ihnen verwehrt.

An all dies muss man erinnern, um das ganze Ausmaß der fast revolutionären Veränderungen seit Anfang des neuen Jahrhunderts zu verdeutlichen. Dieser Umbruch spielte sich zum einen auf der rechtlichen Ebene ab: Staatsangehörigkeitsgesetz und *Greencard*-Verordnung, Zuwanderungsgesetz, Richtlinienumsetzungsgesetz, Arbeitsmarktsteuergesetz, Umsetzung der europäischen Richtlinie zur *Blue Card*, Novellierungen des Aufenthaltsgesetzes und der Beschäftigungsverordnung, das Gesetz zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die erleichterte Arbeitssuche für ausländische Studienabsolventen, die Einführung der Kategorie »Menschen mit Migrationshintergrund« im Mikrozensus seit 2005 und viele andere Maßnahmen haben die formalrechtlichen Rahmenbedingungen von Einwanderung und Integration grundlegend verbessert.

Hinsichtlich der Gesetzgebung zählt Deutschland heute – auch nach Einschätzung der OECD – zu den am besten aufgestellten und liberalsten Einwanderungsländern der Welt.

Auch wenn dies noch nicht überall – innerhalb und außerhalb Deutschlands – hinreichend bekannt ist. Das zeigt sich etwa in den aktuellen Debatten um ein neues Einwanderungsgesetz oder die Einführung eines angeblich fortschrittlichen Punktesystems »wie in Kanada«. Dazu stellte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration fest: »Wer das fordert, übersieht, dass sich Kanada längst von einem klassischen Punktesystem verabschiedet hat. (...) Kanada und Deutschland haben sich in der Zuzugssteuerung längst aufeinander zubewegt und ein ähnliches Mischsystem aus arbeitsmarkt- und humankapitalorientierten Verfahren geschaffen. Ein Punktesystem wäre auch als konkurrierendes Parallelsystem zur EU-weiten *Blue Card* einzurichten, was bestehende Verfahren nur unnötig verkompliziere.«

Neben und mit der rechtlichen Rahmenordnung haben sich zudem auch das tatsächliche Volumen und die Struktur der grenzüberschreitenden Wanderungen grundlegend gewandelt. Von 2008 bis 2013 sind die jährlichen Ein- und Auswanderungen von etwa 1,4 auf über 2 Millionen und ist die Nettowanderung gar von minus 55.000 auf plus 430.000 Menschen angestiegen. Wir sind also von »postmigrantischen« Zuständen sehr weit entfernt!

Gleichzeitig hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten die Struktur der Herkunftsländer radikal verschoben. Während Migration früher von den traditionellen Gastarbeiter-Ländern am Mittelmeer bestimmt wurde, gewannen nach 1989 die Länder Mittel- und Osteuropas an Bedeutung; heute dominieren die Länder der beiden EU-Osterweiterungen von 2004 und 2007. Während die klassische Gastarbeiter-Wanderung von Niedrigqualifizierten geprägt war, hat sich das Qualifikationsniveau der Einwanderer inzwischen erheblich erhöht. So lag der Anteil der Akademiker/innen aus Drittstaaten und auch aus den EU-10-Staaten (der Erweiterungsrunde 2004) und EU-2-Staaten (Bulgarien und Rumänien) zwischen 2000 und 2010 weit über dem Akademikeranteil der in Deutschland lebenden Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Auch hinsichtlich der Schulabschlüsse liegen viele mittel- und osteuropäische Herkunftsländer weit über dem Niveau der alten »Gastarbeiter«-Länder.

Schließlich zeichnet sich drittens im Hinblick auf die Meinungen und Stimmungen in der Bevölkerung eine grundlegende Umkehr ab. Einwanderung wird nicht mehr in erster Linie als Problem, sondern als Teil von Lösungen angesehen. Das vom Sachverständigenrat für Integration und Migration erhobene Integrationsbarometer wie auch zum Beispiel eine kürzlich von der Bertelsmann Stiftung vorgelegte Studie zur Willkommenskultur in Deutschland belegen die grundlegend positive Einstellung der Menschen gegenüber Einwanderung. Wahlkämpfe unter dem Motto »Kinder statt Inder«, wie noch im Jahr 2000 vom damaligen CDU-Chef in NRW Jürgen Rüttgers, wären gegenwärtig wohl kaum denkbar. Die Berichterstattung in den Medien ist heute – trotz aller weiterhin vorhandenen Skandalisierungstendenzen – wesentlich differenzierter als noch vor 20 Jahren. Gleichwohl ist das Eis der Einwanderungsgesellschaft, auf dem wir uns bewegen, immer noch fragil, wie die jüngsten Übergriffe auf Asylunterkünfte zeigen. Insgesamt gilt aber: Deutschland hat sich in den letzten 15 Jahren zu einem modernen Einwanderungsland gewandelt. Dies hängt nicht zuletzt mit der Einsicht zusammen, dass längerfristige und umfangreiche Netto-Einwanderung tatsächlich alternativlos ist und für Deutschland segensreich sein kann.

Aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung braucht Deutschland nach allen vorliegenden Berechnungen – und der Sachverständigenrat für Integration und Migration hat dies schon 2011 betont – eine jährliche Nettoeinwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter in der Größenordnung von 100.000 bis 200.000. Die Herausforderungen des demografischen Wandels werden in Deutschland zwar erkannt, aber in weiten Teilen der Bevölkerung – und auch der Wirtschaft – vielfach unterschätzt. Laut einer im Januar 2015

durchgeführten Befragung der bundesdeutschen Wohnbevölkerung glaubt mehr als ein Viertel aller in Deutschland Lebenden, dass die Bevölkerung auch längerfristig ohne Einwanderung nicht schrumpft. Nur weniger als ein Viertel schätzen die Größenordnung der demografischen Herausforderung richtig ein. Tatsächlich würde das Erwerbspersonenpotenzial ohne Einwanderung bis 2060 um mehr als 20 Millionen zurückgehen. Zwar stieg wie gezeigt die Nettoeinwanderung in den letzten fünf Jahren erheblich an und wird für 2014 auf etwa 470.000 Menschen geschätzt, doch waren wir bisher von einer Nettozuwanderung von über 100.000 Erwerbspersonen noch weit entfernt. Denn die Struktur der Eingewanderten setzt sich ebenso wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hinsichtlich des überwiegenden Lebensunterhalts aus sehr unterschiedlichen Gruppen zusammen. Die Erwerbstätigenquote schwankt dabei je nach Herkunftsregion zwischen einem Drittel und fast der Hälfte, was durch die Altersstruktur, Qualifikation, den Aufenthaltsstatus und andere Faktoren bedingt ist.

Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von Johann Fuchs, Alexander Kubis und Lutz Schneider heißt es resümierend: »Je nach EU-Zuwanderung und Entwicklung der Erwerbsbeteiligung bewegt sich der durchschnittliche jährliche Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten zwischen 276.000 und 491.000 Personen, wenn man den gesamten Zeitraum 2015 bis 2050 betrachtet. (...) Deutschland muss sich wohl darauf einstellen, den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials mit Zuwanderung nur noch mehr oder weniger stark bremsen zu können.«. Deutschland wird also auch in den nächsten 40 Jahren nicht postmigrantisch, sondern Einwanderungsland par excellence bleiben.

Dass Nettoeinwanderung nicht nur aus demografischen Gründen geboten erscheint, sondern auch volkswirtschaftlich positive Effekte hat, wurde erst kürzlich von Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim gezeigt, der erklärte: »Die rund 6,6 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft zahlten insgesamt über 22 Milliarden Euro mehr an den Staat, als sie in Form von individuellen Transfers (...) zurückerhielten«. Wie die regelmäßig veröffentlichten Arbeitsmarktindikatoren des IAB zeigen, gibt es selbst im Hinblick auf die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien seit dem 1. Januar 2014 trotz lokal durchaus vorhandener Probleme und Konflikte keine Anzeichen für eine massive »Einwanderung in die Sozialsysteme«.

Deutschland ist also in keiner Weise in Gefahr, das »Weltsozialamt« zu werden. Im Gegenteil profitiert unser Land in einer schon fast problematischen Weise von qualifizierter

Die Illusion nationaler Migrationssteuerung Zuwanderung. So werden zum Beispiel in Bulgarien jährlich etwa 600 Ärzte ausgebildet, während im gleichen Umfang jedes Jahr Ärzte das Land verlassen – unter anderem nach Deutschland. Was in Deutschland als Chance der Einwanderung gesehen wird, ist für die Herkunftsländer eventuell eher eine Herausforderung. Vor dem Hintergrund seiner eigenen Geschichte, des erreichten Grades der europäischen Integration und seiner weltweiten Verflechtungen kann Deutschland die eigene Einwanderungspolitik nur dann erfolgreich und nachhaltig gestalten, wenn sie über den nationalen Tellerrand hinaus und nicht nur kurzfristig-utilitaristisch gedacht wird. Dies soll im Folgenden an drei Punkten gezeigt werden.

Deutschland ist zum einen in Hinblick auf grenzüberschreitende Personenmobilität – sei es als Arbeits- und Ausbildungsmigration, als Familiennachzug, Flucht und Asyl oder als Alterswanderung – in einer Weise in die EU und in weitere transnationale Verflechtungen eingewoben, dass nationalstaatliche Steuerung illusionär und nationaler Egoismus gefährlich erscheinen. Und dies aus rechtlichen, ökonomischen und sozialen Gründen. Durch die EU-Freizügigkeit verloren die Mitgliedstaaten hinsichtlich Migration weitgehend ihre

Autonomie. Auch für viele Drittstaatler gelten inzwischen vorrangig EU-Bestimmungen, etwa bei Familienzusammenführung sowie beim Asyl- und Flüchtlingsrecht. Laut Ausländerzentralregister sind in den ersten neun Monaten 2014 gut 868.000 Personen nach Deutschland zugezogen, 58 % davon waren Staatsangehörige eines EU-Mitgliedslandes. 34 % aller Zugezogenen – sie machen mehr als drei Viertel aller Drittstaatler aus – besaßen einen durch EU-Recht vordefinierten Aufenthaltstitel oder befanden sich noch im Verfahren. Nur 8 % aller Zugezogenen – und weniger als ein Viertel aller Drittstaatler – erhielten ausbildungs- oder arbeitsbezogene Aufenthaltstitel, bei denen größere nationale Ermessensspielräume bestehen. Dazu kommt, dass grenzüberschreitende Mobilität heute nicht einfach einmalige Einwanderung ist, sondern aus vielfältigen Typen und mehrdimensionalen transnationalen Wanderungsbewegungen besteht.

Jeder Versuch, eine deutsche Migrationspolitik nur für Deutschland und nicht auch für Europa zu entwickeln, ist also zum Scheitern verurteilt.

Dies gilt in besonderem Maße, und ist ein zweiter Punkt der Herausforderungen, für den Bereich Flucht und Asyl. Hier sind durch Schengenverträge, Dublin-Abkommen und das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) nationale Alleingänge eigentlich unmöglich. Über Deutschlands Wandel zum Einwanderungsland zu sprechen, ohne das Thema Flucht und Asyl zu behandeln, verbietet sich angesichts der aktuellen Situation und der Tatsache, dass ein erheblicher Teil der Einwanderer in Deutschland Flüchtlinge und Asylsuchende sind. Für das Jahr 2014 wurden etwa 173.000 Neuansprüche auf Asyl und knapp 30.000 Folgeansprüche gestellt. Allein im ersten Halbjahr 2015 wurden etwa 160.000 Neuansprüche und 19.000 Folgeansprüche gestellt. Deutschland hat hier bisher große Anstrengungen unternommen. Allerdings bleibt das GEAS bisher mehr Anspruch als Wirklichkeit. Die Realität in Europa besteht weitgehend aus einer – wie ich es nennen möchte – »organisierten Nicht-Verantwortung« *durch Kompetenzverschiebung* zwischen Nationalstaaten und EU, aber auch innerhalb der Nationalstaaten.

Diese organisierte Nicht-Verantwortung besteht aus einem Gestrüpp von formalrechtlichen Uneindeutigkeiten, die dem Geist des GEAS eigentlich widersprechen, halberziger Beachtung bestehender eindeutiger Regelungen und opportunistischer Zuständigkeitsverschiebung und Verantwortungsweitergabe, wo immer sich hierzu eine Gelegenheit bietet. Diese organisierte Nicht-Verantwortung erstreckt sich als ein Mehrebenen-Geflecht zwischen den Nationalstaaten und auf der EU-Ebene, aber auch innerhalb der Nationalstaaten. Bei uns verteilt der Bund die Flüchtlinge nach dem »Königsberger Schlüssel« auf Länder, die wiederum ihre Bezirksregierungen mit dem Betreiben von Erstaufnahmeeinrichtungen beauftragen, die dafür Städte beauftragen, die wiederum Dienstleistungsanbieter wie *European Homecare* beauftragen. Für die Verfahrensdurchführung ist der Bund bzw. das Bundesamt für Migration (BAMF) zuständig, das Land für die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Zentralen Unterbringungseinrichtungen nach Landesaufnahmegesetz, die Kommune danach für die weitere Unterbringung. Die Quote der in Gemeinschaftsunterkünften anstatt dezentral in Wohnungen untergebrachten Flüchtlinge schwankt nach Bundesländern zwischen 10 und 80 %. Für anfallende Kosten müssen je nach dem Status eines Flüchtlings im Verfahren Bund, Land oder Kommune aufkommen.

Herrscht schon innerhalb der Staaten ein Dickicht an völlig unterschiedlicher Regelauslegung, Unterbringungspolitiken und Verantwortungszuweisungen, so ist in der EU die organisierte Nicht-Verantwortung noch ausgeprägter. Vier Beispiele mögen dies verdeutlichen. Die Flüchtlingsaufnahmepolitiken der EU-Staaten unterscheiden sich ganz erheblich, während es gleichzeitig die einheitliche Rechtsnorm der Verfahrensdurchführung im Erstaufnahmeland gibt. Dies sind für Europa vor allem Mittelmeerländer wie

Griechenland, Italien oder Spanien. Tatsächlich konzentrierten sich im vergangenen Jahr die Flüchtlingseintritte auf Italien; allein durch das Seenotrettungsprogramm *Mare Nostrum* wurden etwa 150.000 Flüchtlinge aufgenommen. Griechenland betrieb dagegen eine klare *push-back*-Strategie. Spanien hat seit einigen Jahren durch eine Mischung aus Drohungen und Anreizen die Flüchtlingsabwehr auf Mauretanien, Marokko und Senegal vorverlagert. GEAS-Normen werden so schon hinsichtlich der Aufnahmepolitiken von betroffenen Ländern völlig unterschiedlich umgesetzt.

Dies gilt auch für die Registrierungen von Asylsuchenden. Von den in Italien im Jahre 2014 angekommenen etwa 180.000 Flüchtlingen wurden »nur« etwa 150.000 registriert und von diesen stellten weniger als ein Drittel einen Asylantrag in Italien. Die anderen zogen weiter, viele nach Deutschland oder Schweden. Ganz offensichtlich kommt Italien seinen formalen Verpflichtungen, alle ersteinreisenden Flüchtlinge zu registrieren, nicht nach. Legitimiert wird dies implizit damit, dass Italien mit der Flüchtlingsproblematik von der EU alleingelassen werde. Spanien registrierte weniger als 5.000 Asylsuchende, also ein Zehntel der Anzahl Italiens, Griechenland etwa 8.000. So entsteht – entgegen allen GEAS-Absichten – ein Heer von in der EU hin- und hergeschubsten Asylsuchenden. Alleine im ersten Halbjahr 2015 wurden zwischen Deutschland und den anderen EU-Staaten für 27.222 Menschen Übernahmeersuchen gestellt, also die Übernahme der Zuständigkeit für einen entsprechenden Asylantrag; das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres von etwa der Hälfte.

Auch bei den tatsächlichen Anerkennungsquoten von Asylbeantragenden zeigt sich, dass die GEAS-Normen nicht einheitlich Anwendung finden. Selbst bei Antragstellungen aus dem gleichen Herkunftsland schwanken die Anerkennungsquoten zwischen verschiedenen EU-Ländern um fast 8 %. So werden in der EU im Durchschnitt drei Viertel der aus Eritrea stammenden Asylantragstellenden anerkannt, in Italien sogar über 90 %, in Spanien aber nur die Hälfte, in Griechenland nur ein Drittel. Auch für andere Herkunftsländer schwanken die Anerkennungsquoten zwischen EU-Ländern so erheblich, dass von einem in der Praxis funktionierenden GEAS kaum gesprochen werden kann.

Auch bei anderen Fragen ist viel Sand im GEAS-Getriebe. Nationalstaaten können bestimmte Länder zu »sicheren Herkunftsstaaten« erklären und die entsprechenden Asylverfahren gleichsam in einen *fast track* (beschleunigtes Verfahren) geben. Zwar gilt das Prinzip der Einzelfallprüfung, aber durch den Mechanismus der »sicheren Herkunftsstaaten« werden zwei Geschwindigkeiten und zwei Klassen von Asylantragstellenden geschaffen. Über das Für und Wider »sicherer Herkunftsstaaten« lässt sich trefflich streiten, kaum darüber, dass ihre je nationale Festlegung dem Gedanken eines GEAS zuwiderläuft.

Ein GEAS, das den Namen Gemeinsames Europäisches Asylsystem verdiente, bräuchte zwingend etwa Mechanismen zur gemeinsamen Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten und eines gemeinsamen Lastenausgleichs zwischen den Schengen-Staaten, der zumindest die Kosten für Unterbringung und Antragsbearbeitung einbezieht. Die EU-Mittelmeerländer oder Bulgarien, Polen und Rumänien grenzen an Krisengebiete, aus denen potenziell viele Flüchtlinge kommen. Diese fühlen sich mit den Flüchtlingsaufgaben, die zwar EU-einheitlich definiert, aber einzelstaatlich umgesetzt werden, alleingelassen. So hat Italien nach dem Massensterben vor Lampedusa im Oktober 2013 monatlich etwa 10 Millionen Euro für das Rettungsprogramm *Mare Nostrum* aufgebracht, welches bis Oktober 2014 von der italienischen Marine und Küstenwache durchgeführt wurde. Die EU verweigerte Kompensationen und legte das von den Zielen und der Finanzausstattung her wesentlich begrenzte Programm *Triton* auf. Die fortwährend hohe Zahl anlandender Flüchtlinge

vor allem in Italien zeigt, dass weniger der *pull*-Faktor des *Mare-Nostrum*-Programms als vielmehr der *push*-Faktor der ausweglosen Lage in den Herkunftsländern ursächlich ist.

Insgesamt sind wir von einer tatsächlichen Harmonisierung der Asylpraxis und einem wirksamen Monitoring in der EU noch weit entfernt. Es gibt dazu aber keine Alternative. Gleichzeitig sollten die starren Dublin-Regeln, nach denen das Erstaufnahmeland für alle Schritte eines Asylverfahrens und danach auch für den Verbleib zuständig ist, flexibilisiert werden. Welche Maßnahmen auch immer im Einzelnen angemessen sein könnten, Migrationspolitik im Einwanderungsland Deutschland muss immer auch auf die Verantwortung Europas und die Verantwortung unseres Landes in Europa ausgerichtet sein.

Dies gilt – und damit ist die dritte Herausforderung benannt – auch für die nachhaltige Verbindung von Migration und Entwicklung. Eine längerfristige Nettoeinwanderung aus Drittstaaten in dem zuvor skizzierten Umfang bedarf ganz erheblicher zusätzlicher Anstrengungen. Diese Herausforderung kann nicht im nationalen Egoismus, auch nicht allein durch die EU bewältigt werden. Es bedarf einer engen Kooperation mit potenziellen Herkunftsländern im Sinne einer nachhaltigen Entwicklungskooperation und eines wechselseitigen Nutzens.

Ein erfolgversprechender Rekrutierungsweg für Akademiker/innen ist, jungen Menschen möglichst attraktive Studienbedingungen in Deutschland zu eröffnen und zu hoffen, dass viele von diesen später zumindest für einige Jahre hier erwerbstätig werden. Erwerbspersonen mittlerer Qualifikationen stehen in vielen potenziellen Herkunftsländern gar nicht zur Verfügung. Effiziente Systeme beruflicher Bildung sind nur wenig verbreitet, das duale deutsche Ausbildungssystem lässt sich nicht einfach exportieren. Umso mehr sollte eine langfristige und nachhaltige Einwanderungspolitik schon heute in den potenziellen Herkunftsländern – wozu auch EU-Mitgliedsländer gehören – die wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Bildung fördern. Kurzfristige, nur national-utilitaristisch aufgesetzte Anwerbungspolitiken können zu nicht vertretbaren *Braindrain*-Effekten für die Herkunftsländer führen, wie das für bulgarische Mediziner/innen bereits erwähnt wurde.

Zwar werden heute bereits Modellprojekte einer positiven Verknüpfung von Migration und Entwicklung durchgeführt – etwa von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Allerdings sind hiervon bisher nur einige hundert Pflegekräfte betroffen. Eine Gesamtkonzeption für eine *Triple-Win*-Migrationspolitik, von der die Ankunfts- und die Herkunftsländer sowie die Migrierenden selbst profitieren und die auch die Migrantenselbstorganisationen einbezieht, ist erst noch zu entwickeln. Unterstützung bei der Entwicklung angepasster Berufsbildungsprogramme in potenziellen Auswanderungsländern kann für diese wie auch für Deutschland längerfristig hilfreich sein.

Schon jetzt zeigen die zunehmenden gewaltsamen Konflikte in Arabien und Afrika, dass es in einer zunehmend vernetzten und globalisierten Welt keine »ruhigen Wohlstandsinseln für einige Glückliche« geben wird. Kriege und Krisen in irgendeiner Weltregion setzen sich z.B. in Form von Flüchtlingen bis in die entferntesten Länder fort. Einwanderungspolitik für Deutschland sollte deshalb in Weltentwicklungs- und Weltsozialpolitik eingebettet werden – leider »geht es nicht kleiner«, denn die lokalen Schicksale sind im 21. Jahrhundert global verflochten.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und Herausforderungen ergeben sich für ein modernes Verständnis der deutschen Einwanderungsgesellschaft im 21. Jahrhundert fünf wesentliche Bestimmungsmerkmale. Erstens sollte nicht enges national-egoistisches, sondern weltoffenes und weltverantwortliches nachhaltiges Denken und Handeln die Grundlage eines solchen Selbstverständnisses bilden. Diese Forderung kann moralisch-ethisch begründet werden, sie ergibt sich aber auch rein sachlich aus dem realen Grad der

*Migration
und Entwicklung
nachhaltig
verbinden*

gesellschaftlichen Verflechtungen in der Welt: Wer, wo immer auch in Deutschland, Europa oder einem anderen Teil der Welt berechenbar und nachhaltig leben möchte, kann dies nur unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse in den anderen Teilen des Globus tun.

Zweitens sollte unser Verständnis von Migration zunehmend in ein umfassenderes Verständnis von (grenzüberschreitender) räumlicher Mobilität eingebettet werden, die nicht (nur) instrumentell-utilitaristisch gedacht wird, sondern davon ausgeht, dass das Zusammenleben in hochmobilen Gesellschaften durch kulturelle und soziale Vielfalt geprägt ist; die Anerkennung dieser Vielfalt und ihrer Grenzen (etwa im Sinne der allgemeinen Geltung von Menschenrechten, die nicht unter Hinweis auf soziokulturelle Besonderheiten relativiert werden dürfen) ist ein permanenter Prozess und sollte als eine (konfliktfähige) Verhandlungssache und Bereicherung gelebt werden.

Drittens hat dieses Gebot der Vielfalt auch Gültigkeit für individuelle Identitäten, die nicht assimilationistisch als Entweder-oder-Entscheidungen eingefordert werden dürfen (etwa: entweder »guter Deutscher« oder »nicht integrierter Fremder«), sondern als vielfältige Selbst- und Fremdzuschreibungen zu verstehen sind hinsichtlich Loyalitäten, Heimatgefühlen, Lebensperspektiven und -stilen sowie weiteren, von den Betroffenen als relevant betrachteten und dynamisch sich entwickelnden Kategorien. Dies führt viertens zu einem dynamischen und interaktiven Verständnis von Integration, das alle Menschen eines Sozialzusammenhangs betrifft; Integration ist dann nicht die Einbahnstraße von zu erklimmenden Stufen (etwa: zuerst Kulturation, dann Platzierung, dann Interaktion bis zur Identifikation), sondern der permanente und vieldimensionale Prozess der ökonomischen, kulturellen, politischen und sozialen Teilhabe als Mobilisierung von Fähigkeiten (Amartya Sen) aller Menschen in einem Sozialraum.

Schließlich ist Integration fünftens dann nicht nur Teilhabe in einem uni-lokalen oder uni-nationalen Containerraum, sondern kann auch (muss aber nicht) die pluri-lokale Einbindung auf lokaler, nationaler, supranationaler, transnationaler und globaler Ebene bedeuten; solche transnationalen Lebensweisen betreffen nicht nur (und nicht einmal in erster Linie) Diplomaten oder weltweit tätige Kulturschaffende, sondern genauso die zwischen verschiedenen Städten, Ländern oder weltweit verstreuten Lebensankerpunkte von Pflegekräften, Wanderarbeitern auf Schiffen, Wissenschaftlern, in transnationalen Unternehmen tätigen Fach- und Führungskräften oder aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen älteren mobilen Menschen.

Die Debatten um den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und in Europa, um die Notwendigkeit von längerfristiger Nettoeinwanderung und auch um ein deutsches Einwanderungsgesetz sind im Zusammenhang mit den hier nur skizzierten Chancen und Herausforderungen zu sehen. Nach den erfolversprechenden Entwicklungen Deutschlands in Richtung eines modernen Einwanderungslandes muss nüchtern realisiert werden, dass Einwanderung, Integration und die Aufnahme von schutzsuchenden Flüchtlingen genauso wenig national bewerkstelligt werden können wie die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Förderung nachhaltiger Entwicklungsmöglichkeiten in den anderen Teilen der Welt. Auf Gedeih und Verderb sind die EU und ihre Mitgliedstaaten zur Vertiefung der europäischen Einigung verdammt. Die skizzierten Probleme und Aufgaben werden durch den Rückzug auf nationale Strategien nur noch größer und weniger lösbar.



Ludger Pries

ist Professor für Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum und stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration. Von 2015 bis 2017 vertritt er den Wilhelm-und-Alexander-von-Humboldt-Lehrstuhl am El Colegio de México.

ludger.pries@rub.de

Katarina Barley

Auf sein Wort war Verlass

Helmut Schmidt (1918-2015)

1977 – Deutscher Herbst: Unsere Familie diskutierte Politik am Abendbrottisch, so wie viele Familien in dieser Zeit. Ich war acht Jahre alt und was Terrorismus war, konnte ich noch nicht wirklich begreifen. Die Politik Helmut Schmidts war zu Hause Thema, sein Name begleitete mein Aufwachsen und meine politische Prägung. Erst viel später jedoch verstand ich, was der Terror der RAF diesem Mann politisch wie menschlich abverlangte. Seine konsequente Haltung gegenüber den Terroristen hat Menschenleben gekostet. Das war ihm eine schwere Last. Er trug sie, weil er die Entscheidung für die einzig richtige hielt. Und er war bereit, sein eigenes Leben dieser Überzeugung zu opfern. Mit seiner Frau Loki hatte er vereinbart, keinen Erpressungsversuchen nachzugeben, sollte einer von ihnen je in die Hände der Terroristen fallen.

Im Alter von 96 Jahren ist Helmut Schmidt am 10. November 2015 in seinem Haus in Hamburg verstorben. Sein Tod trifft mich wie ein persönlicher Verlust. Die Trauer und Anteilnahme in der deutschen Sozialdemokratie, in der deutschen Bevölkerung und im Ausland ist überwältigend groß. Die Nachrufe auf Helmut Schmidt weltweit haben einen gemeinsamen Tenor: Sie würdigen einen großen Staatsmann und sein politisches Wirken für Deutschland, Europa und die Welt. Auch ich verneige mich vor seiner Lebensleistung.

Besonders dankbar bin ich Helmut Schmidt für sein europäisches Verständnis. Mein Vater ist Brite, meine Mutter ist Deutsche. Europa ist mein zu Hause. Helmut Schmidt war ein europapolitischer Vordenker und für mich ein Vorbild. Schmidt trieb nicht der Idealismus an, sondern das Bewusstsein für die deutsche und

europäische Geschichte. Die Integration der Nationalstaaten Europas war für ihn eine Lehre aus der blutigen Vergangenheit des Kontinents und eine Notwendigkeit, um Frieden und Wohlstand in Europa zu sichern. Sehr gerne erinnere ich mich an seine Rede »Deutschland in und mit Europa« beim Bundesparteitag der SPD am 4. Dezember 2011 in Berlin. Seine Worte haben mich sehr bewegt. Helmut Schmidt gab der politischen Klasse einige Hausaufgaben und Mahnungen mit auf den Weg.

Eine dieser Mahnungen war: »Für das, was Deutschland heute tut oder unterlässt, tragen wir alle gemeinsam die Verantwortung für die zukünftigen Wirkungen in Europa. Wir brauchen dafür europäische Vernunft. Wir brauchen aber Vernunft nicht allein, sondern ebenso ein mitfühlendes Herz gegenüber unseren Nachbarn und Partnern.«

Seine Idee von einem vereinten Europa in Frieden, Freiheit und mit einer ordentlichen Portion Solidarität ist heute aktueller und wichtiger denn je. Seine europapolitische Haltung muss der Sozialdemokratie weiterhin ein Auftrag sein. Zwei Semester durfte ich dank eines EU-geförderten Austauschstudiums in Paris verbringen. Dass ich und viele andere junge Menschen überall in Europa studieren, arbeiten, leben können, haben wir maßgeblich dem Wirken von Helmut Schmidt zu verdanken. Er hat die Europäische Integration vorangetrieben und Grundsteine für die heutigen Institutionen der Union und unsere gemeinsame Währung gelegt.

Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing arbeitete er an der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Dieses besondere, freundschaftliche Verhältnis zweier Staatsmänner brachte nicht nur Staaten,

sondern Menschen einander näher. Überhaupt: Freundschaft in der Politik. Das hat mir persönlich sehr imponiert. Schmidt konnte sie schließen. Seine Freundschaften hatten die Kraft, selbst politische Konkurrenz zu überwinden.

Dabei war der Politiker Helmut Schmidt eine streitbare Person. Die Auseinandersetzung nicht zuletzt mit seiner eigenen Partei über den NATO-Doppelbeschluss steht exemplarisch dafür. Gleichzeitig ist diese Auseinandersetzung aber auch Beweis für Schmidts Standhaftigkeit. Er bewies stets Haltung. Seine Devise war: »Diskussionen müssen zu Ergebnissen, Ergebnisse zu Entscheidungen und Entscheidungen zu Taten führen.« Das ist nicht allein ein Modus für die Bewältigung von Krisen – auch wenn das eine von Schmidts großen Stärken war. Ein Politiker, der eben fähig war, Entscheidungen mit großer Konzentration und unter hohem Druck zu treffen und durchzuhalten. Nein, beeindruckend war Schmidts Grundhaltung, die Vertrauen in Politik schafft, selbst dann wenn die eigene politische Position nicht von allen geteilt wird. Auf Schmidts Wort war Verlass. Diese so wichtige Eigenschaft für einen Politiker haben die Menschen bis zuletzt an ihm geschätzt. Sie haben ihm und seiner Sicht auf die Welt vertraut. Sein Rat war nicht nur wegen seiner fachlichen Expertise, sondern auch wegen seiner Ehrlichkeit gefragt.

Helmut Schmidt war Krisenmanager, leidenschaftlicher Sozialdemokrat, ein großer Bundeskanzler und auch nach seiner aktiven Politikerlaufbahn ein sehr geschätzter Kommentator und Beobachter der Weltpolitik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden Helmut Schmidt vermissen. Er war einer von uns.



Katarina Barley

gehört seit 2013 dem Deutschen Bundestag an und ist dort Justiziarin der SPD-Fraktion. Im Dezember 2015 stellt sie sich beim Bundesparteitag der SPD als Generalsekretärin zur Wahl.

katarina.barley@bundestag.de

Bernd Faulenbach

Von der Verantwortung des Zeithistorikers für Politik und Gesellschaft

Zum Tod von Hans Mommsen (1930-2015)

Mit Hans Mommsen ist einer der national und international bekanntesten deutschen Zeithistoriker gestorben, der wie kaum ein anderer die Diskussion über die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert angeregt hat. Der Intellektuelle bezog über Jahrzehnte von seinem Arbeitsfeld her immer wieder zu wichtigen Zeitfragen Stellung.

Mommsen war Repräsentant der Historikergeneration, die mit dem Ausbau der Universitäten in der zweiten Hälfte der 60er Jahre auf Lehrstühle berufen wurde. Er unterschied sich vom Historismus und Traditionalismus der vorhergehenden Historikergeneration, indem er das vorherrschende Wissenschaftsparadigma dadurch modifizierte, dass er auch nach der politischen Wirkungsmächtigkeit wirtschaftlicher und sozialer Strukturen und Prozesse fragte. Besonders trieb ihn die kritische Aufarbeitung der NS-Zeit an, die er als Kind noch erlebt hatte. Diese Zeit wurde für ihn und andere seiner Generation zur zentralen Epoche deutscher Geschichte, die sorgfältig zu erforschen war und zu einer veränderten Sicht der gesamten neuesten Geschichte zwang. Charakteristisch für ihn und seine Generation war zudem die Öffnung zur internationalen *scientific community*.

Mommsen galt politisch als linksliberal oder »links« und unbequem. Seit 1960 war er Sozialdemokrat und blieb dies bis an sein Lebensende. 1982 wurde er in die von Peter Glotz ins Leben gerufene Historische Kommission beim SPD-Parteivorstand berufen, deren Mitglied er bis zuletzt war. Gewiss wünschte er sich nicht die Wiederherstellung einer geschlossenen sozialdemokratischen Geschichtssicht, gar des traditionellen Geschichtsglaubens,

doch stand für ihn außer Zweifel, dass die Sozialdemokratie die eigentliche Alternative zu den pathologischen Tendenzen der deutschen Rechten während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war. Diese Einsicht galt es bewusst zu machen, schloss aber keineswegs aus, auch Grenzen der Sozialdemokratie zu benennen.

Bei allen Fragen, die aus seiner Sicht auf eine Relativierung der NS-Zeit hinausliefen oder bei denen eine bloß moralisierende Betrachtung vorherrschte, meldete sich Mommsen zu Wort, insbesondere bei geschichtspolitischen Fragen, bei der Gründung von Museen oder bei Versuchen einer Restauration eines traditionellen nationalen Geschichtsbildes. Ohnehin war er der Ansicht, dass der Historiker keineswegs nur an der Universität und in Archiven zu lehren und zu forschen, sondern auch eine öffentliche Aufklärungsfunktion wahrzunehmen habe. Umgekehrt empfing aus seiner Sicht der Historiker wichtige Impulse aus den Spannungsfeldern von Politik und Gesellschaft und hatte gegebenenfalls – etwa bei den Ostverträgen Willy Brandts – unmittelbar Stellung zu beziehen.

Das umfangreiche Œuvre Hans Mommsens kreiste um die Arbeiterbewegung, die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus, insbesondere den Massenmord an den europäischen Juden und den Widerstand gegen Hitler. Dabei ging es ihm um die differenzierte Rekonstruktion der Prozesse samt ihrer Kontexte, doch auch um die Bedeutung dieser Geschichte für die Gegenwart.

Mommsen gehörte seit den 50er Jahren zu den Historikern, die die Geschichte der bislang vernachlässigten Arbeiterbewegung stärker ins Zentrum der Diskus-

sion zu rücken versuchte. Er interessierte sich für das Verhältnis der Arbeiterbewegung zum Nationalismus, insbesondere für austromarxistische Ansätze zur Lösung des Nationalitätenproblems, doch auch für die Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Die traditionelle Ideologie- und Organisationsgeschichtsschreibung überwand er durch eine vergleichende Arbeiterbewegungsgeschichte und durch eine Perspektivik, die die Arbeiterbewegung mit sozialgeschichtlichen Prozessen, mit den industriellen Beziehungen und mit der Entwicklung des politischen Systems verknüpfte.

Diese Fragen führten Mommsen zwangsläufig zur Geschichte der Weimarer Republik, die er als »Modell für die Hindernisse und Chancen der Demokratisierung von überwiegend autoritär geprägten Gesellschaften« begriff. Er arbeitete die politische Rolle ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Interessen, vor allem die verhängnisvolle Rolle der alten Eliten bei der Deformation der Weimarer Republik und der NS-Machtübernahme heraus. Dass die republikanischen Kräfte ihre Chance nicht genutzt hatten, war die Kehrseite dieser Interpretation, die ihren Niederschlag nicht zuletzt in seinem Weimar-Buch *Die verspielte Freiheit* (1989) fand.

Zu einem international führenden Zeithistoriker wurde Mommsen durch seine Arbeiten zum Nationalsozialismus. Er stellte sowohl die Fixierung auf Hitler und sein Umfeld als auch die Vorstellung des Dritten Reiches als einen monolithischen Führerstaat infrage, indem er den Institutionendarwinismus und die verschiedenen gegenläufigen Prozesse rekonstruierte und

auf diesem Hintergrund gar von Hitler als einem »schwachen Diktator« sprach. Selbst den Holocaust sah Mommsen keineswegs ausschließlich als von oben implementiert, vielmehr wirkten an ihm Funktionsgruppen des Regimes selbstständig mit; er interpretierte ihn auf dem Hintergrund des Kriegsgeschehens als Resultat einer »kumulativen Radikalisierung«, die die Vernichtung des Judentums schließlich zum eigentlichen bis zum Ende konsequent verfolgten Kriegsziel des Regimes erhob.

Mommsen misstraute allzu einfachen Erklärungsmustern; er hatte einen besonderen Sinn für Ambivalenzen und Paradoxa historischer Prozesse. Dazu passt eine Offenheit für neue Interpretationen, während er konventionelle Sichtweisen nicht selten kritisierte.

Hans Mommsen, der ein ebenso engagierter wie streitbarer Geist war, bezog in nahezu allen zeithistorischen Auseinandersetzungen seit den 60er Jahren Position und vermochte sich dabei häufig durchzusetzen. Genannt seien die Reichstagsbrandkontroverse, die Dispute über die Tragfähigkeit der Totalitarismustheorie, der Historikerstreit, die Auseinandersetzung um das Goldhagen-Buch und die Debatte über das Auswärtige Amt im Dritten Reich.

Viele werden Hans Mommsen, seine Kritik und seine Interventionen vermissen, in der Historikerkunft und in der Gesellschaft, in der Sozialdemokratie und in der breiteren Öffentlichkeit. Sein Anliegen bleibt: durch Aufklärung über die Geschichte zu einem ebenso rationalen wie realistischen Politikverständnis beizutragen, das der Idee der Freiheit verpflichtet ist.



Bernd Faulenbach

ist emeritierter Professor an der Ruhr-Universität Bochum und Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD.

fiab@ruhr-uni-bochum.de

Christian Demuth

Demokratie ist keine Komfortzone

Die Politik muss aktiv den Herausforderungen durch Pegida und AfD begegnen

Zehntausende engagieren sich derzeit ehrenamtlich für Geflüchtete. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Flüchtlingspolitik, wenngleich sich zunehmend auch Verunsicherung breitmacht, »ob wir das schaffen«. Die gute Wirtschaftslage verhindert (bislang) größere Verteilungskämpfe. Gleichzeitig gehen Tausende auf die Straße und jubeln rechtspopulistischen Brandstiftern zu. Die derzeitige Lage im Osten Deutschlands ist hochexplosiv, viele haben das Gefühl einer zunehmenden Fragilität der Demokratie. Was passiert, wenn die Integration doch nicht so gelingt, wie von den meisten erhofft? Wie sollen wir angesichts dieser Lage künftig mit den Gegnern der derzeitigen Politik umgehen?

Drei Gruppen müssen in den Blick genommen werden: zum einen die Sympathisanten oder Unterstützer meist rechtspopulistischer Bewegungen, die mit den Parteien allgemein und mit deren Flüchtlingspolitik im Besonderen unzufrieden sind. Da sind zudem jene Bevölkerungsteile, die laut dem Soziologen Heinz Bude anfällig für deren Argumentationen sind: das sogenannte *Dienstleistungsproletariat*, das Flüchtlinge als Konkurrenz sieht und sich gesellschaftlich an den Rand gedrückt fühlt. Die *prekäre Mitte*, die trotz hoher Bildung in prekären finanziellen und beruflichen Verhältnissen lebt. Dort dominiert das Gefühl: »Über meine Situation redet kein Mensch, aber es werden die Arme aufgemacht für Fremde«. Schließlich die *solide Mittelschicht*, die zufrieden auf ihr eigenes Leben schaut, jedoch ihre Erfolge durch die aktuellen Ereignisse in Gefahr sieht.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie man auf die rechtspopulistische Propaganda reagiert. Die Antwort ist alles an-

dere als einfach. Das Problem gliedert sich in vier Dilemmata: Erstens besteht natürlich die Notwendigkeit, sich klar gegen rechtspopulistische Hetze zu positionieren. Gleichzeitig nutzt diese Positionierung nur dem Rechtspopulisten. Weil man ihn als gesellschaftlichen Outsider behandelt, wirkt seine Inszenierung als Gegner des »Alt-Parteiensystems« erst recht glaubwürdig. Deshalb jonglieren Lutz Bachmann (Pegida) oder Björn Höcke (AfD) immer am Rande der Verfassungsfeindlichkeit und provozieren wöchentlich mit neuen Phrasen. Sie können sicher sein, der Gegner reagiert reflexartig.

Das zweite Dilemma ist, dass auch ein Dialog nicht funktioniert. Rechtspopulisten agieren nicht aus einer Stimmung heraus als besorgte Bürger. Sie verfolgen eine knallharte Strategie zur Mobilisierung und wollen keinen Dialog. Seit Jahren wird vor dem Einreißen der Grenze zwischen Nazis und (rechtskonservativen) Wutbürgern gewarnt – der sogenannten Neuen Rechten droht es im Osten zu gelingen. In Sachsen fand sie beste Bedingungen vor: eine fast hegemoniale rechtsextreme Kultur im ländlichen Raum; eine CDU und eine FDP mit jeweils starkem nationalistischen Flügel, welche die Gefahr von rechts unter den Teppich kehrten. Schließlich die faktische Nicht-Existenz von politischer Bildung und eine aktive Schwächung einer kritischen Zivilgesellschaft.

Das dritte Dilemma verstärkt das Problem: Der Rechtspopulist hebt Kritik einfach aus. Man muss verstehen, das Schwungrad (rechts-)populistischer Argumentation ist nicht Ausländerfeindlichkeit, sondern die Beschwörung einer homogenen Gruppe (»die Deutschen«, »das Volk«, »die

Steuerzahler«), die von drei, durchaus nach Bedarf austauschbaren und ebenfalls als homogen dargestellten Gruppen bedroht werde: von »unten« (»Asylanten«, »Sozial-schmarotzer«), von »oben« (»Politiker«, »medialpolitische Eliten«) oder »von außen« (Griechen oder Flüchtlinge). Während diese Gruppen nicht zum »Volk« gehören (z.B. »Volksverräter«), spiegelt der Populist das Volk als Ganzes wider – so die Inszenierung. Als Antwort auf Kritik hat der Populist drei Optionen: Er kann in einer Märtyrer- und Tabubrecher-Attitüde behaupten, die Herrschenden wollten ihn mundtot machen, um »die Wahrheit« zu verschleiern. Weiterhin versucht der Populist, Kritik an seiner Position als eine am »ganzen Volk« darzustellen: Wenn manche Lutz Bachmann als Nazi bezeichnen, behauptet dieser einfach, alle Demonstranten seien Nazis genannt worden. Das stimmt zwar nicht, löst aber den gewünschten Ärger bei jenen aus, die etwa die gemäßigten Positionspapiere in der Anfangszeit von Pegida lasen und den Nazi-Vorwurf zu Recht zurückwiesen. Schließlich besitzt der Populist die Option, Kritiker einfach als gekauft oder manipuliert zu bezeichnen. Diese Taktik wirkt, weil viele Sympathisanten auf einer Welle der Pseudo-Skepsis mit der Verschwörungstheorie als Schaumkrone schwimmen (Sascha Lobo): Man glaubt A nicht, und deshalb stimme B oder man hält B für möglich. Damit gleichen Pegida-Anhänger eher Impfgegnern als rationalen Diskurspartnern. In der Folge wird jeder Unsinn geglaubt: etwa dass das eigentliche Ziel »der Herrschenden« die Abschaffung des Bargelds sei oder dass Juden und die USA den Krieg in Nahost vom Zaun gebrochen hätten, um mit Muslimen Europa zu überschwemmen.

Die in Sachsen hart diskutierte Frage, ob Pegida entweder mit Null Toleranz begegnet oder aber auf deren Ängste eingegangen werden sollte, scheint daher falsch. Nach Robert Misik sei diese »oft heftig ausgetragene Kontroverse möglicherweise

völlig unfruchtbar, da es gute Gründe für die Annahme gibt, dass keine der beiden Varianten erfolgreich ist«. Hat sich eine populistische Konstellation etabliert, könne man nur noch schwer argumentativ dagegen ankommen. »Das populistische Element wird dann selbstevident, es gilt als Klartext, den die anderen nicht hören wollen (...). Der Populist verbittet sich jedes Gegenargument, denn dieses ist eben kein solches, sondern der Versuch ihm das Wort zu verbieten«. Eine Ausgrenzung des Rechtspopulisten verhindert schließlich das vierte Dilemma: Erfahrungen zeigen, dass politisches rechts Blinken nicht die Kopie stärkt, sondern das Original. Ferner funktioniert das Ignorieren nicht, weil sich Sympathisanten zunehmend in einer Medienblase befinden, die nach einer Pseudo-Logik funktioniert: Die Medien sind nur »Lügenpresse«, wenn diese die eigene Meinung nicht teilt. Die Wahrheit steckt hingegen in Internetseiten, die genau zu meiner Meinung passen.

Was kann man aber tun? Kurzfristig müssen die Funktionsweise des Rechtspopulismus sowie die sich daraus ergebenden Dilemmata verstanden werden, um die aktuell dem Rechtspopulisten nutzende Dynamik zu stoppen. *Ein schmaler Grat* pen. Der Staat muss zeigen, dass er die Situation im Griff hat. Lügen und Hetze muss scharf entgegengetreten, aber Missstände nicht verschwiegen werden: Es gibt unter den Flüchtlingen Kriminelle und Unsympathen – wie in der deutschen Bevölkerung. Klarstellungen dürfen nicht per se in die Nazi-Ecke gerückt werden – der Grat ist allerdings schmal.

Politik und Gesellschaft müssen zudem verstehen, dass die Komfortzone der deutschen Demokratie nicht mehr existiert: Es gilt wieder die Demokratie aktiv zu verteidigen. Sie wird herausgefordert von einer rechtspopulistischen Ideologie eines autoritären Nationalismus à la Viktor Orbán. Zugleich wurde nicht in 150 Jahren für die Gleichstellung gekämpft, um nun

aus falsch verstandener Toleranz einzuknicken. Integration bedeutet auch das Werben für einen Verfassungspatriotismus der Zuwanderer. Schließlich muss die Politik ehrlich Defizite der Demokratie ansprechen – nicht nur als Opposition.

Mittelfristig muss die Politik das Thema Unsicherheit und Leistungsgerechtigkeit angehen. Mit dem Blick auf Österreich fordert Misik eine progressive Politik, »der die Bürger zutrauen, dass sie die Welt besser, das Leben sicherer, die Wirtschaft gerechter, die Ungerechtigkeiten geringer, die Fallhöhe zwischen Privilegierten und Unterprivilegierten kleiner macht, und die denen, die sich – meist zu Recht – als zu kurz gekommen empfinden, zumindest das Gefühl gibt, einen Fürsprecher zu haben.« Es ist ungerecht, wenn Löhne stärker besteuert werden als Kapitalgewinne; wenn am Band die gleiche Arbeit mit unterschiedlichen Löhnen bezahlt wird; oder wenn man nach Jahren des Pakettragens oder Bodenwischens genauso in der Grundsicherung landet, wie Arbeitslose, die nie eingezahlt haben. Forderungen nach einer Solidarrente, Maßnahmen gegen prekäre Arbeit und eine Kapitalertragssteuer helfen gegen den Eindruck breiter Kreise, für sie engagiere sich der Staat nicht. Zudem müssen alle marktradikalen Versuche verhindert werden, die Flüchtlingskrise zu nutzen, um soziale Errungenschaften zurückzudrehen – hier steckt sozialer Sprengstoff. Es geht um eine neue Ansprache des »Dienstleistungsproletariats« und von formal gering Gebildeten (Männern), die sich oft als kulturelle und finanzielle Verlierer der Globalisierung und Wissensgesellschaft fühlen. Dieser oft als »Prolls« dämonisierten Gruppe (wie Owen Jones in seinem gleichlautenden Buch treffend seziiert) geht es um Stolz, Heimat und An-

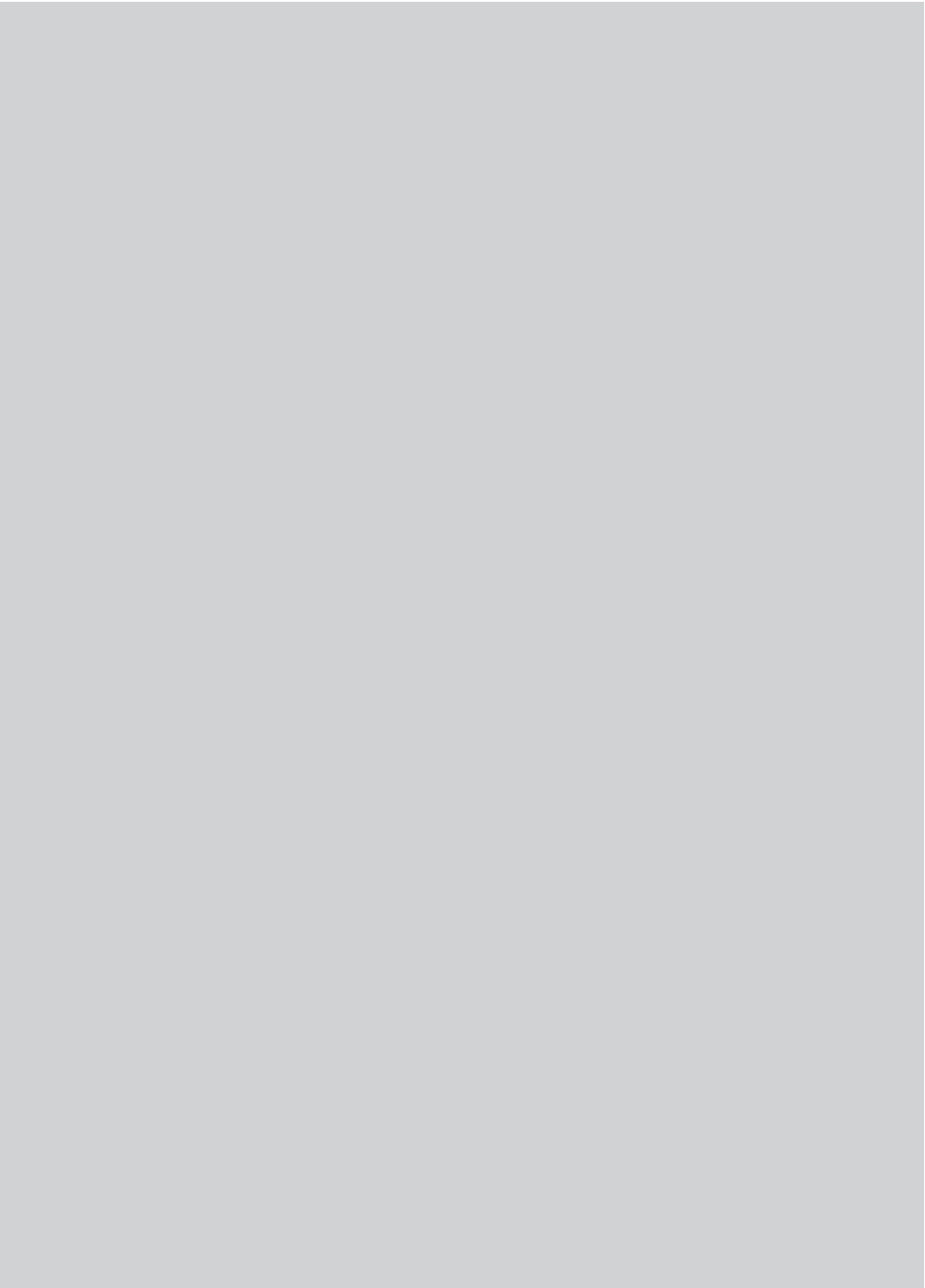
erkennung – nicht um mehr Bildung. Es muss gleichwohl wieder ein glaubwürdiges (!) neues Aufstiegsversprechen kommuniziert werden.

Doch die Wirkung einer solchen Politik ist begrenzt, weil sich bei vielen ein »Misstrauen gegen das gesellschaftliche System« (Heinz Bude) eingenistet hat. Der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland wird misstraut, positive Entwicklungen gar nicht mehr wahrgenommen. Langfristig muss man sich mit den Ursachen beschäftigen: Lobbykandale, NSA, scheinbare Alternativlosigkeit marktradikaler Ideologie und ein zunehmendes Gefühl einer gestörten Leistungsgerechtigkeit in der Gesellschaft. Im Osten wurde gleich nach 1990 demokratische Bildung versäumt. Viele Pegida-Sympathisanten verstehen Demokratie ähnlich dem DDR-Eingabewesen – man beschwert sich, dann muss der Staat reagieren. In Unkenntnis zivilgesellschaftlichen Engagements glauben viele, Banner gegen Intoleranz in Dresden oder Proteste im öffentlichen Raum seien wie weiland in der DDR von oben gesteuert (allerdings wäre dies der ehemaligen Blockpartei CDU-Sachsen zuzutrauen). Die Transformationsphase muss aufgearbeitet werden: Viele Ostdeutsche wurden nach 1990 durch Gebrauchtwagenhändler und Versicherungsmakler betrogen – so konnte kein Systemvertrauen wachsen. Gleichzeitig ist das Glas eben auch in Ostdeutschland mindestens halb voll. Die marktradikale Dominanz der letzten 25 Jahre hat in ganz Deutschland sozialdarwinistische (Unterteilung von Menschen in »nützlich« und »nicht nützlich«) und demokratiefeindliche Einstellungen gestärkt. Man lässt nur gelten, was der Wirtschaft nutzt. Politische Bildung ist somit, nicht nur in Sachsen, eminent wichtig.



Christian Demuth
ist Politikwissenschaftler.

demuthcri@gmail.com



Jochen Oltmer

Fluchtursachen, Fluchtwege und die neue Rolle Deutschlands

Flucht bildet eine Erscheinungsform von Gewaltmigration. Sie tritt dann auf, wenn (halb-)staatliche Akteure die Handlungsmacht und damit die Freiheit und Freizügigkeit von Einzelnen oder Kollektiven weitreichend beschränken. Gewaltmigration kann durch eine Nötigung zur Abwanderung verursacht sein, die keine realistische Handlungsalternative zulässt. Sie kann Flucht vor Gewalt sein, die Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit und Rechte direkt oder erwartbar bedroht, zumeist aus politischen, ethno-nationalen, rassistischen, genderspezifischen oder religiösen Gründen.

Gewaltmigration war und ist meist Ergebnis von Krieg, Bürgerkrieg oder Maßnahmen autoritärer Systeme. Vor allem der Erste und der Zweite Weltkrieg bildeten elementare Katalysatoren in der Geschichte der Gewaltmigration. Konflikte um und mit Minderheiten, (bewaffnete) Auseinandersetzungen um die Gestaltung des politischen Systems sowie Bestrebungen zur Homogenisierung der Staatsbevölkerungen kennzeichneten außerdem seit dem Zweiten Weltkrieg den langen Prozess der Dekolonisation, der umfangreiche Fluchtbewegungen und Vertreibungen mit sich brachte. Zentrale Folgen für das Gewaltmigrationsgeschehen hatte zudem der Kalte Krieg als globaler Systemkonflikt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

In den Jahrzehnten seither traten zahlreiche umfangreiche Fluchtbewegungen insbesondere im Kontext der Szenarien von Krieg, Bürgerkrieg und Staatszerfall mit langer Dauer in vielen Teilen der Welt hinzu – in Europa (Jugoslawien), im Nahen Osten (Libanon, Iran, Irak, Syrien, Jemen), in Ostafrika (Äthiopien, Somalia, Sudan/Südsudan), in Westafrika (Kongo, Elfenbeinküste, Mali, Nigeria), in Südasien (Af-

ghanistan, Sri Lanka) oder auch in Lateinamerika (Kolumbien). 2014 registrierte der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) 19,5 Millionen Flüchtlinge, womit beinahe der Höchststand des vergangenen Vierteljahrhunderts erreicht worden ist (1992: 20,5 Millionen). Hinzu traten 2014 insgesamt 38 Millionen »Binnenvertriebene«, die der Gewalt und Verfolgung innerhalb eines Staates ausgewichen waren. Weitere 1,8 Millionen Menschen befanden sich im Asylverfahren und warteten auf eine Anerkennung als Flüchtlinge. Damit waren weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

Die globalen Fluchtbewegungen zeigen eindeutige Muster: Flüchtlinge suchen in aller Regel Sicherheit in der Nähe der Konfliktherde, weil sie meist danach streben, die verlassene Region möglichst bald wieder aufzusuchen. Außerdem verfügen viele unter ihnen nicht über die Mittel für größere Fluchtdistanzen oder es gibt Restriktionen von Durchgangs- oder Zielländern, die eine Migration über weite Distanzen behindern bzw. verhindern. 95 % aller afghanischen Flüchtlinge (2014: 2,6 Millionen) leben vor diesem Hintergrund in den Nachbarländern Pakistan oder Iran. Ähnliches gilt für Syrien: Der Großteil der Flüchtlinge von dort, rund 4 Millionen, sind in die Nachbarländer Türkei (2014: 1,6 Millionen), Jordanien (700.000), Irak (220.000) und Libanon (1,2 Millionen) geflohen. Angesichts dessen überrascht es nicht, dass Staaten des globalen Südens 2014 nicht weniger als 86 % aller weltweit registrierten Flüchtlinge beherbergten – mit seit Jahren steigender Tendenz im Vergleich zum Anteil des globalen Nordens.

Flucht ist selten ein linearer Prozess, vielmehr bewegen sich Flüchtlinge meist in Etappen: Häufig lässt sich zunächst ein

überstürztes Ausweichen in die nächste Stadt oder einen anderen als sicher erscheinenden Zufluchtsort in der unmittelbaren Nähe ausmachen, dann die Weiterwanderung zu Verwandten und Bekannten in einer benachbarten Region oder einem Nachbarstaat oder das Aufsuchen eines informellen oder regulären Lagers. Muster von (mehrfacher) Rückkehr und erneuter Flucht finden sich ebenfalls häufig. Hintergrund ist dabei nicht nur die Dynamik der sich stets verändernden und verschiebenden Konfliktlinien, sondern auch die Unmöglichkeit, an einem Fluchttort Sicherheit oder Erwerbs- bzw. Versorgungsmöglichkeiten zu finden. Häufig müssen sich Menschen auf Dauer oder auf längere Sicht auf die (prekäre) Existenz als Flüchtling einrichten: Daher rührt auch das Phänomen der Verstetigung von Lagern mit der Folge von »Camp-Urbanisierung« und der Entwicklung von »Camp-Cities« mit teilweise Großstadtcharakter.

Den Angaben des UNHCR zufolge ist zwar in den vergangenen vier Jahren die Zahl jener Flüchtlinge angestiegen, die weltweit Grenzen überschritten haben. Das Anwachsen bewegte sich aber immer noch im Rahmen dessen, was für die vergangenen Jahrzehnte seit den 90er Jahren zu beobachten war. Viel stärker wuchs demgegenüber die Zahl der Schutzsuchenden, die als »Binnenvertriebene« innerhalb der Konfliktstaaten auswichen. Umso mehr ist damit die Frage relevant, warum seit 2011/12 insbesondere die Bundesrepublik Deutschland verstärkt zum Ziel von Fluchtbewegungen geworden ist. Sechs Antworten seien hier skizziert:

Erstens: Netzwerke. Migration findet vornehmlich in Netzwerken statt, die durch Verwandtschaft und Bekanntschaft konstituiert sind. Deutschland ist auch deshalb zum wichtigsten europäischen Ziel syrischer Flüchtlinge geworden, weil es hier bereits vor Beginn des Bürgerkriegs in Syrien eine recht umfangreiche syrische

Herkunftsgemeinschaft gab, die für Menschen, die vor dem Bürgerkrieg flohen, eine zentrale Anlaufstation bildete. Und weil migrantische Netzwerke die Wahrscheinlichkeit für weitere Migration erhöhen, Migration also Migration erzeugt, hat die Zuwanderung syrischer Flüchtlinge in die Bundesrepublik die in den vergangenen Monaten zu beobachtende hohe Dynamik gewonnen. Ähnliches gilt im Übrigen für wichtige andere Flüchtlingsbewegungen mit dem Ziel Deutschland.

Zweitens: Finanzielle Mittel. (Erhebliche) finanzielle Ressourcen bilden eine wesentliche Voraussetzung für Migration: Formalitäten für Ein- und Ausreisen müssen bezahlt werden, Reise- und Transportkosten kommen hinzu, Schlepper oder Vermittler gilt es (teuer) zu entlohnen, Wartezeiten auf den Etappen verschlingen Geld. Für die Allerärmsten ist die Umsetzung eines Migrationsprojekts über größere Distanzen illusorisch. Unzählige Studien belegen: Armut schränkt die Bewegungsfähigkeit massiv ein. Fluchtbewegungen über größere Distanzen unternehmen vornehmlich Bessergestellte, wie sich beispielsweise auch bei den Bewegungen aus Syrien und dem Irak in die Bundesrepublik beobachten lässt. Hinzu kommt: Wegen der relativen geografischen Nähe wichtiger Herkunftsräume von Flüchtlingen zu Europa (Syrien, Irak) halten sich die Kosten für das Unternehmen Flucht von dort in Grenzen – zumindest im Vergleich zu Bewegungen aus anderen globalen Konfliktzonen etwa in West- oder Ostafrika, Südasien oder Lateinamerika, die selten Europa erreichen.

Drittens: Aufnahmeperspektiven. Staaten entscheiden mit weiten Ermessensspielräumen über die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten und den Status jener, die als schutzberechtigte Flüchtlinge anerkannt werden. Die Bereitschaft, Schutz zu gewähren, bildet immer ein Ergebnis vielschichtiger Prozesse des Aushandelns durch Individuen, Kollektive und

Fluchtziel Deutschland

(staatliche) Institutionen, deren Beziehungen, Interessen, Kategorisierungen und Praktiken sich stets wandeln. Mit der permanenten Veränderung der politischen, administrativen, publizistischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Wahrnehmung von Migration verbindet sich ein Wandel im Blick auf die Frage, wer unter welchen Umständen als Flüchtling verstanden und wem in welchem Ausmaß und mit welcher Dauer Schutz oder Asyl zugebilligt wird. Seit 2010 und bis weit in das Jahr 2015 hinein lässt sich eine relativ große Aufnahmebereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland beobachten, insbesondere im Vergleich zu vielen anderen Ländern der EU. Verantwortlich dafür war eine vor dem Hintergrund der günstigen Situation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt positive Zukunftserwartung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die seit Jahren laufende breite Diskussion um Fachkräftemangel und den Prozess der strukturellen Alterung der Gesellschaft führte ebenso zu einer Öffnung wie die Akzeptanz menschenrechtlicher Standards und die Anerkennung des Erfordernisses des Schutzes vornehmlich syrischer Flüchtlinge, aus der auch eine große Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement resultierte.

Viertens: Aufhebung von Migrationsbarrieren. Die EU-Vorfeldsicherung, also das System der Fernhaltung von Fluchtbewegungen, ist aufgrund des »Arabischen Frühlings« und der Destabilisierung diverser Staaten am Rand der EU zusammengebrochen. Die »Mobilitätspartnerschaften« der EU und die vielgestaltige europäische migrationspolitische Zusammenarbeit mit Staaten wie Libyen, Ägypten,

Tunesien, Marokko, Albanien oder der Ukraine hatte seit den 90er Jahren verhindert, dass Flüchtlinge die Grenzen der EU erreichen und um Asyl nachsuchen konnten. Die Destabilisierung der politischen Systeme wirkte mit den tiefgreifenden Folgen der Weltwirtschaftskrise seit 2007 zusammen, die die gesellschaftlichen Konflikte in den EU-Anrainerstaaten verschärfte, die staatlichen Handlungsmöglichkeiten beschnitten sowie die Bereitschaft und die Reichweite einer Zusammenarbeit mit der EU minimierten.

Fünftens: Die Weltwirtschaftskrise wirkte auch in den inneren Ring der Vorfeldsicherung gegen Flüchtlinge hinein. Das seit den 90er Jahren entwickelte »Dublin-System« diente der bewussten Abschiebung der EU-Kernstaaten und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland gegen die weltweiten Fluchtbewegungen. Lange funktionierte es. Aufgrund der massiven Folgen der Weltwirtschaftskrise aber waren diverse europäische Grenzstaaten, vornehmlich Griechenland und Italien, immer weniger bereit, die Lasten des Dublin-Systems zu tragen und die Flüchtlinge, die vermehrt die EU erreichten, zu registrieren und in das jeweilige nationale Asylverfahren zu fügen.

Sechstens: Deutschland als Ersatz-Zufluchtsland. Die Weltwirtschaftskrise führte innerhalb der EU dazu, dass die Bereitschaft klassischer und sehr gewichtiger Asylländer wie Frankreich oder Großbritannien stark sank, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. In diesem Kontext wurde die Bundesrepublik gewissermaßen ein Ersatz-Zufluchtsland und damit zu einem neuen Ziel im globalen Gewaltmigrationsgeschehen.



Jochen Oltmer

ist Apl. Professor für Neueste Geschichte und Mitglied des Vorstands des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

joltmer@uni-osnabrueck.de

Ulrike Krause

Flucht und Flüchtlingsschutz: Globale Trends

Die aktuellen Debatten über Flüchtlinge in Deutschland erwecken den Anschein, als befände sich die überwiegende Mehrzahl aller Flüchtlinge in Deutschland und Europa. Doch welche globalen Entwicklungen lassen sich tatsächlich nachzeichnen? Unter dem Titel »World at War« betont UNHCR in dem Global Trends-Bericht von 2014, dass weltweit die meisten aktuellen Flüchtlingssituationen auf gewaltsame Konflikte und Kriege zurückzuführen sind. Während UNHCR in den 50er Jahren Lösungen für mehrere Hunderttausend Flüchtlinge in Europa und vereinzelt außereuropäischen Krisen suchte, sind die aktuellen Trends in der Zwangsmigration verheerend und äußern sich in einem weltweiten Anstieg von Fluchtbewegungen innerhalb von Staaten sowie über Landesgrenzen hinweg.

Laut UNHCR gab es Ende 2014 59,5 Millionen Zwangsmigrant/innen, wozu 38,2 Millionen Binnenvertriebene, 19,5 Millionen Flüchtlinge und 1,8 Millionen Asylsuchende zählen. Die Unterscheidung dieser Personengruppen bezieht sich darauf, dass Binnenvertriebene innerhalb ihres Heimatlandes und Flüchtlinge über Landesgrenzen hinweg fliehen, wobei der Status der Asylsuchenden noch nicht determiniert wurde. Darüber hinaus betont UNHCR, dass es 2014 weltweit ca. 10 Millionen Staatenlose gab. Das sind insgesamt knapp 70 Millionen Menschen, wobei jene Zwangsmigrant/innen nicht eingerechnet sind, die in keine der genannten Kategorien passen, so zum Beispiel klima- und umweltbedingte Zwangsmigrant/innen.

Mit Blick auf die Flüchtlinge, Binnenvertriebenen und Asylsuchenden zeigt sich ein globaler Anstieg von 2013 nach 2014 um 16,21 %. Der wachsende Trend wird mit einer weitläufigeren Zeitspanne noch deutlicher: 2006 gab es weltweit ca. 37,2 Millionen Zwangsmigrantinnen und -migran-

ten, sodass ein Anstieg von 2006 auf 2014 um knapp 60 % zu verzeichnen ist. Während 2012 noch durchschnittlich 23.000 Menschen pro Tag flohen, waren es 2013 bereits ca. 32.200 Menschen und 2014 im Durchschnitt täglich 42.500 Menschen.

Im Jahr 2014 waren 51 % aller Flüchtlinge unter 18 Jahren. Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge (53 %), die über Landesgrenzen hinweg flohen, kamen aus drei Ländern: Syrien mit 3,88 Millionen, Afghanistan (2,59 Millionen) und Somalia (1,11 Millionen). Dabei sei angefügt, dass die Zahl der syrischen Flüchtlinge bis September 2015 bereits auf über 4 Millionen gestiegen ist, und es ca. 7,6 Millionen syrische Binnenvertriebene gibt. Entgegen vielfältiger Annahmen durch Politik und Medien in Europa bleibt die überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge in ihrer Herkunftsregion, denn sie fliehen vornehmlich in Nachbarländer. Daher befanden sich beispielsweise die meisten syrischen Flüchtlinge im Libanon, in der Türkei und in Jordanien, die afghanischen Flüchtlinge in Pakistan und im Iran, sowie die südsudanesischen und kongolesischen Flüchtlinge in Uganda. Insgesamt waren 12,4 Millionen bzw. 86 % aller Flüchtlinge in Entwicklungsländern des globalen Südens fernab von europäischen Ländern, wobei sich 3,6 Millionen bzw. 25 % in den am wenigsten entwickelten Ländern aufhielten.

Im Vergleich zu den globalen Trends ist hervorzuheben, dass 2014 lediglich 219.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa kamen. In der ersten Jahreshälfte 2015 stieg die Zahl der Erst- und Folgeanträge von Asylsuchenden in Europa auf 398.895 (Eurostat). Hier ist allerdings zu beachten, dass diese Zahl nicht für die Einzelpersonen, sondern für die Zahl der Asylanträge steht und Personen auch einen Folgeantrag einreichen können.

Nicht nur die Anzahl fliehender Personen, sondern auch die Dauer von Flüchtlingssituationen steigt zunehmend an, weil die internationale Gemeinschaft keine dauerhafte Lösung für die Personen finden und umsetzen kann. Langzeitsituationen (*protracted refugee situations*) nehmen zu, welche UNHCR als solche definiert, »bei denen 25.000 oder mehr Flüchtlinge derselben Nationalität seit fünf oder mehr Jahren in einem bestimmten Asylland im Exil leben«. 2014 waren laut UNHCR 6,4 Millionen Flüchtlinge in 33 solcher Situationen in 26 Ländern gefangen. Während die durchschnittliche Dauer dieser Situationen auf 20 Jahre geschätzt wird, hielten 12 seit mehr als 30 Jahren und weitere 12 zwischen 20 und 29 Jahren an. Alle dieser Langzeitsituationen mit Ausnahme von Serbien und Kosovo befinden sich in Afrika, Asien und Südamerika.

Die weltweite Zunahme an Zwangsmigrant/innen sowie die Dauer der Situationen lässt sich vor allem auch auf die Herausforderungen in der Lösungsfindung zurückführen. Die politisch präferierte Lösung ist die freiwillige Rückführung von Flüchtlingen in die Herkunftsländer, wobei die lokale Integration in Asylländern sowie die Umsiedlung in sichere Drittstaaten vergleichsweise wenig Beachtung findet. Jedoch war es der internationalen Gemeinschaft im Jahr 2014 insgesamt nur selten möglich, eine Lösung umzusetzen. Von 14,4 Millionen Flüchtlingen weltweit konnten laut UNHCR lediglich 126.800 in ihre Heimatländern zurückgeführt, 103.800 durch Drittstaaten umgesiedelt und 32.100 lokal integriert werden.

Mit Blick auf die globalen Trends zeigt sich, dass die hauptsächlichen Fluchtgründe gewaltsame Konflikte und Kriege sind. Daraus ergibt sich, dass es nicht ausreicht, Flüchtlinge und andere Zwangsmigrant/innen im Exil zu schützen und zu unterstützen. Vielmehr besteht die Notwendigkeit, dass die internationale Gemeinschaft der Staaten sowie Hilfsorganisationen frühzei-

tig auf unterschiedlichen Wegen die Fluchtursachen behandeln. Dies bezieht sich nicht auf militärische Interventionen, sondern vielmehr auf frühzeitige präventive Arbeit und auf diplomatische und friedensfördernde Aktivitäten.

Zudem zeigen sich global zwei Situationen: einerseits humanitäre Notsituationen sowie andererseits Langzeitsituationen. Der Flüchtlingsschutz gilt grundsätzlich als Übergangslösung, bis eine der drei dauerhaften Lösungen umgesetzt werden kann. Auf der Grundlage dessen hat der Flüchtlingsschutz eine auf humanitäre Not- und Soforthilfe ausgerichtete Arbeit, wodurch die grundlegenden Bedürfnisse der Flüchtlinge umgehend abgedeckt werden können oder sollen. Dies erweist sich als notwendig und wichtig in den humanitären Situationen, wobei dieser Ansatz auf Grundbedürfnisse für die Langzeitsituationen nicht ausreicht. Denn die Flüchtlinge leben über viele Jahre bis hin zu Jahrzehnten im Exil und brauchen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Folglich brauchen die unterschiedlichen Situationen jeweils passende Unterstützungsansätze.

Im Zusammenhang mit den Langzeitsituationen steht auch die Frage, wo Flüchtlinge unterbracht sind und warum die lange Dauer besteht. Zum einen werden Flüchtlinge insbesondere in Entwicklungsländern im globalen Süden häufig in Flüchtlingslagern untergebracht, wo Hilfsorganisationen Projekte zum Schutz und zur Unterstützung der Flüchtlinge umsetzen. Diese Lager sind weltweit sehr ähnlich und erweisen sich als zweckgebundene und vor allem auch begrenzte Räume. Obwohl Maßnahmen für die Flüchtlinge umgesetzt werden, stehen die Restriktionen und Gefahren in der Kritik. Denn Flüchtlinge sind oft abhängig von den Dienstleistungen der Hilfsorganisationen und unterschiedlichen Gefahren und Sicherheitsrisiken ausgesetzt. Zum anderen stellt sich die Frage, wie es grundsätzlich dazu kommen kann, dass Flüchtlinge über viele Jahre im Exil

bleiben müssen, und warum die internationale Gemeinschaft für so viele Flüchtlinge keine Lösung finden kann. Im Jahr 2014 wurde lediglich für 262.700 Flüchtlinge eine der drei dauerhaften Lösungen etabliert, was ca. 1,82 % aller Flüchtlinge weltweit entspricht. Diese erschütternd kleine Zahl ist vor allem auf die nicht hinreichende internationale Kooperation von Staaten in der Lösungsfindung zurückzuführen.

Während im Rahmen dieser Zahlen hauptsächlich von den Flüchtlingen gesprochen wird, die über Landesgrenzen hinweg fliehen und nach Schutz suchen, flohen 2014 fast doppelt so viele Menschen – 38,2 Millionen – innerhalb ihrer Heimatländer. Diese Binnenvertriebenen erhalten nicht nur deutlich weniger mediale und politische Aufmerksamkeit, sie werden auch nicht völkerrechtlich geschützt, da sie sich als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Hoheitsgebiet ihres Herkunftslandes aufhalten. Zum Schutz der Binnenvertriebenen gibt es seit 2001 Richtlinien des Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), die jedoch für die Staaten nicht verbindlich sind.

Darüber hinaus ist die Flüchtlingsdefinition recht eng gefasst und listet bestimmte Gründe auf, die als Verfolgungsgründe anerkannt sind, woraufhin Fliehen den Flüchtlingsstatus erhalten können. Darüber hinaus gibt es aber vielfältige weitere Gründe, warum Menschen fliehen müssen. Dazu gehören vor allem auch Umwelt- und Klimaveränderungen. Es wird geschätzt, dass 2012 32,4 Millionen und 2013 21,9 Millionen Menschen aufgrund umwelt- und klimabedingter Veränderungen nicht in ihrer Heimat leben konnten. Da diese Menschen nicht aufgrund von Verfolgung fliehen, werden sie allerdings bislang

nicht völkerrechtlich geschützt. Jedoch sind Fluchtgründe dynamisch und können sich verändern, was auch im Rahmen des Flüchtlingssschutzes integriert werden muss.

Während die mediale Berichterstattung insbesondere seit den Bootsunglücken bei Lampedusa im Jahr 2013 den Anschein erweckt, dass alle Flüchtlinge nach Europa fliehen, zeigt sich vielmehr ein globales Ausmaß von Flucht und Vertreibung. Aktuell sind die meisten fliehenden Menschen Binnenvertriebene, die innerhalb ihrer Heimatländer auf der Flucht sind und nicht völkerrechtlich geschützt werden. Zudem besteht eine globale Verlagerung der Flüchtlinge, die über Landesgrenzen hinweg fliehen: Sie fliehen vornehmlich aus Entwicklungsländern in andere Entwicklungsländer und bleiben somit in ihren Herkunftsregionen, fernab von Europa.

64 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 haben 145 Staaten die Konvention und 146 Staaten das Protokoll von 1967 ratifiziert, was Flüchtlingen grundsätzlich weltweiten Schutz und Zugang zu ihren Rechten ermöglicht. Jedoch ist zu hinterfragen, ob die Reichweite und der Schutzansatz des Abkommens für die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen noch ausreichen, oder ob das Völkerrecht einer Überholung zum besseren Schutz der Flüchtlinge bedarf.

(Dieser Artikel ist im Rahmen des Forschungsprojektes »Genderbeziehungen im begrenzten Raum. Bedingungen, Ausmaß und Formen von sexueller Gewalt an Frauen in kriegsbedingten Flüchtlingslagern« entstanden, das am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg durchgeführt und von der Deutschen Stiftung Friedensforschung finanziert wird, bei der ich mich herzlich bedanke.)



Ulrike Krause

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. Seit Juli 2014 ist sie Mitglied des Organisationskreises des Netzwerk Flüchtlingsforschung.

ulrike.krause@staff.uni-marburg.de

Marianne Haase

Vom Wollen und Können der europäischen Asylpolitik

Es geht um Großes: um das europäische Schutzversprechen an Verfolgte, Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und die Glaubwürdigkeit des europäischen Asylsystems. Das Funktionsprinzip von freien Grenzen, Asylschutz und Kontrolle der EU-Außengrenzen ist massiv gestört. Ausdruck davon sind das zusammengebrochene Dublin-System, die (temporär) wieder eingeführten Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes und öffentliche Schuldzuweisungen der Mitgliedstaaten untereinander. Die europäische und damit auch die nationalstaatliche Asylpolitik stehen angesichts der sogenannten Flucht- und Migrationskrise am Scheideweg: Gelingt es, sich auf eine tatsächlich gemeinsame europäische Asylpolitik zu einigen und damit die Grundlagen für einen gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts wieder oder gar erstmalig herzustellen?

Zentrales Motiv für die Harmonisierung der Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene war die in den 90er Jahren erlebte Unmöglichkeit, Asyl-

zuwanderungsbewegungen allein nationalstaatlich zu regulieren. Die im EU-Vergleich sehr unterschiedlichen Aufnahmebedingungen und Aufkommen von Asylgesuchen sowie unklare Zuständigkeiten für Flüchtlinge zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten hatten dazu geführt, dass eine Verteilung und eine Standardangleichung erzielt werden sollten. Die damals (wie heute) starke Betroffenheit Deutschlands von Asilmigration, die damals (wie heute) unterschiedlichen Anerkennungsquoten bei Asylgesuchen und der Wunsch Deutschlands damals (wie heute) auf europäischer Ebene eine Lastenverteilung zu etablieren, waren wesentliche

Treiber für eine europäische Asylpolitik. Grundlegend waren etwa das Programm von Tampere (1999) und die Überführung der Asylpolitik in EU-Recht durch den Vertrag von Lissabon. Ergebnis war aus deutscher Sicht eine bis 2008 insgesamt rückläufige Zahl von Asylsuchenden, die jedoch seitdem und besonders seit 2013 wieder deutlich ansteigt. Für die EU-Mitgliedstaaten mit Außengrenzen des Schengen-Raumes führte das Dublin-Abkommen zu einer für sie neuen Belastung.

In der europäischen Asylpolitik liegt zudem ein humanitäres, wertevermittelndes Ziel. Die Anerkennungs- oder die Aufnahmerichtlinie stellen verbindliche Regeln dar, die EU-weit geltende grundlegende Schutzgarantien für Asylsuchende eingeführt haben. Sie mögen aus deutscher Perspektive weitestgehend selbstverständlich wirken, sind jedoch gerade für die EU-8 historisch nicht gewachsen und sollten gegenüber dem Vorbeitrittszustand zu einer qualitativen Verbesserung des Asyl- und Menschenrechtsschutzes führen. Gerade in den postsozialistischen Ländern waren bislang kaum Erfahrungen mit Asylzuwanderung gemacht worden, vielmehr waren diese Staaten selbst Herkunftsländer von Flüchtlingen gewesen und nach der Wende Auswanderungsland für viele Arbeitsmigranten geworden.

Beim Blick auf die EU-Asylpolitik muss zunächst positiv hervorgehoben werden, dass es geglückt ist, ein Set an Standards zu etablieren, welches dem EU-weiten Schutz von Flüchtlingsrechten und der Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention zuträglich ist, auch weil ihre Umsetzung einklagbar ist. Diese Standards haben in Beitrittsprozessen Asylsysteme in den Beitrittsländern weiterentwickelt, und auch in der EU-Außenpolitik fungiert die EU-

Warum eine europäische Flüchtlingspolitik?

Asylpolitik als Kompass, an dem sich annäherungsbereite Drittstaaten auszurichten haben. So gesehen wohnt der EU-Asylpolitik eine nicht zu unterschätzende normsetzende Wirkung inne.

Was die Umsetzung des EU-Rechts in nationale Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten anbelangt, herrscht aber neben Licht auch Schatten. Trotz gemeinsamer Anerkennungskriterien ist es nie gelungen, eine einheitliche Schutzgewährung herbeizuführen. Das Beispiel der sehr unterschiedlichen Anerkennungsquoten für afghanische Asylsuchende verdeutlicht die fehlende Einheitlichkeit trotz EU-weit harmonisierter Kriterien: Sie variierte im Jahr 2014 zwischen 20 % und 95 %. Auch das Dublin-System brachte Ergebnisse hervor, die überraschen mögen: Es wurden nicht nur Staaten mit Außengrenzen durch das Dublin-System stark belastet, auch Länder wie Deutschland gehören auf der einen Seite zu den Top-Sendeländern von Dublin-Überführungen, zugleich aber auch zu den Top-Empfängerländern. Aufgrund der sich stark unterscheidenden Aufnahmebedingungen in den EU-Mitgliedstaaten – trotz verbindlich festgelegter Standards – wurden Dublin-Überführungen in einzelne Staaten zeitweise aufgrund der dort nicht sicherzustellenden menschenwürdigen Aufnahme der Flüchtlinge ausgesetzt.

Doch warum ist es in der EU-Asylpolitik bislang nicht gelungen, gemeinsame Standards und vergleichbare Verfahren zu etablieren? Die beiden ersten und wohl wichtigsten Gründe sind die Interessendivergenz und die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten. Während auf der einen Seite Länder wie Deutschland über langjährige Erfahrungen bei der Schutzgewährung und ein zugleich arbeitsmarktgetriebenes Interesse an der Integration von Flüchtlingen verfügen, stehen Staaten an den Außengrenzen vor gänzlich anderen Voraussetzungen. Einer der am meisten betroffenen

Staaten, Griechenland, wird in einer äußerst belasteten wirtschaftlichen Phase mit einem hohen Zustrom an Asylbegehrenden konfrontiert. Ressourcen für eine menschenwürdige Aufnahme von Asylsuchenden sind daher kaum vorhanden.

Völlig unterschiedlich sind die Bedürfnisse, die Traditionen und die Erfahrungen der einzelnen Mitgliedstaaten bei der Integration von Flüchtlingen. Länder wie Frankreich können hier auf ihren Erfahrungsschatz aus der Integration von Drittstaatsangehörigen zurückgreifen, während etwa osteuropäische Staaten weitestgehend neues Terrain betreten und aufgrund historischer Erfahrungen und der Situation auf den lokalen Arbeitsmärkten kaum Interesse an der mittel- oder langfristigen Integration von Flüchtlingen haben. Gerade an dieser Stelle findet von der EU-Ebene ausgehend kaum eine Normsetzung statt, da die EU-Integrationspolitik bislang ein nur sehr schwach reguliertes Feld in der Europäischen Union ist.

Eine bislang und auch weiterhin offene Flanke ist die häufig mangelnde Bereitschaft der Mitgliedstaaten finanzielle und materielle Ressourcen für eine solidarische Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise bereitzustellen. Symptomatisch hierfür steht die ausbleibende Unterstützung der europäischen Partner bei der Fortführung des italienischen Seenotrettungsprogramms »Mare Nostrum«, mithilfe dessen laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) zwischen Oktober 2013 und Dezember 2014 rund 200.000 Menschen gerettet wurden. Aber auch auf Grenzschutz fokussierten Frontex-Operationen wie »Triton« fehlen Ressourcen, die von Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden müssten. Diese beiden Beispiele sind ein Hinweis darauf, dass es bei der mitgliedstaatlichen Unterstützung offenbar weniger um die Zielsetzung der zu unterstützenden Aktion geht (Flücht-

Gelingen und Scheitern der Europäisierung

lingsrettung oder Grenzschutz), sondern vielmehr um mangelnde generelle Solidaritätsbereitschaft. Rufe nach *Relocation*, also die Umsiedlung von Flüchtlingen innerhalb der EU zur Entlastung besonders betroffener Mitgliedstaaten, haben in der Vergangenheit politisch in den EU-Mitgliedstaaten ohne Außengrenze kaum Unterstützung erfahren.

Insgesamt ist die europäische Harmonisierung nur bis zur gemeinsamen Standardsetzung vorgedrungen, die Verfahren selbst finden bislang auf nationalstaatlicher Ebene statt. Mit dieser nur unvollständigen Harmonisierung konnten also Räume für vielfältige Asylpraktiken genutzt werden. Regulierende und verfahrensangleichende Mechanismen wie personelle und finanzielle Unterstützungsleistungen oder Aktivitäten des European Asylum Support Office (EASO) konnten nicht ausreichend auf defizitäre Asylsysteme in einzelnen Mitgliedstaaten reagieren, auch weil sie die Ursachen der Krise der europäischen Asylpolitik nicht beheben konnten.

Folge der unterschiedlichen Umsetzungspraktiken der europäischen Regelungen ist angesichts des starken Zuwachses an Asylgesuchen ein wachsendes Misstrauen der europäischen Mitgliedstaaten untereinander. Eine weitere Folge ist, dass mit dem starken Zuzug an Flüchtlingen eine Situation eingetreten ist, die der vor der Europäisierung in den 90er Jahren ähnelt: der Ruf nach Lastenteilung, die Verschärfung der Debatte um eine Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU, aber auch eine heftige und leidenschaftliche Diskus-

sion um die Qualität unseres Asyl- und Menschenrechtsschutzes.

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen des europäischen Asylsystems geht es nun also darum, nicht nur mögliche Mechanismen und technokratische Verfahren der Lastenverteilung zu entwickeln, sondern ein gemeinsames

Wollen wieder zu beleben. *Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg?* Die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und

Bedürfnisse zwischen den Mitgliedstaaten als Ursachen der Krise der EU-Asylpolitik werden bestehen bleiben. Es wird also ein hohes Maß an Kompromissfähigkeit, ein adäquates Anreizsystem und eine Rückbesinnung auf die »europäischen Werte« erfordern, um Schritte in Richtung eines europäischen Asylsystems zu gehen, in dem das Vertrauen untereinander wieder wachsen kann. Mut machend ist nicht nur die Tatsache, dass eine enteuropäisierte Asylpolitik allein EU-rechtlich wegen der Verankerung der gemeinsamen EU-Asylpolitik im Vertrag von Lissabon mit sehr hohen Hürden verbunden wäre. Die aktuellen Diskussionen um das EU-Asylsystem und seine Bilanzierung können auch selbst heilsam sein und zu einer Revitalisierung des Gedankens an eine genuine EU-Asylpolitik führen. Denn es ist völlig klar, dass die Staaten der Europäischen Union den Flüchtlingskrisen in Europa und in den Herkunftsländern mittelfristig nur mit einer gemeinsamen Politik werden begegnen können.

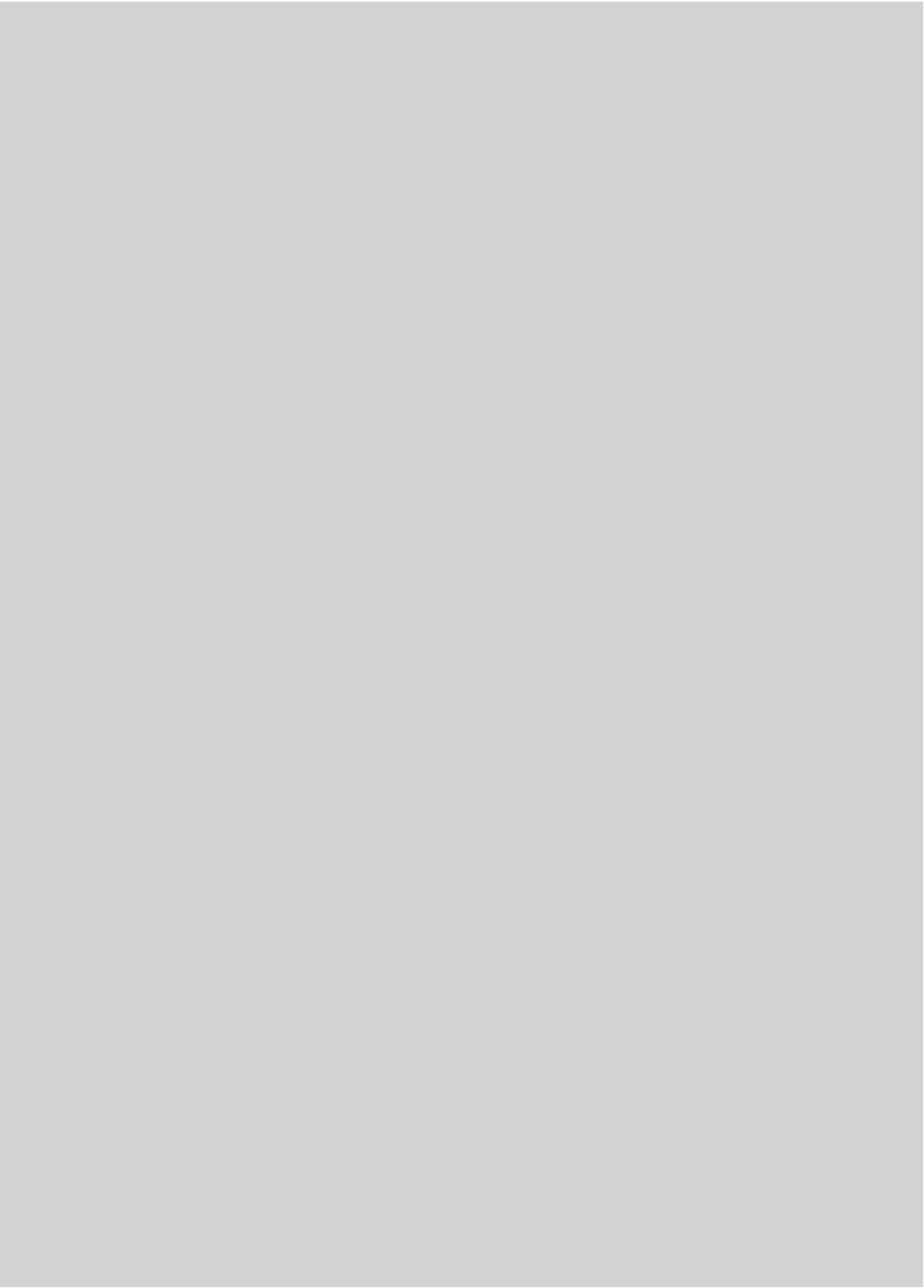
(Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.)



Marianne Haase

ist Beraterin bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Bereich »Migration und Entwicklung«.

marianne.haase@gmx.net



Claudia Engelmann

Sichere Herkunftsstaaten – sinnvoll oder nicht?

Das Konzept der »Sicheren Herkunftsstaaten« hat Konjunktur, auch in Deutschland. Nachdem die Bundesregierung im letzten Jahr Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien als sicher eingestuft hat, werden in Kürze auch Montenegro, Albanien und Kosovo folgen. Die Effektivität dieser Maßnahmen kann bezweifelt werden, denn weder führt sie zu einem signifikanten Rückgang der Asylbewerberzahlen aus diesen Ländern, noch zu wesentlich verkürzten Asylverfahren. Warum entscheidet man sich dann dafür, weitere Herkunftsländer als sicher einzustufen?

Die öffentliche Debatte zur Flüchtlingskrise wird momentan unter anderem dadurch bestimmt, dass man zwischen »guten« und »schlechten« Migrant/innen unterscheidet. Erstere kommen aus Syrien oder Libyen. Sie fliehen vor Krieg oder Folter und hätten – so die Argumentation des Gesetzgebers – auch tatsächlich Anspruch auf Schutz in Deutschland. Die zweite Gruppe kommt vor allem aus den Westbalkanländern. Diese Menschen seien lediglich Armutsflüchtlinge – so heißt es, sie hofften auf ein besseres Leben und seien nicht wirklich schutzbedürftig. Einige der kürzlich beschlossenen Gesetzesänderungen zielen darauf ab, diese Menschen abzuschrecken, nach Deutschland zu kommen bzw. ihr Asylverfahren erheblich zu beschleunigen, um sie im Zweifelsfall schneller ausweisen zu können. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Einstufung der Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer. Ausschlaggebend für diese Bewertung ist die Menschenrechtssituation vor Ort. Schätzen die deutschen Behörden diese als sicher ein, so haben Flüchtlinge, die aus diesen Staaten kommen, grundsätzlich keinen Anspruch auf Schutz. Ihr Asylantrag wird in einem beschleunigten Ver-

fahren geprüft und ist mit eingeschränkten Rechtsgarantien verbunden (z.B. weniger Zeit für eine Klage gegen den Ablehnungsbescheid). Auch die Beweislast im Asylverfahren ist in diesem Fall umgekehrt: Es ist Aufgabe des Antragstellers zu zeigen, dass die Situation in seinem (vermutlich sicheren) Herkunftsland für ihn persönlich nicht sicher genug ist, um dahin zurückzukehren – sodass er somit Anspruch auf Schutz in Deutschland hätte.

Die entsprechende gesetzliche Regelung beruht auf Artikel 16 a Abs. 3 des Grundgesetzes und § 29 a des Asylverfahrensgesetzes. Verabschiedet wurde sie bereits 1993 als Teil des sogenannten Asylkompromisses. Diese Regelung kam allerdings in den letzten 20 Jahren in der Praxis kaum zur Anwendung. Warum wird sie jetzt relevant? Nach der Aufhebung der Visumpflicht für die Westbalkanländer ist die Zahl der Asylanträge aus der Region stark angestiegen. Somit sah sich der Gesetzgeber im letzten Jahr veranlasst, den Westbalkan als sicher einzustufen. Argumentiert wurde, dass die von dort kommenden Asylbewerber erhebliche Kosten für den deutschen Staat verursachten: Die Durchführung des Asylverfahrens und die Unterbringung dieser Antragsteller belasteten die Kommunen finanziell – und letztlich würde sowieso fast jeder Antrag auf Asyl abgelehnt.

Die Einstufung der Westbalkanländer als sicher ging mit sehr viel Kritik einher. Unter anderem wurde das Konzept als solches infrage gestellt. Aus rechtsstaatlicher Sicht kann bezweifelt werden, ob Menschen aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern noch ein fairer und diskriminierungsfreier Zugang zum Asylverfahren ermöglicht wird. Darüber hinaus kann zumindest bezweifelt werden, ob deutsche Behörden die Sicherheit für ein *ganzes* Land

und seine Bürger/innen pauschal feststellen können. Es gab auch massive Kritik an der Einstufung der genannten Länder: Die Situation vor Ort sei längst nicht so stabil, wie der deutsche Gesetzgeber es suggeriere. Im Kosovo etwa gibt es auch heute noch eine systematische Diskriminierung von Minderheiten (z.B. Roma, Aschkali oder Homosexuelle). Somit würde das Deklarieren als sicher eine ordentliche Prüfung des Asylantrags zumindest erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen.

Durch die Gesetzesänderung soll ein Abschreckungseffekt bei den Asylbewerber/innen aus diesen Ländern erzielt werden.

Abschreckung und verkürzte Verfahren

Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien wurden im September 2014 gemäß dieser Vorstellung zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Welche Auswirkungen hatte diese Einstufung auf die Asylbewerberzahlen? Im August 2014 beantragten 2.515 serbische Staatsbürger/innen in Deutschland Asyl, im August 2015 verzeichnete Eurostat 2.480 Bewerber/innen. Aus Bosnien und Herzegowina gab es im gleichen Zeitraum 765 bzw. 540 Anträge. Somit hat sich statistisch betrachtet kaum eine Veränderung eingestellt. Ein anderes Bild ergibt sich mit Blick auf den Fall Mazedonien: Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der von dort kommenden Asylsuchenden von 830 auf 1.470 nahezu verdoppelt. Wie sieht es mit jenen Ländern aus, die aller Voraussicht nach in Kürze als sicher eingestuft werden? Seitdem deutsche Politiker/innen medienwirksam den geplanten Schritt diskutieren, ist die Zahl der kosovarischen Asylbewerber/innen drastisch gesunken. So haben noch im Juni 2015 1.580 Menschen aus dem Kosovo Asylanträge in Deutschland gestellt. Im September dieses Jahres hat sich diese Zahl auf 795 halbiert. Sowohl für Albanien als auch für Montenegro sind die Zahlen seit Juni 2015 leicht rückläufig. Allerdings ist es angesichts der Schwankungen derzeit

schwierig, aus der Statistik einen klaren Trend abzulesen. In einigen Monaten sinken die Antragszahlen, in anderen steigen sie.

Diese Zahlen machen deutlich, dass es nicht möglich ist, einen direkten Zusammenhang zwischen der Einstufung eines Herkunftslandes als sicher und der Anzahl der Asylbewerber/innen aus diesem Land herzustellen. Wenn die Zahlen zurückgehen (wie z.B. im Falle des Kosovo), spielt die (geplante) Einstufung wahrscheinlich eine Rolle. Um hier verlässlichere Aussagen treffen zu können, müsste man die Entwicklung der Asylbewerberzahlen über einen längeren Zeitraum beobachten und andere Faktoren miteinbeziehen. Wissenschaftliche Untersuchungen haben zum Beispiel belegt, dass die Diaspora im Ziel-land eine wichtige Rolle spielt: Ein Land, in dem es bereits viele Migrant/innen aus einem bestimmten Herkunftsland gibt, zieht automatisch weitere Personen aus diesem Land an. Viele serbische Staatsangehörige beantragen Asyl in Deutschland (und nicht in einem anderen EU-Land), weil sie hier bereits Verwandte oder Bekannte haben. Eine noch viel wichtigere Rolle spielt die Situation im Herkunftsland. Dass die Anzahl der Asylbewerber/innen aus Mazedonien – völlig entgegengesetzt der Annahme der deutschen Bundesregierung – zu- statt abnimmt, hängt mit der momentan instabilen Situation im Land zusammen; dass Menschen aus dem Kosovo nach Deutschland kommen, lässt sich durch die fehlende Perspektive vor Ort erklären.

Man kann den Wunsch dieser Menschen, nach Deutschland zu kommen, unterschiedlich bewerten. Die wenigsten der Kosovaren oder Mazedonier haben in Deutschland Anspruch auf Asyl. Man kann aber nicht pauschal davon ausgehen, dass die deutsche Politik (sei sie nun zu lax oder zu streng) der Grund ist, warum Menschen (nicht mehr) nach Deutschland kommen. Wer sich nur die Zahlen anschaut und daraus schlussfolgert, dass die deut-

sche Politik erfolgreich Asylbewerber aus den Westbalkanländern abschreckt, ignoriert das komplexe Zusammenspiel zwischen Fluchtursachen und Gründen der Flüchtenden, sich für oder gegen ein Ziel-land zu entscheiden.

Die deutsche Bundesregierung will mit der Einstufung der Westbalkanländer als sicher nicht nur Asylbewerber aus diesen Ländern abschrecken, sondern auch die Asylverfahren signifikant verkürzen. Tatsächlich hat sich aber mit der Umsetzung dieser Maßnahme nichts Grundlegendes an den Verfahren geändert. Dies hat zwei Gründe: Zum einen liegt es daran, dass die Sicherheitsvermutung für die Westbalkanländer bereits seit Langem als interne Vorgabe im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zirkuliert. Somit wird bereits seit geraumer Zeit davon ausgegangen, dass Bewerber/innen aus den genannten Staaten keinen Schutz benötigen. Nicht erst mit der Einstufung dieser Länder als sicher, sondern bereits in den Jahren davor, war die Anerkennungsquote gen null.

Zum anderen hat sich an den Asylverfahren nichts Grundlegendes verändert: Die Asylanträge müssen trotz alledem ordentlich geprüft werden. Dies bedeutet, dass der Antragsteller angehört werden muss und es ist zu prüfen, ob ein Abschiebungshindernis vorliegt (z.B. Krankheit). Der momentane Flüchtlingszustrom stellt das BAMF-Personal vor riesige Herausforderungen. Die rechtlich korrekte Bearbeitung aller Anträge bedarf einer gewissen Zeit. Der Rechtsanspruch auf ein faires Asylverfahren für *jede* Bewerberin und *jeden* Bewerber – egal ob aus Syrien oder Serbien darf nicht durch beschleunigte Verfahren untergraben werden. Zusätzliches Personal wird benötigt, um die notwendige Sorgfalt bei der Bearbeitung zu gewährleisten. Dazu kommt, dass es auch in Zukunft nicht einfacher werden wird, abgelehnte Asylbewerber/innen abzuschieben. Grund dafür ist ein komplexes Ge-

menge aus Schwierigkeiten bei der Feststellung der Identität, rechtlichen Hindernissen, zu wenig Personal und dem fehlenden Vollzugswillen der Länder. Auch wenn diese Schwierigkeiten bei abgelehnten Personen aus dem Westbalkan geringer sind als bei anderen Herkunftsländern (d.h. wesentlich mehr Personen werden zurückgeführt), führen sie doch nach wie vor in vielen Fällen zu verzögerten oder nicht vollzogenen Abschiebungen.

Wenn die Einstufung von Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien im letzten Jahr nicht zu den erwünschten Resultaten geführt hat – weder klare Abschreckung noch signifikant verkürzte Asylverfahren – warum plant man dann, drei weitere Länder als sicher zu deklarieren? Noch dazu, vor dem Hintergrund der zahlreichen menschen- und flüchtlingsrechtlichen Bedenken? Auf diese Frage gibt es zwei Antworten: Erstens, solche Politikentscheidungen haben eine sehr große außenpolitische Strahlkraft. Hier geht es nicht vorrangig um menschenrechtliche, sondern um außenpolitische Belange. Man ist in der Flüchtlingskrise auf den guten Willen der Herkunfts- und Transitländer angewiesen; darauf, dass diese Länder ihre eigenen Staatsbürger zurücknehmen, dass sie ihre Grenzen schützen und ihren Beitrag dazu leisten, dass weniger Flüchtlinge in die EU kommen. Vor Kurzem appellierte der kosovarische Außenminister Hashim Thaçi an die Bundeskanzlerin, sein Land als sicher einzustufen. Dass Thaçi – auch vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsverhandlungen mit seinem Land – ein begründetes Interesse daran hat, den Kosovo in einem guten Licht erscheinen zu lassen, dürfte einleuchten. Die Frage ist allerdings, inwieweit sich die deutsche Politik zur Handlangerin dieser Interessen machen darf.

Und zweitens will man mit der Einstufung der Herkunftsländer als sicher der Bevölkerung zeigen, dass etwas getan wird.

*Schluss mit
Symbolpolitik*

Dass diese Einstufung aus Effizienzgründen scheinbar keinen Sinn macht, scheint dabei zweitrangig zu sein. Hier begibt man sich auf schwieriges Terrain. Denn solch eine Politik suggeriert, dass es »gute« und »schlechte« Flüchtlinge gibt. Diese Rhetorik hat mittlerweile auch in die tägliche Berichterstattung Eingang gefunden. Allerdings wird dabei ignoriert, welche rechtsstaatlichen Gefahren sich dahinter verbergen. Jeder Mensch hat das Recht auf ein

fares Asylverfahren, in dem individuell geprüft wird, ob Anspruch auf Schutz besteht oder nicht. Dieses Recht steht nicht nur Menschen aus Syrien und dem Irak zu, sondern auch Menschen aus Albanien und Mazedonien. Der Zugang zum Recht (und somit zu einem fairen Asylverfahren) ist für alle Menschen gleich. Und das sollte auch kommuniziert werden – sowohl vonseiten der Medien als auch vonseiten des Gesetzgebers.



Claudia Engelmann

ist Politikwissenschaftlerin an der Universität Maastricht und forscht zum Konzept der sicheren Herkunftsstaaten im europäischen Vergleich.

c.engelmann@maastrichtuniversity.nl

Rupert Neudeck

Was tut die Europäische Union in der Flüchtlingskrise?

Dass ein Nicht-EU-Land wie Mazedonien einen Zug bereitstellt, mit dem Flüchtlinge von der mazedonisch-griechischen Grenze nach Serbien transportiert werden, das kann man vielleicht noch verstehen. Aber dass ein EU-Land wie Griechenland auf keine andere Idee kommt, als die Flüchtlinge weiter nach Norden zu verschieben, um sie damit aus dem Bereich der Grenzen der Europäischen Union fortzuschaffen, ist ein beschämendes Bild für dieses Europa. Um die Europäische Union muss man sich große Sorgen machen, denn sie droht, in ein Europa der drei Geschwindigkeiten zu zerfallen, weniger aufgrund der Euro-Schuldenkrise, vielmehr aufgrund der Flüchtlingskrise.

Da gibt es zum einen Länder, die mehr oder weniger etwas tun: die Gründungsstaaten, die skandinavischen Länder sowie Spanien und Portugal. Dann kommen die ost- und südosteuropäischen Länder, die wie kleine Kinder aufgeschreckt rufen: »Das haben wir uns so nicht vorgestellt mit

der EU, und wir haben die auch nicht gerufen. Und wenn dann doch welche zu uns eindringen sollten, dann bitte nur Christen, keine Muslime«. Und dann gibt es noch die dritte Geschwindigkeit der beiden Länder Griechenland und Ungarn, die einfach alle, die an ihren Grenzen ankommen, möglichst gleich durch eine Mauer oder einen Zaun abwehren oder sie in Busse packen und über der Nordgrenze in ein Nicht-EU-Land abschieben wollen.

Beobachten kann man diese Vorgehen auf der griechischen Insel Lesbos: Die Ankommenden werden nicht versorgt, sie müssen sich selbst helfen. So etwas wie das griechische Rote Kreuz oder einen Wohlfahrtsverband der reichen Orthodoxen Kirchen gibt es hier nicht, glücklicherweise aber eine Menge bemühter und unbedarfter – aber ausländischer – Helfer. Wenn Griechenland zumindest erklären würde: »Wir haben nicht das Geld dafür, dennoch errichten wir ein Lager für 5.000 Geflüchtete, den Rest müssen die anderen Euro-

päer übernehmen«. Dann könnte Griechenland das auch über die EU organisieren. Aber das national stolze Griechenland ist sehr wenig imprägniert von dem Geist der EU-Gemeinschaft. Was sollte Europa überhaupt noch im Innersten zusammenhalten, wenn nicht gerade solche Werte, dass die Versorgung von Menschen in Not ein wesentliches Kennzeichen dieser Gemeinschaft wenn nicht schon längst ist, so doch sein sollte? Bail-out- und Schulden-Transfer-Verbote können das bestimmt nicht leisten.

Auch die Sprache stimmt nicht: Es gibt gar keine zwei Flüchtlingslager auf Lesbos. Das was in Kara Tepe für die Syrer und in Moria für alle anderen eingerichtet wurde, hält dem Wort »Lager« nicht stand. Es sind eingezäunte Agglomerationen, in die die Flüchtlinge praktisch hineingeworfen werden. Die Menschen hier können auf keine ausreichende Versorgung zählen, weder mit Nahrungsmitteln, noch mit Maten und Decken. Verkaufsbuden stehen in dem sogenannten Lager wie auf einem Jahrmarkt und bieten den Flüchtlingen Speisen, Hygieneartikel und anderes zum Kauf an. Man will an den Flüchtlingen auch noch verdienen.

Der Weg führt für die Flüchtlinge wie automatisch weiter in ein Nicht-EU-Land, dann in ein zweites Nicht-EU-Land. Schließlich wird die Balkanroute erst einmal unterbrochen, weil Ungarn die Flüchtlinge per Gesetz zu Verbrechern erklärt hat. Noch hat sich kein hochrangiger Jurist gefunden, der Anklage gegen Ungarn beim Internationalen Strafgerichtshof erhebt.

Eines kann man auch mit Blick auf Navid Kermanis Friedenspreisrede sagen: Die Migration von muslimischen Flüchtlingen wird diesen Menschen die Augen öffnen, die annahmen, dass sie bei den Gläubigen der islamischen Umma besser aufgehoben seien als in den Ländern der Ungläubigen. In den sozialen Netzwerken

der arabischen Jugend tobt es; es ist die Rede von einer »Schande für den Islam«. Dass die Muslime jetzt nach Österreich, Deutschland, Schweden gehen anstatt nach Saudi-Arabien – das wird dem Islam noch gehörig zu schaffen machen; jedenfalls denen, die noch den letzten Rest von Barmherzigkeit und Nächstenliebe aufrecht erhalten wollen.

Ich frage mich als Bürger, der Zeit seines Lebens ein begeisterter Europäer war, der als Europäer sieht und fühlt: Hat denn in dem gesamten riesigen *acquis communautaire* der EU nie die Frage eine Rolle gespielt, ob man im Notfall Flüchtlingen, die sich in letzter Not zum Beispiel aus Kriegsgebieten an der Grenze melden, menschlich begegnet, sie erst mal versorgt, ihnen eine Atempause verschafft, möglicherweise eine jahrelange Pause, in der sie sich in die EU-Gesellschaft einbringen können? Hat das denn nie bei der Aufnahme eine Rolle gespielt? Viktor Orbán und andere aus den osteuropäischen Ländern spielen die Ahnungslosen: Das hätten sie vor dem Eingehen des Bundes mit der EU nicht gewusst; und das wollten sie auch nicht. Sie haben die Flüchtlinge nicht gerufen. Sie wollen sie nicht und wenn, dann wollten sie auf der Durchreise allemal nur christliche und nicht etwa muslimische Flüchtlinge auf Zeit akzeptieren. So könnte Europa zusammenbrechen, wenn wir jetzt nicht energisch an die Arbeit gehen. Den Zusammenbruch könnte etwas aufhalten, was die Europäische Gemeinschaft immer schon gut konnte. Sie präferierte nicht perfekte Lösungen, sondern auch vorläufige, die noch eine Zukunft aufwiesen. Nicht alle 28 EU-Mitgliedstaaten sind Euro-Staaten. Auch nicht alle 28 sind Schengen-Staaten. Es sollte erst unterhalb des Daches der Europäischen Union eine Gruppenbildung stattfinden: Die zehn bis 13 Staaten, die sich m.E. bereitfinden würden, eine Europäische Flüchtlingsunion zu bilden, sollten das ganz schnell tun – in der Absicht, in den nächsten fünf bis zehn Jah-

Europäischer Spießbrutenlauf

ren auch andere von der zweiten und der dritten Geschwindigkeit dazuzubekommen.

Das wären die sechs Gründungsmitglieder der ursprünglichen EWG und Montanunion, dazu die skandinavischen Staaten, Großbritannien, Spanien, Portugal, Irland. Diese Staaten könnten die Grundlage bilden und damit verhindern, dass noch weitere Gipfeltreffen ergebnislos verstreichen. Diese 13 Länder müssten sich auf ein Quotensystem verpflichten und damit den Startschuss für eine wirklich gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik geben.

Auch die (materiellen) Aufnahmebedingungen müssten sich annähern, damit die Flüchtlinge genauso gut nach Spanien oder Italien gehen könnten wie nach Deutschland. Man erhält als Familie, wie es der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vucić in einem Interview in der FAZ (26. August 2015) sagt, in Deutschland bei der Stellung eines Asylantrags 580 Euro. Das ist deutlich mehr als der Durchschnittsverdienst in Serbien. Vucić hat der Bundesregierung empfohlen, den Höchstsatz von 580 auf 300 Euro zu beschränken. Die Folge wäre eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen vom Balkan auf rund 20 %. Ansonsten würden sie versuchen wegen dieses Geldgeschenks nach Deutschland zu gehen, wo man dafür nicht arbeiten muss, wo man eine kostenlose Unterkunft und gute Verpflegung, sogar medizinische

Versorgung bekommt. Wegen der schnellen Verbreitung aller Nachrichten im Maelstrom Hunderttausender Smartphones erfüllen das alle Flüchtlinge.

Die Politik in Deutschland, namentlich die Finanzminister können sich über ihre eigene Bevölkerung nur glücklich schätzen. Denn unsere wehleidige Flüchtlingsbürokratie wäre vor lauter Gejammer über fehlende Budgetmittel und Personal sowie mangelnde Infrastruktur schon längst gescheitert, wenn es nicht eine in großen Teilen hilfsbereite Bevölkerung gäbe, die gerne etwa ganz Konkretes tun möchte: Deutschunterricht geben, Kinder betreuen, Sprache vermitteln, Ersatzoma in Flüchtlingsfamilien spielen, Rechtsberatung geben, Gesundheitsversorgung vermitteln, dolmetschen, Patenschaften für einzelne Flüchtlinge übernehmen.

Diese hehren Vorhaben werden von der Bürokratie und der Politik allerdings nicht immer erleichtert – ich will gar nicht sagen: gewürdigt – wie sich das eigentlich gehören würde. Einer Ärztin etwa wird der Transport eines kranken Flüchtlingskindes mit dem eigenen PKW vom Asylbewerberheim zur Kinderklinik mit dem Hinweis auf rechtliche Bestimmungen untersagt, ebenso der Zutritt in eine Gemeinschaftsunterkunft in Begleitung eines Dolmetschers. Deutschland macht es den vielen Helfer/innen mit den verschiedensten Widrigkeiten und behördlichen Schikanen fast unmöglich zu helfen.



Rupert Neudeck

gründete das Komitee Cap Anamur/Deutsche Notärzte e.V. und ist seit 2003 Leiter von Grünhelme e.V. Er arbeitet u.a. in Ruanda und im Kongo. 2013 erschien bei C.H.Beck: *Es gibt ein Leben nach Assad: Syrisches Tagebuch*.
r.neudeck@t-online.de

Gerhard Hofmann

COP21 und die Migration

Die Klimakonferenz in Paris entscheidet auch über die künftigen Fluchtbewegungen

Rund 60 Millionen Menschen sind heute weltweit auf der Flucht. Ein Teil davon flieht auch vor den Folgen des Klimawandels, der vielen Menschen weltweit die Existenzgrundlage entzieht. Dieses Thema ist nicht neu, breite Aufmerksamkeit gewann es spätestens mit dem Science-Fiction-Film *Der Marsch*, den die ARD am 19. Mai 1990 erstmals ausstrahlte. Darin führt der junge, charismatische Issa Al-Mahdi eine unüberschaubare Karawane verzweifelter Gestalten, die aus nordafrikanischen Flüchtlingslagern Richtung Europa ziehen. Nur dort sehen sie noch eine letzte Chance, sich vor dem Hungertod zu retten. Denn bereits fünf Jahre hat es laut Drehbuch in ihrer Heimat nicht mehr geregnet und die Hilfen aus Europa und den USA sind im Filz der korrupten afrikanischen Regime versickert.

Auf dem Marsch nach Norden schwillt der Strom auf Hunderttausende an. Bald gerät der Marsch zum Medienereignis. Europa ist derweil über die Ideologie von der »Festung Europa« nicht hinausgekommen; die Brüsseler Entwicklungskommissarin votiert zwar für menschliche Lösungen, scheitert aber bei EU-Gremien und Flüchtlingen – verzweifelt verspricht sie ihnen im Gegenzug für die Rückkehr in ihre Heimatländer millionenschwere EU-Unterstützung. Doch die Hungernen glauben ihr nicht – Europa hat seine Glaubwürdigkeit längst verspielt. Am Schluss ruft sie verzweifelt aus: »Wir brauchen euch, wie ihr uns braucht. Wir können nicht weitermachen, wie bisher. Aber wir sind noch nicht bereit für euch, ihr müsst uns noch mehr Zeit geben.«

William Nicholson beschwor in seinem Film eine düstere Vision – schneller als befürchtet hat sie 2015 beklemmen-

de Aktualität gewonnen. Die drohende – zweifellos menschengemachte – Klimakatastrophe, Hintergrund und Auslöser für den Film *Der Marsch*, war 1977 eher noch Diskussionsthema unter Fachleuten. Aber schon damals hatte der US-Ökonom William Nordhaus eine Grafik mit einer als *Zwei-Grad-Grenze* bezeichneten roten Linie veröffentlicht – er fügte der Linie eine Zeitachse und die natürlichen Schwankungsbreiten samt einer nach oben verlaufenden Temperaturkurve hinzu: 2040 schnitten beide einander. Bereits in den 90er Jahren beschrieb dann der Weltklimarat (IPCC) die Klimamigration als zunehmend schwerwiegende Herausforderung – bis 2050 seien 150 Millionen Klimamigranten zu erwarten. Der IPCC-Bericht 2007 lieferte dann seriös wissenschaftsbasiert die beste zusammenfassende Analyse des aktuellen Klimawandels. Im Juni 2010 erhärtete eine Untersuchung von Sediment-Daten vor der amerikanischen Küste aus der Zeit bis vor Christi Geburt die Annahme, dass die Erderwärmung die Ozeane steigen lässt. Vom Mittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts habe sich der Meeresspiegel praktisch nicht verändert. Seither sei er allerdings pro Jahr um 2,1 Millimeter nach oben geklettert.

Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Erstsendung von *Der Marsch* warnte am 11. November 2011 die Internationale Energieagentur (IAE) in Berlin: »Energie-Zukunft der Welt nicht nachhaltig«. Der kumulierte Kohlendioxid-Ausstoß der kommenden 25 Jahre, so die IEA, liege im Szenario des World Energy Outlooks 2011 »bei drei Vierteln der gesamten CO₂-Emissionen der vergangenen 110 Jahre. Die Folge wäre ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 3,5° C.« Verharre die Politik

Die Tür zur Einhaltung der Zwei-Grad-Grenze schließt sich

tatenlos, werde die Lage noch dramatischer: sechs Grad Anstieg seien möglich. IEA-Chefökonom Fatih Birol: »Bis 2017 wird die energiegeladene oder -verbrauchende Infrastruktur bereits die Gesamtmenge der bis 2035 zulässigen CO₂-Emissionen verursachen. Dann schließt sich die Tür zur Einhaltung der Zwei-Grad-Grenze endgültig.« Zwei Jahre später prangerte Birol an, dass fossile Energien 2012 weltweit mit mehr als 510 Milliarden Euro gefördert wurden – erneuerbare Energien dagegen nur mit 93.

Der britische Ökonom Nicholas Stern (»die Emission von Treibhausgasen bedeutet ein Marktversagen«) bezifferte 2006 im sogenannten *Stern Review* zum ersten Mal die Kosten des Klimawandels. Dafür rechnete der Ex-Weltbank-Direktor vor, welche Schäden die Erderwärmung verursacht, und was ihre Vermeidung kosten würde (damals nur 1 % des BIP – heute bereits 2). Damit hatte er als erster schlüssig dargelegt, dass CO₂-Reduzierung wirtschaftlich ist. Und er rechnete auch vor, was es täglich mehr kostet, wenn wir nichts unternehmen. In seinem Buch *Der Global Deal* bezeichnete Stern die Armut in den Entwicklungsländern und den Klimawandel als die beiden größten Herausforderungen unserer Zeit, »unauflöslich miteinander verbunden«.

Flüchtlingsproblematik und Klimawandel hätten unmittelbar miteinander zu tun, so IPCC-Mitglied Oliver Christian Ruppel. Es gebe nicht nur eine Flucht vor Waffen und Gewalt, sondern auch die vor klimatischer Bedrohung. Daher sollte Europa den Kampf gegen den Klimawandel nicht vernachlässigen, so der südafrikanische Jurist, Teilnehmer an der Weltklimakonferenz COP21, die am 7./8. Dezember in Paris stattfindet. Laut Ruppel ist »Klimamigration vielleicht die nächste noch viel größere Migrationswelle, die folgt, und

insofern sollte man sich frühzeitig darauf gefasst machen.« Die nördliche Hemisphäre hat laut Ruppel aus menschlicher Sicht die Verantwortung zu helfen. Die drei wesentlichen Faktoren der Klimamigration seien »Ernährungsunsicherheit, Wassermangel und Dürre«. Bereits jetzt litten die Menschen in Subsahara-Afrika unter dem Klimawandel, hätten teilweise keinen Zugang zu sauberem Wasser, Hunger sei weit verbreitet. Das werde alles durch den Klimawandel verschärft, der zudem Einfluss auf Konfliktsituationen habe.

Wenn wir den Planeten retten wollten, müssten die Klimadiplomaten, die Politik und jeder Einzelne in Paris handeln, denn es gehe um unser Gemeinschaftsgut. In Paris müsse besonders im Vordergrund stehen, »dass die Gemeingüter Klima und Atmosphäre schlicht und einfach nicht verhandelbar sind«. Der Klimawandel sei eine Verletzung der Menschenrechte der Armen – diese Erkenntnis müsse COP21 prägen, wenn man zu verbindlichen Abmachungen kommen wolle.

Um Fluchtursachen zu bekämpfen, müsse schnell auf 100 % erneuerbare Energien umgestellt werden, sagt der Energieexperte Hans-Josef Fell. Die heutige Flüchtlingswelle sei logische Folge einer jahrzehntelangen unzulänglichen Politik. »Unser westlicher Lebensstil stört sich nicht daran, dass wir Autos fahren und Wohnungen heizen, für deren Energieversorgung auch Erdöl aus Terroristenhand verwendet wird. Erdöl ist die Hauptfinanzquelle von IS, Al Qaida, Boko Haram, von Syriens Präsident Assad oder den einander bekriegenden sudanesischen Machthabern. Kolumbianische Kohle wird auch in deutschen Kohlekraftwerken verbrannt, obwohl Kolumbien nach Syrien vor allem wegen des Kohleabbaus für den Export weltweit das Land mit den zweitmeisten Binnenflüchtlingen ist«, so Fell.

Schon 2012 hatten die Schweiz und Norwegen die »Nansen Initiative« für einen besseren Schutz von Klimaflüchtlingen an-

gerecht; eine Schutzagenda wurde am 13. Oktober 2015 in Genf präsentiert: Im Rahmen eines globalen Konsultationsprozesses sollen Maßnahmen zum besseren Schutz von Klimaflüchtlingen identifiziert werden, um infolge des Klimawandels entstehende Bevölkerungsbewegungen besser zu verstehen. Denn jedes Jahr werden Millionen Menschen aufgrund von Naturkatastrophen vertrieben: Von 2008 bis 2014 sind weltweit 184 Millionen Menschen vor Überflutungen, Orkanen, Erdbeben, Dürren und anderen Naturkatastrophen geflüchtet.

Die Klima-Allianz Deutschland definiert sechs negative Folgen des Klimawandels für Migration und Flucht: Durch humanitäre Katastrophen (Stürme, Regenfluten, Dürren, Überschwemmungen, Ernteauffälle, Bodenverlust) werden bis 2080 zusätzliche 600 Millionen Menschen von Hunger betroffen sein; bis 2080 werden zusätzliche 1-3 Milliarden Menschen ohne ausreichend Wasser leben müssen; Hunderte Millionen Menschen in Küstengebieten (z.B. die Hälfte Bangladeschs) bzw. Inseln (z.B. Kiribati und Tuvalu) werden allein bei steigendem Meeresspiegel von einem Meter von dauerhaftem Landverlust bedroht; der Verlust von Ökosystemen und Biodiversität gefährden die Ernährungssicherheit bzw. Lebensgrundlagen, insbesondere dort, wo Einkommensquellen unmittelbar von intakten Ökosystemen abhängen (z.B. Fischerei und Landwirtschaft); weniger Wasser und steigende Temperaturen begünstigen die Ausbreitung von Keimen und Krankheitserregern bzw. deren Überträger; und die sinkende Verfügbarkeit von Wasser und Land führt zu wachsenden Spannungen z.B. zwischen Bevölkerungsgruppen.

Die bisher zugesagten Klimaschutzanstrengungen der Staaten würden immer

noch eine Erwärmung von 2,6 Grad verursachen. Selbst wenn die globale Erwärmung unter zwei Grad bliebe, würden die klimatischen Veränderungen tiefgehende Schäden anrichten. Und selbst wenn der Klimagas-Ausstoß (theoretisch) sofort auf null gesenkt werden könnte, würden die Temperaturen wegen der verzögerten Wirkung der Treibhausgase in den nächsten drei bis vier Jahrzehnten trotzdem ansteigen.

Der internationalen Politik fehlt es zudem an Instrumenten, um angemessen mit Klimamigration umzugehen: Wer aufgrund von Naturkatastrophen seine Heimat verlassen muss, ist nicht ausreichend geschützt. Gleichzeitig spielt die Frage aber bei Klimaverhandlungen in den Debatten um Schäden und Verluste eine immer wichtigere Rolle. Bereits 2010 war in Cancún (COP16) explizit die Notwendigkeit der diesbezüglichen Zusammenarbeit vereinbart worden, und auch im internationalen Warschau-Mechanismus (COP19) zu Klimaschäden ist die Klimamigration auf der Agenda.

Wenn es nicht gelingt, den »Migrationsdruck« (Ministerialsprache) zu senken, droht uns der »Marsch« in einem ungeahnten Ausmaß. Wenn, was wahrscheinlich ist, die Himalaya-Gletscher weiter abschmelzen, wird sich eine Milliarde Menschen auf der Suche nach Wasser in Bewegung setzen.

Der »Marsch« hat längst begonnen – wir wussten es schon lange, haben aber nichts getan. Die Erwartungen an COP21 waren jedenfalls viel zu hoch. Es wird eine Vereinbarung erzielt werden, aber nur auf freiwilliger Basis, denn es wird höchstwahrscheinlich keinen Sanktionsmechanismus zur Durchsetzung geben, denn dazu müssten die Staaten zur partiellen Aufgabe von Souveränität bereit sein.



Gerhard Hofmann

war u.a. langjähriger Chefkorrespondent von RTL und n-tv. Er ist heute freier Autor und Berater in Energie- und Nachhaltigkeitsfragen.

hofmann@agentur-zukunft.eu

Marcel Berlinghoff

Ein neues Einwanderungsrecht – wozu?

Das deutsche Migrationsrecht besteht aus einer Vielzahl an Gesetzen, Verordnungen sowie Durchführungsbestimmungen und ist in seiner Gesamtheit selbst für Fachleute nicht einfach zu überblicken. Föderale Divergenzen sowie übergreifende europäische Richtlinien und internationale Konventionen erschweren die Übersicht. Auch unterschiedliche Perspektiven darauf, was ein solches Recht eigentlich genau regeln soll und kann, sowie die dahinterstehenden (häufig aber auch thematisch fremden) widerstreitenden Interessen sind wichtige Gründe für diese Verwirrung. Politische und institutionelle Beharrungskräfte, die dem gesellschaftlichen Wandel hinterherhinken und das Fortwirken tradierter Diskussions- und Entscheidungsmuster überschneiden sich mit neueren Entwicklungen. Hinzu kommt die Allgegenwart des Phänomens Migration, das sämtliche gesellschaftliche Teilbereiche berührt und somit nicht allein aufenthalts- und sicherheitsrechtliche, sondern auch sozial- und wirtschaftsrechtliche Aspekte berührt. Migrations- oder Einwanderungsrecht umfasst also nicht nur Fragen des Zugangs zum staatlichen Territorium, sondern auch der gesellschaftlichen Teilhabe.

Wenn aber dieses Migrations- bzw. Einwanderungsrecht schon von Fachleuten nicht einfach zu durchschauen ist, wie sollen erst (potenzielle) Einwanderinnen und Einwanderer damit zurechtkommen? Intransparente Vorgaben und Entscheidungsfreiheiten der durchführenden Institutionen vermitteln den Eindruck schwer greif- und durchschaubarer rechtlicher Regelungen. Die weit verbreitete Unkenntnis einwanderungsrechtlicher Grundlagen führt zudem migrations- und gesellschaftspolitische Debatten häufig ins Abseits. Übersicht tut also Not und der Blick zurück mag bei der Frage nach dem Reformbedarf des bundes-

deutschen Einwanderungsrechts helfen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft war auch ohne dezidiertes Einwanderungsrecht von Beginn an reich an Migrationserfahrungen. Während elf Millionen Kriegsgefangene, Deportierte und Zwangsarbeiter das Land verließen, kamen 12-14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemals deutschen Staats- oder Siedlungsgebieten im Osten Europas neu in ein Land, das mit etwa 30 Millionen Ausgebombten, Evakuierten und Kriegsheimkehrern bereits »in Bewegung« war.

Die Gesellschaften beider deutschen Staaten machten ungeahnte Migrations- und Fremdheitserfahrungen, obwohl die überwiegende Mehrzahl der Zuwanderer die deutsche Staatsangehörigkeit hatte oder zuerkannt bekam – ein wichtiger Schritt in Richtung der gesellschaftlichen Teilhabe dieser Neubürger. Zwar wurden sie von der einheimischen Bevölkerung häufig dennoch als Fremde ausgegrenzt, doch wurde ihre gesellschaftliche Integration politisch und rechtlich gefördert. Streng genommen ist also bereits das bundesdeutsche Lastenausgleichsgesetz von 1952 als Mittel der Integrationsförderung ein Teil des Einwanderungsrechts.

Aus der damaligen Perspektive jedoch bezog sich die rechtliche Rahmung von Migration explizit auf die Mobilität von Ausländern. Wie in anderen als eher randständig eingeschätzten Rechtsfeldern auch, wurde in der jungen Bundesrepublik auf Vorkriegsregelungen zurückgegriffen, in diesem Fall auf die Ausländerpolizeiverordnung von 1938. Erst 1965 wurde ein eigenes bundesdeutsches Ausländergesetz erlassen, das den grundsätzlich genehmigungspflichtigen Aufenthalt von Ausländern in der Bundesrepublik mithilfe unterschiedlich befristeter rechtlicher Status

*Vom Ausländer-
zum Zuwande-
rungsgesetz*

regelte. Die Umsetzung des Gesetzes wurde in teils intransparenten Durchführungsbestimmungen auf Länderebene geregelt. Hierzu hatten sich die Innenminister auf geheim gehaltene »Grundsätze« geeinigt, die insbesondere die Zulassung von Ausländern »aus dem befreundeten westlichen Ausland«, die grundsätzliche Abweisung von anderen »Außereuropäern« sowie den politisch bestimmten Umgang mit Migranten aus dem »Ostblock« betrafen. Ziel des Ausländergesetzes war es, die Einwanderung von Ausländern zu verhindern, sofern diese nicht im Interesse der Bundesrepublik lag. Schließlich, so war man sich in den 60er Jahren einig, sei die Bundesrepublik kein Einwanderungsland.

Daran änderte auch die zur gleichen Zeit durch bilaterale Anwerbeabkommen gerahmte und im Arbeitsrecht verankerte Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wenig, war diese doch auf temporäre Migration und nicht auf dauerhafte Niederlassung ausgelegt. Schon in den frühen 70er Jahren stießen hier jedoch unterschiedliche Interessen aufeinander, denn mit fortschreitendem Aufenthalt erhielten auch die sogenannten »Gastarbeiter« einen Rechtsanspruch auf sichere(re)n Aufenthalt – für einzelne Bundesländer damals ein Grund, Menschen vor Erreichen dieser Fristen auszuweisen. Die ungewollte Einwanderung war letztlich auch der Hauptgrund für den Anwerbestopp von 1973, der den legalen Zuzug von »Außereuropäern« zur Arbeitsaufnahme weitgehend sperrte und damit das Migrationsrecht der folgenden drei Jahrzehnte prägte.

In entgegengesetzte Richtung entwickelte sich das europäische Migrationsrecht des damals noch auf den westlichen Teil des Kontinents beschränkten vereinten Europas. Der fortschreitende Ausbau der Arbeitnehmerfreizügigkeit (später auch für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union) machte Deutschland »sogar [zu] mehr als ein[em] Einwande-

rungsland«, wie es der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher Anfang 1973 umschrieb: Die Steuerungsmöglichkeit und der Kontrollanspruch gegenüber Ausländern aus den Mitgliedstaaten der EU nahm stetig ab, so dass sich jene bald vorrangig auf sogenannte Drittstaatler beschränkte.

Während sich das zunehmend liberale Einwanderungsrecht gegenüber EG/EU-Europäern in das positiv besetzte Narrativ eines grenzenlosen Europas (bis hin zur Selbstbeschreibung als »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts«) fügte, wurde das eigentlich ebenfalls positiv konnotierte, da menschenrechtlich begründete, Flüchtlingsrecht Gegenstand immer schärfer werdender politischer wie rechtlicher Auseinandersetzungen. Zwar war der Schutz vor Verfolgung wie er in Artikel 16 des Grundgesetzes, der Europäischen Menschenrechts- oder der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegt wurde, eigentlich nicht Teil des Einwanderungsrechts. Mit dem Anstieg der Fluchtbewegungen seit den späten 70er Jahren bei gleichzeitiger Schließung der möglichen Wege für legale Migration geriet es aber einerseits in den Sog migrationspolitischer Debatten und wurde andererseits zum Tor für Migration, die auf anderem Wege legal nicht möglich war. Die gesamten 80er Jahre hindurch waren Verschärfungen des Asyl- und des Ausländerrechts bundespolitische Dauerthemen, was zu verhärteten Fronten, gesellschaftlichen Friktionen und integrationspolitischen Blockaden führte.

Die frühen 90er Jahre erlebten dann zwar weitreichende Reformen – von der Neuregelung des Ausländergesetzes (1990), über die weitgehende Einschränkung des Asylrechts und die Beschränkung der Aussiedlerzuwanderung (1993) bis hin zur Umsetzung der europarechtlichen Migrationsbestimmungen nach dem Schengener Abkommen (1995). Einen grundsätzlichen Richtungswandel der gesellschafts- und migrationspolitischen Debatte und in-

folgedessen auch des Einwanderungsrechts brachte erst der Regierungswechsel 1998 und die Einsetzung der Süßmuth-Kommission 2000, die Empfehlungen für ein neues Einwanderungsrecht geben sollte. In kleinen Schritten wurde die Realität eines Einwanderungslandes anerkannt (etwa durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes) und eine Anpassung des Migrationsrechts daran versucht.

Zwar war das 2005 verabschiedete neue Einwanderungsrecht noch ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz (Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern), doch hat sich das deutsche Einwanderungsrecht seitdem in vielen Einzelschritten zu einem der offensten der OECD entwickelt. Es entfernt sich damit immer weiter von der Migrationsverhinderungslogik des alten Ausländergesetzes. Hierfür sind besonders wirtschaftliche aber auch gesellschaftspolitische Erwägungen verantwortlich. So werden etwa der durch den demografischen Wandel erwartete Mangel an Fachkräften und eine im internationalen Wettbewerb stehende Wirtschaftsnation als Gründe für eine notwendige weitere Öffnung des Migrationsrechtes vorgebracht.

Demgegenüber wird, nach zwischenzeitlicher Öffnung in den letzten Jahren, das deutsche Flüchtlingsrecht seit einigen Wochen wieder restriktiver geregelt und zwar nicht, weil das international verbrieft Recht auf Schutz grundsätzlich infrage gestellt würde, sondern weil die vermeintliche Aufnahmekapazität und Integrationsfähigkeit gefährdet seien – Kategorien, die dem Flüchtlingsrecht fremd sind und den Debatten vor dem Anwerbestopp gleichen.

Wenn nun also, auch vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahlen, von verschiedenen Seiten ein neues Einwanderungsrecht gefordert wird, so ist zunächst zu fragen, warum es das bisherige, sich stetig weiterentwickelnde, nicht auch tut. Die eingangs skizzierte Unübersicht-

lichkeit – für Fachleute, Migrantinnen und Migranten, vor allem aber auch für alle, die in diesem Land leben – ist sicherlich ein guter Reformgrund. Ein in seinen Zielen klares und seinen Mitteln transparentes Einwanderungsrecht könnte helfen, auf Nichtwissen und Unsicherheiten basierende Ängste und Ablehnung aufzulösen.

Hierzu ist aber eine offene Debatte darüber notwendig, was ein solches neues Einwanderungsrecht leisten soll und kann. Soll das Einwanderungsrecht Migration fördern oder verhindern? Geht es um die gesellschaftliche Inklusion Benachteiligter mit Einwanderungsgeschichte? Oder um den erleichterten – und attraktiven – Zugang für Neuzuwanderer? Wie sollen wirtschaftliche, außen- und sicherheitspolitische Interessen abgewogen werden? Und wollen wir wirklich ein auf Diskriminierung aufbauendes Migrationsrecht, das die nationale Herkunft höher stellt als den Gleichheitsgrundsatz?

Eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten des Migrationsrechts im Rahmen verfassungsrechtlicher Grundsätze und völkerrechtlicher Regeln, die die historische Erfahrung und gegenwärtige Realität des Migrations- und Einwanderungslandes Deutschland reflektiert, kann bei der Erarbeitung von Anforderungen und Zielen einer solchen Reform helfen. Dabei werden lange gehegte Vorstellungen, wie etwa die einer weitgehend ethnisch homogenen Nation oder die der vollständigen Steuerbarkeit von Migration aufgegeben werden müssen. Auch sind monothematische Diskursstränge wie etwa die Förderung nur wirtschaftlich nützlicher Migration oder sicherheitsfokussierte Perspektiven aufzubrechen und mit den demokratischen Grundlagen dieses Landes abzugleichen. Und schließlich müssen endlich legale Zuzugsmöglichkeiten von außerhalb Europas eröffnet werden, um die häufig lebensgefährliche irreguläre Migration zu vermindern und das Flüchtlingsrecht wieder seinem eigentlichen Zweck zukommen zu lassen.

Ob dies der richtige Zeitpunkt für eine solche Reformdebatte ist, ist nicht einfach zu beantworten. Einerseits ist eine Politik im Zeichen der Brandsätze selten ausgewogen und der vorherrschende Alarmismus ließe keine reflektierte Debatte erwarten. Andererseits ist das deutsche Einwanderungsrecht (auch in seinen internationalen Bezügen) selbst in Bewegung und das Aufeinanderprallen von Flüchtlingschutz, Migrationskontrolle und der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe lässt

grundsätzliche Fragen des Einwanderungsrechts aufscheinen.

Schließlich könnte eine Debatte über die Ziele des deutschen Migrations- und Einwanderungsrechts auch zu einem besseren Selbstverständnis dieser Gesellschaft führen. Wenn darüber hinaus aus einer solchen Debatte ein Einwanderungsrecht entstünde, das verständliche und verlässliche Regeln und Grundsätze auf- und sicherstellen würde, wäre ein weiterer großer und notwendiger Schritt getan.



Marcel Berlinghoff

ist Historiker und Mitglied am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Derzeit koordiniert er das DFG-Netzwerk »Grundlagen der Flüchtlingsforschung«.

Marcel.Berlinghoff@uos.de

Richard Meng

Ticken wir anders?

Die Flüchtlingsdebatte legt so manche Selbsttäuschung offen – und es geht um viel

Es gab deutsche Begriffe, die Eingang in den internationalen Alltagswortschatz fanden. Die berühmte englische Vokabel *kindergarten* etwa. *Willkommenskultur*, so sieht es aus, wird einstweilen eher nicht dazu gehören. Bestenfalls wird man es als Bezeichnung für etwas typisch deutsches sehen, das man anderswo nicht so recht versteht. Denn immer deutlicher zeigt sich in der Flüchtlingsdebatte: Die emotionale Wahrnehmung der aktuellen Herausforderungen unterscheidet sich in Europa von Land zu Land sehr stark, sodass auch situationsbedingte Stimmungsreflexe sehr unterschiedlich ausfallen können.

Ticken wir Deutschen anders? Die rasante Kehrtwende in der Atompolitik nach dem Reaktor-Crash von Fukushima 2011 ist ein anschauliches Beispiel für die deutsche Praxis der Krisenbewältigung. In den meisten europäischen Ländern hat sich an

der Energiepolitik seither nicht viel geändert, weder an ihrer empfundenen Bedeutung noch an ihren Prioritäten. In Deutschland aber war die Welle der wiederauflebenden Anti-Atom-Stimmung so groß, dass DIE GRÜNEN im CDU-Stammland Baden-Württemberg Führungsfähig wurden und die Strategen in Angela Merkels Kanzleramt zu der demoskopiegesicherten Erkenntnis kamen, dass nur ein radikaler Schwenk in Richtung Atomausstieg einen Meinungsumschwung zugunsten von Rot-Grün auf Bundesebene verhindern würde.

Man könnte diesen besonderen deutschen Reflex rückblickend für eine große Stärke halten. Denn erst durch den Paradigmenwechsel wurde der Weg frei für die konsequente Wende in Richtung erneuerbare Energien – und daraus wird inzwischen sowohl umweltpolitisch als auch technologisch und exportwirtschaftlich

ein dauerhaftes Plus. Ähnlich kann es – in einer ansonsten schrumpfenden, alternierenden Gesellschaft – mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sein, zumindest mittel- und langfristig betrachtet. Kurzfristig aber zeigt sich doch auch: Beim Blick auf die europäischen Nachbarn und deren Bereitschaft, ähnlich wie hierzulande zu reagieren, gab und gibt es in Deutschland so manche Selbsttäuschung.

Auf der rein empirischen Ebene fällt auf: Um uns herum wird in der Tagespolitik viel weniger wertorientiert gedacht und gehandelt. Es gibt stärkere Argumente materieller und nationalegoistischer Art, begründbar oft durchaus mit dem real existierenden Wohlstandsabstand. Inzwischen wird diese Differenz mitunter auch in der deutschen Debatte gespiegelt. Manchmal seriös, etwa beim Soziologen Heinz Bude und seiner These vom »gefühlspregenden Angstfaktor in einer individualisierten Gesellschaft«. Manchmal eher unseriös, wie bei Günter Ogger und seiner These von der »deutschen Moraldiktatur«.

Was stimmt ist, dass sich die Gesellschaften Europas in sehr unterschiedlichen Entwicklungsphasen befinden, was beispielsweise den generationenübergreifenden und räumlichen Zusammenhalt von Familien angesichts immer individuellerer Lebenswege betrifft, genauso wie in den Bereichen Lebensvielfalt und -liberalität. Gleiches gilt für die Säkularisierung. Diese Ungleichzeitigkeit gilt innerhalb der Gesellschaften natürlich genauso, nur eben mit sehr unterschiedlicher Gewichtung.

Auch in Deutschland gibt es kulturelle Randregionen – meist eher ländliche –, in denen die Menschen die Dinge (noch) anders und weniger weltoffen wahrnehmen als in den meinungsprägenden Ballungsräumen. Damit spielen sie aber in der Gesamtöffentlichkeit kaum eine Rolle – bis dann wieder einmal festgestellt wird, dass es auch bei uns noch – leider oder Gott sei Dank? – funktionierende »Schweigespiralen« (Bude verwendet hier den von Elisabeth

Noelle-Neumann geprägten Begriff) gibt, die Chauvinismen aller Art in gesellschaftlichen Ruhephasen unsichtbar machen.

Was auch stimmt ist, dass in vielen westeuropäischen Gesellschaften die europäische Integration wohl doch eher als materielle Zugewinnchance im eigenen nationalen Rahmen verstanden worden ist und weit weniger, wie in Westdeutschland, als schrittweiser Souveränitätsverzicht. Zumal in Osteuropa (einschließlich Ostdeutschland) nach 1989 die Menschen in EU und NATO vor allem die Garantien und Schutzmächte einer im Grunde eher national empfundenen Selbstbefreiung sahen, dass aus Satelliten wieder Nationalstaaten wurden und offene Grenzen den Besuch in anderen Nationalstaaten erleichterten. Auf der Gefühlsebene waren es eher parallele nationale Revolutionen mit etwas europäischer Rhetorik, wobei diese offenbar eher mit der Attraktivität von EU-Geld und NATO-Schutzschirm als mit kultureller Öffnung zu tun hatte.

Wenn der ungarische Rechtspopulist Viktor Orbán jetzt immer betont, sein Volk *wolle* sich nun mal nicht ändern (und die Deutschen seien ja frei, das für sich anders zu sehen), spiegelt er damit einen realen Kern dieses Mehrheitsgefühls – so bitter das auch ist. Und viele Nachbarn im Westen betrachten die Themen Zuwanderung und Integration gemäß ihrer historischen Prägung skeptischer als Deutschland, das seine Migranten anfangs ausdrücklich ins Land rief und sich später dann den Herausforderungen interkulturellen Zusammenlebens – wenn auch zögerlich – stellte.

Die Nachbarn im Osten aber haben – neben ihren teils eigenen traditionellen ethnischen Spaltungen, an deren Überwindung wahrlich nicht viel gearbeitet wird – überhaupt keine gelebten Migrationskulturen. Und – von urbanen, gebildeten Minderheiten abgesehen – auch wenig Verständnis dafür. Das alles bedeutet nun gerade nicht, dass die EU es aufgeben darf, endlich auch in diesen politisch-kulturellen

Wahrnehmungsfragen an neuer Gemeinsamkeit zu arbeiten. Im Gegenteil, sie tut dies viel zu uninspiriert und zu langsam.

Aber was bedeutet »sie«, wenn von der EU die Rede ist? Unterhalb der Bürokratien sind es die Gesellschaften. Und da müssen sich alle bewusster werden, wie viel Zeit es noch brauchen wird, bis gesellschaftliche Modernisierungsprozesse in Europa, wenn schon nicht gleich, denn dazu sind die Unterschiede noch viel zu groß, so doch wenigstens gleichgerichteter ablaufen werden. Selbst die griechische Finanztragödie ist letztlich ein Beispiel dafür, was gesellschaftspolitisch passieren kann, wenn man die realen kulturellen Unterschiede ausblendet und nicht parallel zur institutionellen Integration mit dem Ziel an ihnen arbeitet, sie durch Öffnungsprozesse abzubauen, statt sie, wie es derzeit geschieht, immer wieder neu zu betonen.

Das zeigt die fundamentale Bedeutung und Spannung der aktuellen Flüchtlingsdebatte in Deutschland: Im Grunde fordern die Rechtskonservativen und -populisten in Orbáns Sinne eine Art Veränderungsausschluss. So wie man im Westen einst Gastarbeiter wollte, aber keine Zuwanderung aus anderen Kulturen. So wie sich in Teilen des Ostens manche bis heute (und vielleicht darüber hinaus) an einem Deutschland-den-Deutschen-Gefühl festhalten. Und so wie manche neuerdings ausgerechnet den Potentaten Wladimir Putin dafür bewundern, dass er so ein lupenreines Russland-den-Russen-Gefühl verkörpert und durchsetzt.

Auf diesem verqueren, nun doch wieder so zerklüfteten kleinen Kontinent wird die Sache nicht dadurch leichter, dass die deutsche Wirtschaftsstärke bei objektiver Betrachtung anhaltend auf der Wirtschaftsschwäche vieler anderer aufbaut;

dass jede deutsche Moralkeule immer auch mit diesem Befund konfrontiert werden wird wie auch mit dem Verweis auf das eigene historische Moralversagen, an dem wir uns immer neu abarbeiten müssen und niemals eingewaschen sein werden.

In Europa sind wir weniger weit, als es Europas institutionelle Ideale vorgeben. Bei keinem anderen Thema lässt sich das so einschlägig und so deprimierend ablesen wie bei der dringend nötigen fairen Verteilung der Flüchtlinge. Die Deutschen – jedenfalls diejenigen aus dem »hellen« Deutschland – erleben dies inzwischen mit Verblüffung und Ratlosigkeit. Aber das macht passiv, dabei darf es nicht bleiben.

Ja, wir ticken (etwas) anders, und das ist eher gut als schlecht so. Wir sollten uns noch mehr verpflichtet fühlen, für diese Haltung in Europa massiv zu werben; was aber nur funktionieren kann, wenn wir Vorbild sind und zeigen, was Öffnung und Veränderung positiv bewegen. Deshalb ist der Ausgang der innenpolitischen Debatten über »wir schaffen das« oder »wir schaffen das nicht«, über Grenzen der Solidarität und die Zukunft der Grenzen so wichtig. Denn nicht nur wir schauen jetzt manchmal irritiert auf andere. Die anderen schauen höchst interessiert auf uns. Und darauf, wer sich am Ende bestätigt fühlen wird und wer nicht.

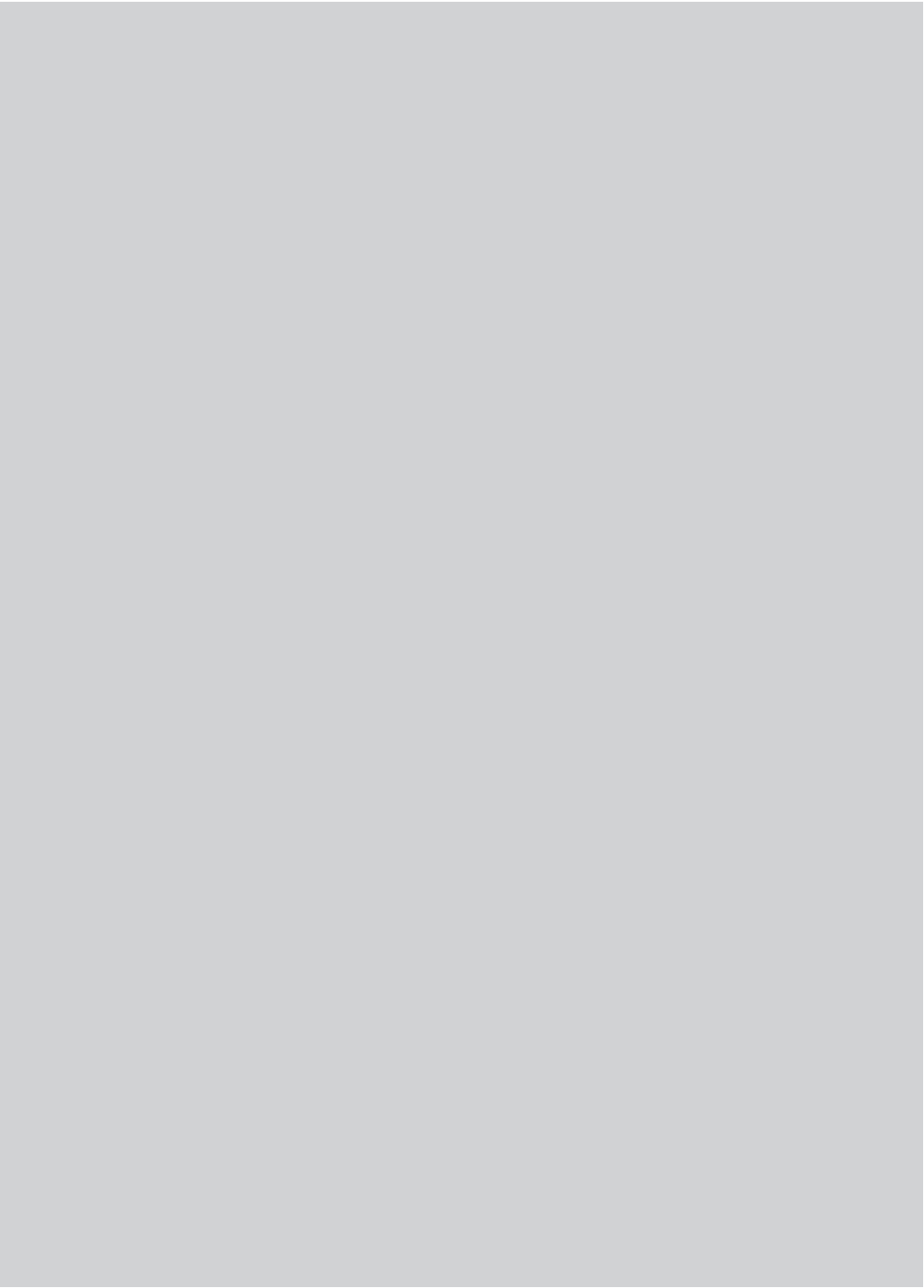
Vieles spricht dafür, dass all dies bei einer europäischen Gesamtbetrachtung unter dem Strich einen Fortschritt ergeben wird. Aber sicher ist das nicht. Und hinsichtlich der Ausgangssituation gibt es für Selbsttäuschung keinen Grund mehr. In der Auseinandersetzung mit den Viktor Orbáns des Kontinents, im In- und Ausland, geht es ums Große und ums Ganze. Untrennbar um Nation *und* Europa. Und immer wieder neu um die Richtung. Gut so.



Richard Meng

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin.

richard.meng@t-online.de



In dieser Ausgabe setzen wir unsere Essay-Reihe zur Zukunft der Sozialdemokratie fort, die wir im Juni begonnen haben und in der bereits u.a. Albrecht von Lucke, Thomas Meyer, Gesine Schwan, Thorsten Schäfer-Gümbel und Johano Strasser debattiert haben. In den beiden folgenden Essays geht es um den Bereich der Flüchtlingspolitik und das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Aydan Özoğuz

Menschlich, ehrlich, gerecht

Für eine sozialdemokratische Flüchtlingspolitik über den Tag hinaus

15 Jahre sind mittlerweile vergangen, seit Bundespräsident Johannes Rau seine fulminante Rede »Ohne Angst und ohne Träumereien« zur deutschen Integrations- und Einwanderungspolitik gehalten hat. Johannes Rau sagte damals: »Wir müssen die Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen, wenn wir sie erfolgreich gestalten wollen – ohne Angst und ohne Träumereien. Gelungene Integration ist in unserem eigenen, vitalen Interesse. Sie mobilisiert Kräfte, die wir für eine gute Zukunft brauchen.« Diesen Auftrag müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heute weiterentwickeln.

Heute ist die Sozialdemokratie in 14 von 16 Bundesländern in der Regierung und stellt in fast allen Großstädten die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister. Sie kennen die Wirklichkeit, die Johannes Rau anspricht, vor Ort sehr genau. Und natürlich reicht es in diesen Wochen und Monaten, in denen Hunderttausende Flüchtlinge in unser Land kommen, nicht aus, nur die »Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen«, wie Rau mit Blick auf unsere von Migration geprägte Gesellschaft schrieb. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen die Wirklichkeit erklärt bekommen und auch die (gesetzlichen) Maßnahmen nachvollziehen können, die in Bund, Ländern und Kommunen jeweils getroffen werden. Da die Flüchtlingsfrage nicht nur ein hochkomplexes Thema ist, das nahezu alle Bereiche unserer Gesellschaft betrifft, sondern auch ein Thema, bei dem leicht Emotionen zu schüren sind, ist die Gefahr von Hetze und Rassismus groß. Auch das müssen wir in diesen Tagen feststellen.

Weltweit sind laut UNHCR über 60 Millionen Menschen auf der Flucht, davon 19 Millionen außerhalb ihres Heimatlandes. Einige machen sich auf den Weg nach Europa und in diesem Jahr werden es weit über 800.000 Menschen sein, die in den meisten Fällen vor Krieg, Terror und Verfolgung in unser Land fliehen. Das stellt uns überall in Deutschland vor große Herausforderungen: Länder und Kommunen müssen tagtäglich neue Unterkünfte bereitstellen und gleichzeitig eine hohe Zahl von Flüchtlingen versorgen. Umso wichtiger ist es, dass sich der Bund jetzt zur Entlastung der Länder und Kommunen in Milliardenhöhe bekannt hat:

Erstens: Die Entlastung ist strukturell, denn erstmals beteiligt sich der Bund an den Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Gewährung existenzsichernder Leistungen

nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für das bisher grundsätzlich die Bundesländer zuständig waren.

Zweitens: Die Entlastung ist dauerhaft per Gesetz festgelegt, damit es nicht jedes Jahr wieder einen Sondergipfel im Kanzleramt über die Kostenverteilung geben muss.

Drittens: Die Entlastung ist dynamisch. Der Bund zahlt pro Asylbewerber und pro Monat des Asylverfahrens 670 Euro an die Bundesländer, um die jeweilige Entwicklung der Asylantragszahlen zu berücksichtigen. Diese Pauschale wird auf den Euro genau für jedes Bundesland abgerechnet.

Für diese spürbare Entlastung der Bundesländer und Kommunen hat die Sozialdemokratie lange gekämpft.

Die Menschen, die zu uns flüchten, suchen in der Regel Sicherheit und Freiheit. Viele hoffen auf ein Leben in einer Gesellschaft, in der Gerechtigkeit und Solidarität gelebte Werte sind – auch und gerade wenn viele von ihnen dies noch nie leben durften. Hier ist die Sozialdemokratie gefordert, denn das sind ihre Grundwerte seit über 152 Jahren. Und die Flüchtlinge von heute sind natürlich nicht die ersten, die zu uns kommen: Deutschland

Vom Einwanderungsland zur Einwanderungsgesellschaft

ist seit Langem ein Einwanderungsland, das belegen allein die Zahlen des Statistischen Bundesamtes: 2015 gibt es in Deutschland 16,4 Millionen Einwohner mit Migrationshintergrund. Konservative Kreise hatten lange geäußert, dass wir ein Einwanderungsland sind und haben deshalb große Schwierigkeiten, konsequent weitere Schritte zu gehen, damit wir von einem Einwanderungsland zu einer Einwanderungsgesellschaft wachsen.

Eine Einwanderungsgesellschaft bekennt sich nicht nur zur eigenen Vielfalt, sondern sie gibt allen Menschen – egal welcher Herkunft, egal ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte – faire Chancen auf Teilhabe: in der Schule, bei der Bewerbung zur Ausbildung, am Arbeitsmarkt oder im Gesundheitswesen. Eine Einwanderungsgesellschaft gibt allen gleichermaßen Sicherheit. Und eine Einwanderungsgesellschaft steht zum Grundrecht auf Asyl. Jeder muss seine Fluchtgründe und sein Asyl-Anliegen in einem rechtsstaatlichen Verfahren vortragen können.

Zur Ehrlichkeit gehört dazu, dass nicht jeder Asylsuchende dauerhaft bei uns bleiben kann und abgelehnte Asylbewerber unser Land wieder verlassen müssen. Auch das muss offen kommuniziert werden, ohne Polemik oder Hetze.

Wer bleibt, muss schnell integriert werden

Wenn wir an die verheerende Lage in Syrien, Eritrea oder im Irak denken, ist klar, dass viele Menschen jahrelang, manche ein Leben lang, bei uns bleiben werden. Darum muss es unser ureigenes Interesse sein, denjenigen sofort Angebote zur Integration zu machen, die eine gute Bleibeperspektive haben. Während berechtigterweise heute noch hauptsächlich über Unterbringungskapazitäten und Verteilungsschlüssel gesprochen wird, ist die Integration der Flüchtlinge die eigentliche, langfristige Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Ich rate dringend, die Fehler der 90er Jahre nicht zu wiederholen. Denn eines haben wir doch aus dem schlechten Asylkompromiss von 1993 gelernt: Es nützt niemandem, Flüchtlinge monatelang tatenlos in den Unterkünften herumsitzen zu lassen und von unserer Gesellschaft abzuschotten. Das ist verheerend für die Menschen, zum Nachteil für unsere Sozialsysteme und vollkommen unverständlich für die Bevölkerung. Wer bei uns bleiben wird, muss Integrations- und Sprachangebote bekommen! Nur dann können aus Flüchtlingen auch schneller Nachbarinnen und Nachbarn werden.

Es wird bei der Integration der Flüchtlinge ganz besonders auf die Sozialdemokratie ankommen. Sie steht für die solidarische Gesellschaft und hat sich in ihrer 152-jährigen

Geschichte immer für die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft eingesetzt. Vergessen wir nicht, dass es die Sozialdemokratie war, die mit dem Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahr 2000 und mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 die entscheidenden Impulse zur Gestaltung unseres Einwanderungslandes gegeben hat. Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde der Grundsatz etabliert, dass Einwanderung immer Maßnahmen der Integration nach sich ziehen muss: Erst mit diesem Gesetz wurden 50 Jahre (!) nach der ersten Anwerbung von Gastarbeitern die heute allseits gelobten Integrationskurse zum Spracherwerb eingerichtet – während sich die Union immer noch nicht so recht damit abfinden konnte, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Es ist das eherne sozialdemokratische Anliegen, dass jeder, der sich anstrengt, auch vorankommt. Ob arm oder reich, ob zugewandert oder nicht: Es geht um Teilhabechancen für alle in unserem Land. Dafür müssen aber die Grundlagen gelegt werden und ich bin zuversichtlich, dass die Sozialdemokratie das in der Flüchtlingspolitik erreichen kann: Gerade erst im Oktober 2015 hat der Deutsche Bundestag ein Asyl-Gesetzespaket verabschiedet, das die Integrationskurse auch für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive endlich öffnet.

Sichergestellt haben wir bereits den besseren und früheren Zugang für Asylbewerber und Geduldete zur Ausbildung und zum Arbeitsmarkt. Darüber hinaus werden erstmals die Angebote der Bundesagentur für Arbeit zur Vermittlung in Arbeit regulär für Asylbewerber geöffnet. Man kann sagen, dass auch dank der Sozialdemokratie mittlerweile eine gewisse Vernunft in die Flüchtlingspolitik eingezogen ist, die man vor ein paar Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte. So gibt es heute nur wenig Widerspruch in der politischen Arena, wenn ich sage, dass sich jeder Euro, den wir sinnvoll in die Integration der Flüchtlinge investieren, auch auszahlen wird.

Wir erleben in Deutschland derzeit eine ungeheure Welle der Hilfsbereitschaft, für die ich sehr dankbar bin. Ohne die vielen Ehrenamtlichen wäre die Flüchtlingsaufnahme aktuell nicht zu leisten. Es ist wichtig, dieses unglaubliche Engagement zu erhalten. Denn dieses Miteinander von verschiedenen Menschen unterschiedlicher Kulturen, diese gelebte Solidarität, stärkt unsere Gesellschaft insgesamt. Es sind diese kleinen Geschichten aus der Nachbarschaft, die direkten Kontakte zu Flüchtlingen, die so entscheidend sind, dass ein gutes Klima in der Gesellschaft gedeihen und erhalten werden kann. Das Engagement der vielen zehntausend Ehrenamtlichen stimmt mich zuversichtlich, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und gegen jegliche Form des Rechtspopulismus bestehen können – auch und gerade in diesen Zeiten.

*Gesellschaftlichen
Zusammenhalt
stärken*

Eine so große Anzahl von Einwanderern aus zum Teil anderen Kulturen aufzunehmen, wird aber nicht konfliktfrei ablaufen. Soziale und kulturelle Spannungen werden nicht ausbleiben. Das müssen wir – wie Johannes Rau sagte: ohne Angst und Träumereien – offen ansprechen. Wichtig ist, Haltung zu zeigen und allen klarzumachen, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung für alle gilt und es keine falsche Rücksichtnahme auf vermeintlich kulturell oder religiös begründetes Verhalten gibt, das unseren Gesetzen und der Verfassung widerspricht. Sorgen und Ängste müssen ausgesprochen werden können, ohne gleich in die rechte Ecke gestellt zu werden. Haltung zeigen heißt auch, dass wir klare Kante gegen Herabsetzungen, Hass und Gewalt zeigen. Das Dunkeldeutschland, das in diesen Wochen durch geistige wie tatsächliche Brandstiftung seine abscheuliche Seite zeigt, ist die Minderheit. Hier muss die Sozialdemokratie ihre Werte hochhalten und die große Mehrheit in unserem Land bestärken, die weltoffen, pragmatisch und menschlich mit anpacken und eine gute Aufnahme der Flüchtlinge sichern möchte.

Ich denke, dass es lange nicht mehr so politische Zeiten wie heute gab. Das ist gut so! Die Fragen der Flüchtlingspolitik berühren die Menschen, regen sie zum Nachdenken und auch zum Helfen an. Es ist eine Zeit, in der die Grundwerte der Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – gefragt sind. »Ein besseres Land kommt nicht von allein« – dieser Leitspruch der Sozialdemokratie ist in der Flüchtlingspolitik aktueller denn je.



Aydan Özoğuz

ist Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Zugleich ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD.

aydan.oezoguz@bk.bund.de

Robert von Olberg

Wer Sicherheit will, darf von Gerechtigkeit und Solidarität nicht schweigen

Sigmar Gabriel und das SPD-Präsidium haben ein Papier vorgelegt, mit dem sie die Diskussion um ein Zukunftsprogramm für die nächsten zehn Jahre innerhalb der SPD eröffnen wollen. *Starke Ideen für Deutschland 2025* heißt es. Als Plan, mit dem Sigmar Gabriel seine Partei retten wolle, beschrieb es DIE ZEIT Mitte Juni. Schnell wurde von einigen Vertreterinnen und Vertretern der Partei laut die Frage gestellt, ob darin die richtigen Zielsetzungen und Weichenstellungen für einen erfolgversprechenden sozialdemokratischen Kurs benannt würden. Dass in dem Papier auffallend häufig der Begriff Sicherheit vorkomme, hingegen selten nur der sozialdemokratische Grundwert der Gerechtigkeit beschworen und der SPD ein patriotisches Selbstverständnis verordnet werden würde, war in der Berichterstattung vielerorts zu lesen. Eine tiefergehende Debatte um die Thesen blieb jedoch bislang in Partei und Öffentlichkeit aus.

In dem Impulspapier erläutern die Autorinnen und Autoren klar, was dieses leisten soll: Es geht darum, eine Debatte darüber einzuläuten, wovon und wie wir in zehn Jahren leben wollen, wie wir Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt auch zukünftig schaffen und sichern wollen. Das sind unzweifelhaft Kernfragen einer programmatischen Standortbestimmung für eine Partei wie die SPD. Auch der Kontext, in dem das Papier vorgelegt wird, wird genau beschrieben: Selbstbewusst heißt es dort, dank der Sozialdemokratie verfüge die Bundesrepublik seit 2013 mit der Großen Koalition wieder über eine handlungsfähige und stabile Regierung, in der die SPD als Motor fungiere und etliche Reformprojekte bereits erfolgreich habe umsetzen können.

Diese Einleitung mag bei einem Thesenpapier dieses Typs zunächst überraschen. Es erscheint als durchaus merkwürdiges Framing einer zukunftsgerichteten Selbstvergewisserung und Orientierung, wenn eingangs eine derart stark auf die aktuelle Regierungspraxis bezogene Momentaufnahme in den Fokus gerückt wird, die zudem in weiten Teilen der Partei eher als notwendiges, alternativloses Übel, denn als strategisch-wünschenswertes politisches Projekt verstanden wird. Der machtsstrategische Ausblick, den das Papier anfügt, mag zudem kaum eine Sozialdemokratin oder einen Sozialdemokraten elektrisieren: Gezwungenermaßen treffend werden die Wahlerfolge der Partei in Ländern und

Kommunen beschrieben und für den Bund im Jahr 2017 doch nur die Minimalzielsetzung gewagt, »besser abzuschneiden« als zuletzt.

Dennoch ist es genau richtig, in der Situation der innerparteilich unbeliebten aktuellen Regierungskoalition mit der Union, den Blick nach vorne nicht nur auf kurzfristige Wahlkampfstrategien zu richten, sondern darüber hinaus die Diskussion über die längerfristige programmatische Aufstellung der Partei zu führen. Einerseits muss die SPD bemüht sein, nicht allein zur Regierungs(junior)partnerin der Union zu verkommen, die nur noch mit halber Kraft um Nuancen in der alltäglichen Kompromissfindung ringt. Sie muss, außer als tüchtiger und durchsetzungsfähiger Teil der Bundesregierung, auch noch als eigenständige Partei mit einem klar konturierten und auch in Abgrenzung zu anderen Akteuren der Parteienlandschaft formulierten politischen Programm erkennbar sein. In Zeiten für die eigene Basis und Anhängerschaft schmerzhafter Kompromisse der Kabinetts- und Koalitionsdisziplin stärker denn je. Andererseits ist die programmatische Kursbestimmung der SPD seit Jahren unbestimmt und offen, erscheint manchmal gar willkürlich und launenhaft. Diese offene Flanke vermochte auch das 2007 beschlossene und nach wie vor geltende Grundsatzprogramm der Partei nicht zu schließen, nachdem spätestens seit der zweiten Amtszeit der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer jahrzehntelang wohlgehütete und mit Überzeugung vertretene sozialdemokratische Grundüberzeugungen infrage oder teilweise auch auf den Kopf gestellt wurden. Die Initiative Gabriels kommt also nicht zur Unzeit, sondern im Gegenteil, im richtigen Moment. Jedenfalls dann, wenn man nicht die Versäumnisse der Vergangenheit kritisieren will. Denn Anlässe für eine eindeutige frühzeitigere programmatische Orientierung hätte es in den letzten Jahren genug gegeben.

*Als eigenständige
Partei erkennbar
sein*

Der genauere Blick auf das, was Gabriel und das Parteipräsidium als Thesen zur Diskussion stellen, lohnt also allemal. Wer daran dennoch zweifeln mag, bekommt auf den ersten Seiten des Papiers »zehn gute Gründe für die Diskussion mit und in der SPD« an die Hand gegeben. Hier findet sich vieles, das zum traditionellen sozialdemokratischen Allgemeingut gehört. Die SPD kämpfe für gleiche Chancen, Rechte, Pflichten eines und einer jeden einzelnen, unabhängig von der individuellen Herkunft, und »für eine Gesellschaft, die zusammenhält«. Diese Feststellungen werden niemanden überraschen, der auch nur annähernd eine Vorstellung davon hat, was eine sozialdemokratische Partei ausmachen soll. Überraschen und irritieren jedoch kann, dass an dieser Stelle versäumt wird, diese Zielsetzung mit dem traditionellen Vokabular des sozialdemokratischen Grundwertekanons zu bezeichnen: als das, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Gerechtigkeit und Solidarität verstehen. Auf diese Begriffe verzichtet das Papier an dieser Stelle. Wenige Zeilen später tauchen dann jene Vokabeln auf, die in der bisherigen Berichterstattung und Kommentierung der Thesen als neu und zum Teil von althergebrachten sozialdemokratischen Überzeugungen abweichend bezeichnet wurden: Aus dem Zusammenhalt, der sonst für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Solidarität hieß, entstehen, so heißt es in dem Papier, »Heimat und Geborgenheit«. Sicherheit wird zum »Bürgerrecht« erklärt. Die positive Bezugnahme auf Leistung und Wachstum, die wenig später folgt, gehört hingegen im sozialdemokratischen Programm- und Reformdiskurs bereits so lange zum Repertoire, wie sich die Partei zum meritokratischen Prinzip bekennt – also durchaus seit den 70er Jahren.

Und hier liegt dann auch das Hauptproblem des Impulspapiers. Es bleibt die Formulierung dessen schuldig, was angesichts der heutigen gesellschaftlichen Realitäten als Grundvoraussetzungen und politische Schlussfolgerungen für das Funktionieren des

einstigen meritokratisch-orientierten Versprechens von Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten für jede und jeden nötig ist. Die Analyse, wonach die »Auflösung der klassischen Beschäftigungsstrukturen und der damit einhergehende soziale Aufstieg« zur Auflösung der traditionellen sozialdemokratischen Milieus und damit auch der jahrzehntelangen Wählerinnen- und Wählerbindung geführt hat, ist mit Blick auf Anhänger/innen- und Mitgliedschaft der Partei zweifellos richtig. Auch mag es genügend Belege für die Behauptung geben, dass »Gesellschaftsstrukturen nicht mehr zementiert sind«. Wenn sie »überkommen« sind, wie es in dem Papier heißt, so ist dies sogar aus sozialdemokratischer Sicht absolut wünschenswert. Doch diese Analyse blendet die zahlreichen empirischen Belege für neue Abstiegsängste und Ungleichheiten, für neue Exklusions- und Abschottungstendenzen von Teilen der aufgestiegenen Schichten, das Fehlen tatsächlich realisierbarer Aufstiegsmöglichkeiten für ganze Gruppen der Gesellschaft, die eher stärker als schwächer werdende Festigung und Unveränderlichkeit sozio-ökonomischer Verhältnisse und die mit ihr einhergehende nach wie vor lebenswegentscheidende Bedeutung der Herkunft für weite Teile der Gesellschaft aus. Dies alles ist zuhauf belegte und beschriebene gesellschaftliche Realität in der Bundesrepublik, die den Ausgangspunkt eines sozialdemokratischen Zukunftsdiskurses über Ziele, Mittel und Wege der politischen Gestaltung und Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bilden muss.

Den Begriff der Sicherheit bei dieser Diskussion in den Mittelpunkt zu rücken, steht dem nicht im Wege. Im Gegenteil: Diese Fakten über die gesellschaftliche Realität sind Teil der alltäglichen Sorgen, Unsicherheiten und Verunsicherungen weite Teile der Gesellschaft, um die sich die SPD laut Gabriels Papier stärker kümmern soll. Ein *Sicherheitsbegriff zu eng gefasst* dieser Aspekte umfassender Sicherheitsbegriff muss daher weiter gefasst sein, als ein vermeintlich klassischer Sicherheitsbegriff, der sich vor allem mit den Ängsten und Sorgen der Menschen angesichts einer sich verändernden weltpolitischen Konfliktlage beschäftigt. Diese unzureichende Schwerpunktsetzung dessen, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter Sicherheit verstehen sollen, legt jedoch das bisherige Papier nahe. Zwar bleiben die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen des Wohnens, der Pflege, der Alterssicherung und der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben nicht unerwähnt. Sie nehmen in dem Papier neben Kriminalität, Terrorismus und Krieg jedoch eher eine randständige Rolle ein. Das, was in dem Papier als Handlungsprogramm für die weitere Regierungsarbeit in der Großen Koalition benannt wird – Entgeltgleichheit, Bekämpfung von Missbrauch bei Leih- und Zeitarbeit, Bundesteilhabegesetz, Rentenangleichung in Ost und West, Solidarrente – berührt im Kern zentrale gesellschaftliche Gerechtigkeitsfragen. Sie als solche zu benennen, gehört ebenso zur Klarheit und Unmissverständlichkeit sozialdemokratischer Kursbestimmung wie die mit dem Papier geforderte Verständigung über die sozialdemokratischen Grundsatzpositionen für die Herausforderungen der näheren Zukunft des Landes.

Es ist richtig, als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im eigenen politischen Handeln, das Ziel der Wohlstands- und Freiheitssicherung für die kommenden Generationen zu verfolgen, so wie es im Papier heißt. Es ist aber genauso Aufgabe einer sich in Regierungsverantwortung befindenden Partei, die realen Lebensverhältnisse der gegenwärtigen Generationen zu verbessern. Und als Regierungspartei – das macht das Papier unmissverständlich deutlich – versteht Sigmar Gabriel die SPD. So müssen die zahlreichen Verweise auf die aktuelle Regierungsarbeit in der Regierung Merkel verstanden werden. Sie vor Augen überrascht dann der auch zu findende Hinweis auf die Notwendigkeit der

Definition von Anknüpfungspunkten im Parteienspektrum, »um eine andere Mehrheit als die Große Koalition zu ermöglichen«. Zugleich beruhigt er jene in der Partei, die in nicht unbeträchtlicher Zahl die Faust in der Tasche immer fester ballen, wenn sie das Regierungsgeschehen in Berlin derzeit verfolgen.

Zwei Stränge darf die SPD bei der weiteren Diskussion um ihre künftige programmatische Aufstellung nicht vergessen, will sie ihre Ansprüche an eine Gesellschaft der Chancengleichheit und Aufstiegschancen für alle aufrecht erhalten: Um Teilhabe, Wohlstand, Chancen, Aufstiegsmöglichkeiten für alle zu gewährleisten, darf über die individuelle Perspektive hinaus der Gedanke der gemeinsamen gesellschaftlichen Anstrengung und Aufgabe, der gegenseitigen Verantwortung, der Solidarität in der Gesellschaft nicht aus dem Blick verloren gehen. Die Fokussierung auf das Individuum der Schröder'schen Reformpolitik à la »jeder ist seines Glückes Schmied« und »wir müssen die Eigenverantwortung stärken« ist es gewesen, was es der SPD in der Vergangenheit so schwer gemacht hat, überzeugend im Sinne einer sozialdemokratischen Gestaltung der Gesellschaft für ihre Politik zu werben. Und damit verbunden ist die zweite Notwendigkeit: Wer für »Chancen- und Leistungsgerechtigkeit« kämpft, muss auch für Ausgleichsmechanismen in der Gesellschaft sorgen. Anders lässt sich die Definitionsmacht der individuellen Herkunft über die Zukunft der Menschen nicht überwinden. Sie sind zudem Herzstück des Sozialstaats, den die SPD gegen die neoliberalen Frontalangriffe doch nach wie vor verteidigt. Und selbst wenn sie ganz oben in der SPD-Spitze inzwischen als Thema lieber in den Giftschränk gesperrt werden soll, so gehört auch die Frage nach der Steuergerechtigkeit in diesen Instrumentenkasten.

Wer Sicherheit zum programmatischen Kernversprechen seiner Politik machen will, darf von Gerechtigkeit und Solidarität nicht schweigen. Das muss wissen, wer in der SPD über den programmatischen Kurs der nächsten Jahre diskutiert. Auch wenn manchem diese Kernbegriffe des sozialdemokratischen Selbstverständnisses verstaubt und zu wenig zukunftsstauglich erscheinen mögen.

*Solidarität nicht
aus dem Blick
verlieren*



Robert von Olberg

ist Politikwissenschaftler, Mitglied des Rates der Stadt Münster und Vorsitzender der SPD Münster.

v.olberg@muenster.de

Rudolf Walther

Privatisierung, politische Umpolung, Kooperation

Irrwege zur Rettung des Qualitätsjournalismus

Wer die Schweiz als Schweizer in der Schweiz kritisiert, wird ignoriert. Kritisiert ein Schweizer die Schweiz im oder aus dem Ausland, wie jüngst der Schriftsteller und Essayist Lukas Bärfuss, dann gilt er Berufsschweizern nicht nur als »denkschwach« – was der Literaturwissenschaftler Peter von Matt anmerkte – wie die Kritiker von innen, sondern obendrein als Nestbeschmutzer. Das hätte Bärfuss wissen können, als er seinen Rundumschlag »Die Schweiz ist des Wahnsinns« ausgerechnet in der FAZ drucken ließ (15.10. 2015).

Das besonders Interessante an Bärfuss' Kritik ist jedoch nicht sein Rundumschlag gegen die Schweiz in toto, sondern es sind die medienpolitischen Passagen und Akzente. Diese treffen nämlich nicht allein auf die Schweizer Medien zu, sondern ebenso auf deutsche, französische oder italienische. Die Kritik des Autors zielt auf den Medienbetrieb, so wie er in ganz Europa funktioniert. Die USA bleiben in seiner Kritik unberücksichtigt, denn dort ist die Entwicklung schon so durchkommerzialisiert, dass nennenswerte gedruckte Produkte des Qualitätsjournalismus an etwa zwei Händen abzuzählen sind.

Drei Aspekte von Bärfuss' Medienkritik sind bemerkenswert.

Erstens: »Erhaltung des Qualitätsjournalismus« durch Privatisierung der Inhalte? 2003 wollte der Zürcher Medienkonzern Tamedia seine 1941 von Arnold Kübler gegründete, renommierte Zeitschrift »Du. Die Zeitschrift der Kultur« verkaufen. Über ein Dutzend Interessenten wurden genannt und einige befürchteten, Tamedia werde seine Edelboutique an den Hauptkonkurrenten, den Großkonzern Ringier, abstoßen. Der könnte dann Verluste steuer-

sparend verrechnen, aber die Zeitschrift sonst am langen Arm verhungern lassen. Tamedia verkaufte »Du« schließlich an den kleinen, aber feinen Niggli Verlag in der ostschweizerischen Provinz, einen Fachverlag für Architektur-, Kunst- und Design-Bücher mit gutem Ruf. Der Verlag demonstrierte, der neue Besitzer plane eine Fusion mit einer anderen Zeitschrift, um die Kosten für eine ganze »Du«-Redaktion einzusparen und das Defizit von »Du« zu verringern. Verkäufer und Käufer erklärten, »das Weiterbestehen von ›Du‹ langfristig gewährleisten« zu wollen. Einigermaßen rätselhaft waren die Auskünfte zur Zukunft der »Du«-Redaktion (mit insgesamt 13 Stellen).

Ergebnis dieses angeblich qualitätssichernden Deals: Die »Du«-Redaktion besteht faktisch nicht mehr, dafür kann jetzt jeder, der 60.000 Franken zu investieren bereit ist, eine komplette Nummer des Blattes für sich buchen und füllen, womit er will und – nebenbei – den Kaufpreis für sein »kulturelles Engagement« als »Betriebsausgabe« steuerlich absetzen.

Zweitens: »Erhaltung des Qualitätsjournalismus« durch politische Umpolung? Der seit 1780 ununterbrochen existierenden Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) – in mancher Hinsicht immer noch ein Weltblatt – geht es wie fast allen Printmedien schlecht. Um sich aus dem ökonomischen Sumpf zu ziehen, inszenierte eine Fraktion im Aufsichtsrat einen Putsch. Der liberale Chefredakteur wurde beiseite gedrängt und sollte durch Markus Somm, einen bekennenden Anhänger des Rechtspopulisten und Souveränitätsfanatikers Christoph Blocher ersetzt werden, der sein Milliardenvermögen zwar auf dem Weltmarkt verdiente, aber die Schweiz gegen das Fremde

und Andere abdichten möchte. Gegen diesen Putsch wehrten sich über 200 Redakteurinnen und Redakteure öffentlich und mit ihrer Unterschrift. Daraufhin kapitulierten die Putschisten von rechts, die das Blatt vom Kopf her politisch disziplinieren wollten.

Ein paar Monate nach dem Scheitern des Putsches gelang dafür die fast lautlose Ersetzung des liberalen NZZ-Feuilletonchefs Martin Meyer durch André Scheu, einen politisch weit rechts einzuordnenden Konformisten. Der ließ sich sein Blatt Schweizer Monat unter anderem von einem wegen Steuerhinterziehung in Schwierigkeiten geratenen Privatbankier mit kulturellen Ambitionen finanzieren, wie Bärzfuss anmerkte. Scheu fiel dazu in seiner Antwort an Bärzfuss nur der Unsatz ein: »Sie haben verlernt, wie ein Mensch zu agieren.« Aber abgesehen vom intellektuellen Niveau dieser Rechtfertigung ist es erfreulich, wie eine Redaktion durch solidarisches öffentliches Auftreten einen Rechts-Putsch bei der NZZ verhindert hat.

Drittens: Qualitätserhaltung durch »Kooperation«? Im Tamedia-Konzern erscheint auch der ehemals linksliberale Tages-Anzeiger. Weil der Konzern über die Hälfte seines Umsatzes nicht mehr im Printgeschäft verdient, sondern mit allerhand Netzaktivitäten, musste die Zeitung »saniert« werden, mit Stellen-, Honorar- und Etatkürzungen. Medienkonzerne von Springer, über Ringier bis zu Tamedia folgen dem gleichen Rezept: Print-Journalismus ist zu teuer, bringt keinen Profit mehr und ist nur noch ein Auslaufmodell. Deshalb steigern die Konzerne den Anteil an Digital-Geschäften mit dem Geld, das sie dem Printsektor entziehen. Das lässt Printme-

dien ausbluten, ohne die Qualität des Digitaljournalismus anzuheben, denn das Netz-Engagement der Konzerne hat mit Geldverdienen viel, mit Journalismus fast nichts mehr zu tun. Bei Springer, der als Vorbild gilt, beträgt der Anteil der Netz-Geschäfte bereits 60 %. À la longue wollen dieses Ziel auch Ringier und Tamedia erreichen. Tamedia investierte in den letzten Jahren eine Milliarde Franken in digitale Märkte und trocknete dafür den Tages-Anzeiger förmlich aus – bis zur Schrumpfung des Chefredakteurspostens auf eine halbe Stelle. Im Unterschied zur NZZ, wo die Redaktionsmitglieder Front gegen die kapitalistische Rationalisierung und die politische Umpolung des Betriebs machten, verhielt sich die Redaktion des Tages-Anzeigers opportunistisch gegenüber der Geschäftsleitung und schieg zu den Entlassungen und zur finalen »Freistellung« der ohnehin schon »freien« Mitarbeiter. Diese wie auch die Auslandskorrespondenten wurden ersetzt durch »Kooperations«verträge des links-liberalen Zürcher Blattes mit zum Teil stockkonservativen Zeitungen wie LE FIGARO, DIE WELT und LE SOIR. Man druckt jetzt in Zürich einfach kostengünstig nach, was die rechten »Kooperations«blätter gerade so anbieten.

Protest, geschweige denn Widerstand, hat die Zürcher Redaktion gegen diese Form der »Kooperation« nicht eingelegt. Sie reagierte auf Bärzfuss' Kritik wie Schoßhunde von Arbeit»gebern« – laut bellend, vermeintliche Besitzstände verteidigend.

Die drei genannten Beispiele für die Beerdigung des Qualitätsjournalismus sind eines mit Gewissheit nicht – helvetische Sonderfälle.



Rudolf Walther

ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt am Main. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* ist zuletzt der vierte und letzte Band der Reihe mit seinen Arbeiten im Oktober-Verlag erschienen.

rudolf.walther@t-online.de

Peter Brandt

25 Jahre Deutsche Einheit

Die Vereinigung Deutschlands wurde in ihren äußeren Aspekten während des Frühjahrs und Sommers 1990 ausgehandelt. Helmut Kohl hat dabei –im Sinne der von ihm vertretenen politischen und sozialen Interessen – zupackend und geschickt operiert. Die Voraussetzung dafür war eine damals nicht bekannt gewordene Klärung auf einem amerikanisch-sowjetischen Gipfel am 31. Mai 1990, als Michail Gorbatschow angesichts der desaströsen Situation der UdSSR und offenbar in der Erwartung, dass der Umbruch im Osten Europas und »Neues Denken« auf beiden Seiten mittelfristig ein die Militärpakte überwindendes gesamteuropäisches Sicherheitssystem hervorbringen würden, der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland implizit zugestimmt hatte.

Dieses beiläufige Zugeständnis *schien* bis dahin nicht nur unwahrscheinlich; es *war* auch höchst unwahrscheinlich, denn die Sowjetunion gab damit den letzten ihr noch verbliebenen Trumpf aus der Hand. Im Verhältnis dazu waren die Gegenleistungen der Bundesrepublik (Truppenbeschränkung und Unterstützungszahlungen) von geringem Gewicht. Die viel gerühmte Unterstützung des amerikanischen Präsidenten George Bush senior für Kohl, im Unterschied namentlich zu der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und – weniger rigoros – zum französischen Präsidenten François Mitterrand, war, daran ließen die USA keinen Zweifel, an die Bedingung geknüpft, dass das westdeutsche militärische Potenzial innerhalb der NATO und die amerikanischen Truppen in Deutschland verblieben.

Hätte die Sowjetführung ihrerseits auf die Paktfreiheit Gesamtdeutschlands bestanden (was nicht unbedingt eine isolierte Neutralitätslösung nach österreichischem Vorbild hätte bedeuten müssen), wären

die in der Bundesrepublik bestimmenden Kräfte in die allergrößten Schwierigkeiten gekommen: Die Spannung zwischen der von der westlichen Führungsmacht formulierten *conditio sine qua non* und dem immer ungenierter sich äußernden Einigungsstreben der Deutschen, vor allem der Ostdeutschen, lag auf der Hand. Eine solche Zerreißprobe blieb der Regierung Kohl/Genscher erspart. Die Frage des außen- und sicherheitspolitischen Status Deutschlands war indessen zum Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen am 12. September 1990 längst geklärt.

Wer die innenpolitischen Gewinner des in die staatliche Einigung mündenden Prozesses sein würden, zeichnete sich frühzeitig ab, als die CDU-geführte »Allianz für Deutschland« bei den DDR-Volkskammerwahlen am 18. März 1990 annähernd die absolute Stimmenmehrheit erreichte, während die SPD, der bis zu 53 % prognostiziert worden waren, bei knapp 22 % hängenblieb. Das »Bündnis 90« mehrerer Oppositionsgruppen scheiterte kläglich, während sich die SED-PDS relativ gut behaupten konnte. Es handelte sich zweifellos um eine situationsbedingte Wahl, in der die Abstimmenden alles vermeiden wollten, was die schnellstmögliche Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit der DDR mit der Bundesrepublik hätte verkomplizieren können. Außerdem waren die in den 50er Jahren noch starken sozialdemokratischen Traditionsstränge in der Arbeiterschaft in der und von der Diktatur weitgehend zerstört worden. Schließlich hatte es die SPD-West, namentlich in der Person des informellen Oppositionsführers Oskar Lafontaine, nicht vermocht, sachlich durchaus begründete Kritik am Einigungskurs der Regierung Kohl als Teil eines alternativen Konzepts für Gesamtdeutschland verständlich zu machen, stattdessen

wurden die Einwände als Unwilligkeit oder Zögern, den offenkundigen Wunsch der Deutschen, insbesondere im Osten, die sich bietende Chance auf nationale Selbstbestimmung zu nutzen, wahrgenommen. Die Regionalwahlen in den wieder neu errichteten Ländern der Ex-DDR am 14. Oktober und dann vor allem die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen vom 2. Dezember 1990 bestätigten im Wesentlichen die Entscheidung vom 18. März.

Zieht man nach einem Vierteljahrhundert für Ostdeutschland eine nüchterne

Ambivalente

Bilanz

bilanz, so muss diese ambivalent ausfallen, auch und gerade für diejenigen, die (wie der Verfasser) stets für das Recht der Deutschen auf die selbstbestimmte Gestaltung ihres Zusammenlebens – unter Berücksichtigung der legitimen Sicherheitsinteressen der Nachbarstaaten – eingetreten ist: Unüberschaubar sind östlich von Elbe und Saale die Installation einer hochmodernen Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sowie die beeindruckende Restauration bzw. Erneuerung der Bausubstanz von Städten und Dörfern; die gewaltigen Transferzahlungen sind nicht einfach versickert. Die Kluft im Lebensstandard ist nicht geschlossen, aber ganz erheblich verringert.

Andererseits findet das bei einem Großteil der Ostdeutschen nach wie vor verbreitete Gefühl, Bundesbürger zweiter Klasse zu sein, einen realen Anknüpfungspunkt in der relativ höheren Arbeitslosigkeit, im weiterhin geringeren Einkommen und mehr noch im krassen Ungleichgewicht der Eigentumsverhältnisse. Die Abwanderung, vor allem jüngerer Frauen, hat sich verlangsamt, ist aber nicht zum Stillstand gekommen; manche Regionen drohen zu veröden. Nicht zuletzt hat sich nach der dramatischen Deindustrialisierung der frühen 90er Jahre nur zögernd und mühsam eine neue Industriestruktur entwickelt. Das verarbeitende Gewerbe ist immer noch relativ schwach. Sofern Ostdeutsche

Eigentümer der Betriebe sind, reicht deren Größe in der Regel nicht aus, um sich eigene Entwicklungs- und Forschungsabteilungen leisten zu können. Die größeren Betriebe gehören indessen meist zu Unternehmen mit Sitz in den westlichen Bundesländern und fungieren eher als verlängerte Werkbänke. Ein wirkliches Aufholen der ostdeutschen Industrie ist trotz mancher »Leuchttürme« nicht abzusehen.

Bei der Bilanz der Vereinigung – so auch hier – wird der Fokus speziell auf den Osten Deutschlands gerichtet. Das ist im Hinblick auf die grundlegenden Veränderungen dort nach 1989 bei weitestgehender struktureller Kontinuität in der Alt-Bundesrepublik durchaus plausibel, verweist aber zugleich darauf, dass die Wieder- oder Neuvereinigung in Westdeutschland einschließlich der dortigen politischen Führungsschicht 1989/90 nicht als ein gemeinsames Projekt von historischer Dimension gesehen wurde, sondern als die bejahende, mehr oder weniger wohlwollende Aufnahme eines gegen seinen Willen abgespaltenen Teils. Ausdruck dieses Herangehens war der vom Geist der Verfassung her höchst fragwürdige Vollzug der Einigung nach Art. 23 statt nach Art. 146 des Grundgesetzes. Die in Art. 146 vorgesehene Wahl einer souveränen Nationalversammlung (die übrigens noch im Anschluss an die Beitrittslösung möglich gewesen wäre) hätte auch das aus der Entstehungsgeschichte des im Auftrag der Besatzungsmächte als Provisorium erarbeiteten westdeutschen Grundgesetzes resultierende Legitimationsdefizit beseitigen können. Es sei hier jedoch nicht verschwiegen, dass ein Drängen in Richtung einer Neugründung Deutschlands durch Verfassungsgebung auch im Osten kaum zu registrieren war.

Das Nationale (Nation hierbei verstanden als Bewusstseins- und Kommunikationsgemeinschaft, die in Deutschland trotz mancher Tendenzen zur Binationalisierung in den Jahrzehnten der Teilung über die Staatsgrenze hinweg erhalten blieb)

existiert im politischen Sinn des Wortes nie als solches, sondern stets in Verbindung mit den gegebenen gesellschaftlichen Konstellationen, Problemen und Konfliktagen. Deshalb ist die nicht selten vertretene Einschätzung, es sei den Ostdeutschen 1989/90 »nur« um Freiheit und Wohlstand gegangen, unsinnig: Richtig und wichtig ist hingegen die Feststellung, die frühen, eher linksgerichteten Oppositionsgruppen in der DDR hätten die staatliche Einigung zunächst nicht ins Auge gefasst; sie wollten jedenfalls keine simple Angliederung an die politische und soziale Ordnung der Bundesrepublik sowie an deren NATO-Einbindung. Eine solche Reserve ist – und das gilt auch für den Westen – natürlich zu unterscheiden von bedingungsloser Ablehnung der deutschen Einheit ungeachtet deren Form und Inhalt (»Deutschland – nein danke«).

Die Asymmetrie des deutschen Einigungsprozesses ist nicht zu leugnen. Obwohl überwiegend objektiv begründet und durch die politisch Handelnden nur verstärkt, ist dieses Faktum weiterhin kritisch zu analysieren. Es spiegelt sich bis heute in den Einstellungen der Ostdeutschen wider. Auch wenn kaum jemand die DDR wiedergründen möchte, fühlt sich die Mehrzahl nach wie vor benachteiligt, wofür es ja auch harte materielle Anhaltspunkte gibt. So offenkundig alternativlos der gesamtdeutsche Rahmen inzwischen auch für solche politische Kräfte ist, die der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ablehnend gegenüber stehen, so abwegig ist die Vorstellung, eine innere Demokratisierung der DDR, verstanden als Erneuerung oder erstmalige Realisierung des Sozialismus in einem emanzipatorischen Sinn, hätte sich unter welchen Bedingungen auch immer voll-

ziehen können, ohne dass die nationale Frage, schon durch die Ausstrahlung des ostdeutschen Aufbruchs nach Westen, wieder auf die Tagesordnung gerückt wäre: sowohl im Hinblick auf die Identität des umgestalteten ostdeutschen Staates als auch bezüglich der Neuregelung der Beziehung zur Bundesrepublik in einer notwendigerweise neuen Qualität.

Die konkreten Umstände und Abläufe in den Jahren 1989 und 1990 entschieden zwar darüber, in welchem Tempo und in welcher sozialen sowie staatsrechtlichen Verfassung die deutsche Frage gelöst wurde. Die innere Befreiung der DDR hätte aber in jedem denkbaren Fall Auswirkungen auf die gesamtdeutsche Szenerie gehabt (wie es bei immerhin vorstellbaren grundlegenden Veränderungen in der Bundesrepublik umgekehrt ebenso der Fall gewesen wäre). Die nationale Frage musste deswegen in der speziellen deutschen Situation der Jahrzehnte vor 1989 (polizeilich-militärisch aufrecht erhaltene Abspernung und Mangel an individuellen sowie kollektiven Freiheitsrechten auf Seiten der DDR, das geteilte Deutschland als Scharnier der Block- und Systemteilung Europas, wechselseitige Prägung und ungleichmäßig starke Bezogenheit beider Fragmente aufeinander) durch die Erschütterung der inneren Ordnung eines der beiden Staaten, speziell des weniger stabilen, unter dem strukturellen Legitimationsdefizit leidenden östlichen, fast zwangsläufig in irgendeiner Weise reaktiviert werden. Wenn das stimmt, führt es in die Irre, bezüglich der Behandlung der Vorgänge von 1989/90 in Deutschland den Freiheits- gegen den Einheitsaspekt auszuspielen, unabhängig von möglicherweise berechtigter Kritik an dem konkreten Verlauf des Prozesses oder an einzelnen seiner Aspekte.



Peter Brandt

ist Professor (i.R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen.

peter.brandt@fernuni-hagen.de

Martin Tschechne

Der Ernstfall

Eine Erbschaft stellt alle auf die Probe: die Erben, die Neider, die Wirtschaft

Nördlich von Bozen und ziemlich weit oben gibt es einen Berghang, der sich in wunderbarer Weise von der Umgebung abhebt: Es ist ruhiger hier, die Landschaft wirkt offener, die Häuser haben größere Fenster. Die Stille des Ortes ist einer Frau zu danken, deren letzter Wille noch fünf Generationen nach ihrem Tod das Leben ihrer Nachkommen begleitet und bestimmt. Denn hier schlossen gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Bozener Kaufmann Heinrich Settari und seine junge Ehefrau einen ungewöhnlichen Vertrag: Für jedes Kind, das sie zur Welt bringen würde, wünschte sich Johanna Settari ein Grundstück auf dem Hang. Sie konnte sich einfach nicht sattsehen an dem grandiosen Blick über das Tal auf die Felsmassive der Dolomiten.

Heinrich und Johanna Settari bekamen 15 Kinder. Am Ende gehörte der glücklichen Mutter ein riesiges Areal. Sie verfügte, dass der stolze Besitz nach ihrem Tod für immer in den Händen der Familie bleiben möge. Kein Stück sollte jemals an Außenstehende verkauft, kein Zaun gezogen werden und keine Straße den Berg zerteilen. Die Settaris fühlten sich einer anthroposophisch orientierten Moderne verpflichtet; sie erkannten die Natur als ein Geschenk, das aber dem Beschenkten die Pflicht auferlegt, es zu bewahren. Und wirklich: Wer heute den steilen Hang hinaufsteigt, der kann den Eindruck eines Ortes gewinnen, an dem das Licht ein bisschen heller, die Ruhe ein wenig kostbarer und die Zeit etwas langsamer zu vergehen scheinen.

Die Zeit anhalten – das ist es, streng genommen, was jeder versucht, der seiner Nachwelt ein Erbe hinterlässt: anwesend bleiben in einer Zukunft, die ohne ihn stattfindet. Seinen Namen in den Türstock

eines Bauwerks meißeln, ein Kunstwerk signieren, sich einen würdigen Platz in den Bibliotheken erobern. Oder eben den Nachkommen einen gewissen Wohlstand sichern. Zum Ruhme des Verblichenen. Es ist in gewissem Sinn die Fernsteuerung eines Lebens durch ein vorausgegangenes.

Nun ist eine solche Fernsteuerung erträglich, zumindest für jene, denen das Vermächtnis eines Vorfahren ein komfortables Dasein ermöglicht: ein gut geführtes Unternehmen, ein Naturidyll mit freier Sicht auf die Dolomiten, eine Villa an der Côte d'Azur oder ein ausschweifendes Partyleben – wie immer man sich das Dasein glücklicher Erben ausmalen mag. Aber dass sich da niemand falschen Vorstellungen hingibt: Auch Vermögensverwaltung soll ziemlich anstrengend sein.

200 bis 250 Milliarden Euro pro Jahr werden in Deutschland vererbt. Tendenz: rasant steigend. Denn nach 70 Jahren in fast ungetrübtem Frieden und wachsendem Wohlstand rollt eine Welle von Erbschaften auf das Land zu. Zwei Billionen, vier Billionen – Zahlen, zu gewaltig, als dass ihnen noch irgendeine Wirklichkeit zugeordnet werden könnte. Jede Schätzung geht ins Leere, weil Kapital einerseits nun mal ein scheues Reh ist und andererseits keine offiziellen Angaben darüber erhoben werden, wer wem was zu welcher Gelegenheit vermacht. Ein Vater überträgt den Kindern frühzeitig die Leitung seiner Firma; ein Kunstwerk aus dem Haus der Eltern kommt auf eine Auktion und erzielt einen Rekordpreis; im Nachlass eines Toten finden sich Aktien und Immobilien, die seine Nachkommen zu Millionären machen.

So war es immer, seit Eigentum als Privileg und Auszeichnung des Individu-

*Die Legende
vom Reichtum
durch Leistung*

ums hochgehalten wird und bürgerliche Gesetze seine Wahrung und Weitergabe regeln. Es ist der Wesenskern unserer Gemeinschaft. Was diese Gemeinschaft zum Entstehen und Wachsen eines, bitte sehr: individuellen Vermögens beiträgt, das wird – immer im Kampf um gerechten Ausgleich – in Form von Steuern abgegolten. Nur bei Vermögen, die durch Erbschaft zustande kommen, tut sich der Fiskus schwer: Einkommen durch Leistung wird weit höher besteuert als das leistungsfrei erlangte Vermögen durch Erbschaft.

Das soll reformiert werden. Das Erbrecht droht, seine Funktion zu verlieren. Die Lebenserwartungen sind enorm gestiegen. Bis Hinterbliebene heute etwas erben, sind sie meist selbst in einem Alter, in dem sie daran denken sollten, ihren Nachlass zu regeln. Und auch das Argument des Ausgleichs hat sich abgenutzt. Viel deutlicher tragen Erbschaften heute dazu bei, die ohnehin krassen Unterschiede in der Verteilung von Wohlstand zu vertiefen und zu zementieren. Nur jeder Zweite wird überhaupt etwas erben, und nur ein verschwindend geringer Teil wird ein Millionen- oder gar Milliardenerbe antreten.

Da ist es schon erstaunlich, auf welcher breiter Front sich die Verteidiger einer möglichst steuerfernen Weitergabe von Vermögen zu Wort melden. Sie entrichten klaglos die Steuern auf den Lohn ihrer Arbeit, aber bei der Erbschaftssteuer klammern sie sich an den Mythos, Reichtum sei eine logische Folge von Leistung, Mut und Geschick. Als erlebten sie nicht jeden Tag selbst, dass Leistung, Mut und Geschick in den meisten Fällen nur zu einem eher überschaubaren Wohlstand führen.

Warum sollte der Staat also eigentlich nicht zugreifen? Es geht ja nicht um das Reihenhaus und das dazugehörige Sparbuch. Es geht um Aktienpakete, Unternehmen, Nachlässe bedeutender Künstler

oder Patente lebenslanger Forschungsarbeit – durch Fleiß und Genie erworbenes Vermögen also, das ohne Rücksicht auf Fleiß und Genie der Begünstigten weitergegeben werden soll. Mit welchem Recht? Und vor allem: Zu welchem Zweck? Wer ein Unternehmen erbt, bleibt auch nach den vom Bundesverfassungsgericht angeordneten und vom Kabinett im Sommer beschlossenen Reformen von der Erbschaftssteuer befreit, wenn er den Betrieb weiterführt und Arbeitsplätze erhält. Erst bei einem Betriebsvermögen ab 26 Millionen Euro muss ein Erbe nachweisen, dass die Zahlung ihn finanziell überfordert.

Immer noch viel zu niedrig, klagen die Wirtschaftsverbände. Gewerkschaften, Opposition; und weite Teile der SPD dagegen fürchten, die Regelung diene vor allem der Schonung großer Vermögen. Der Ausweg? Der Zürcher Wirtschaftshistoriker Hans-Joachim Voth schwärmt von »zustandsabhängigen Schuldverschreibungen« im Kreditwesen, *state contingent bonds* – warum nicht auch bei der Erbschaftssteuer? Zahle, wenn du kannst. Aber dann zahle! Wer ein Unternehmen erbt und übernimmt, der könnte zu einer solchen Steuer verpflichtet werden, die der Fiskus ihm zunächst stundet – genau wie der Gründer des Unternehmens einst seinen Weg mit Krediten und Schulden begonnen hat. 20 Milliarden, so schätzen Steuerfachleute, ließen sich zusätzlich einnehmen, wenn Einkommen durch Erbschaft und Einkommen durch Arbeit als gleich behandelt würden. Auch ein Argument!

Die Grenzen des Modells liegen auf einer ganz anderen Ebene. Thomas Mann beschrieb in den *Buddenbrooks* die Lebenskurve dynastischen Reichtums wie ein Naturgesetz. Man findet auch in der Gegenwart immer wieder Beispiele, die den Schriftsteller bestätigen: »Auf Geschäftstüchtigkeit und Hartleibigkeit«, so fasst der Kritiker Gustav Seibt Roman und Lebenserfahrung zusammen, »folgen Zweifel und Pessimismus, Nervosität, Kunstsinn

und Dekadenz. Am Ende kommen Bankrott und Kinderlosigkeit; und längst steht lebfrisch-vulgäre Konkurrenz bereit«.

Als ginge es um die paar Millionen! Um eine Kindheit unterm Silberleuchter, um die Ausbildung an Privatschulen und Elite-Universitäten und den leichten Einstieg ins väterliche Unternehmen. Viel dringlicher geht es um die Frage, wie Tüchtigkeit entsteht und wie sich die Gemeinschaft eine Chance auf gute, engagierte und leistungswillige Nachwuchskräfte sichert, gerade in den Positionen, in denen es auf Herz und Hand ankommt, auf Einfühlung, Weitsicht und Verständnis. Warum nicht mal einen jungen Mann in den Vorstand wählen, der sich das Studium mit Arbeit auf dem Bau finanziert hat? Oder eine Frau in die Verantwortung nehmen, die erlebt hat, wie sich Akkordarbeit anfühlt? Hat sich der Begründer des Vermögens einst nicht selbst so bewährt?

Wenn es so einfach wäre! Erben ist eine quasi naturgesetzliche Tatsache. Eine stabile Konstitution kann vererbt werden, ein waches Temperament, vielleicht sogar

ein kluger Kopf. Aber auch das Kondensat von Lebenserfahrung gehört zu dem, was einer von zu Hause mitbekommt, oder Selbstbewusstsein und die Fähigkeit, sich in einer Kultur zu bewegen. Unerreichbar für jede Form der Erbschaftssteuer.

Es ergeben sich also zwei Positionen. Die eine: Erbschaft ist eine fundamentale Beleidigung des Leistungsprinzips – wer nur genug erbt, der muss nie mehr für sein Auskommen arbeiten. Die andere: Erbschaft ist, von Seiten des Gebenden betrachtet, die letzte, vielleicht stolzeste Herausforderung dieses Prinzips. Warum sonst sollte einer, der seine Schäfchen halbwegs im Trockenen hat, noch einen Finger krümmen, wenn nicht, um seinen Nachkommen als großherziges und tüchtiges Vorbild in Erinnerung zu bleiben? Oder, was das edlere Motiv wäre, um das, was er ein Leben lang getan hat, zu einem guten Abschluss zu bringen?

Denn auch Respekt lässt sich weitergeben, die Bereitschaft zur Rücksichtnahme, das Denken in größeren Zusammenhängen.



Martin Tschechne

ist Journalist und lebt in Hamburg. 2012 erhielt er den Preis für Wissenschaftspublizistik der Deutschen Gesellschaft für Psychologie DGP.

Hanjo Kesting

Nicht nur Sänger des Imperialismus

Vor 150 Jahren wurde Rudyard Kipling geboren

*Take up the White Man's burden –
Send forth the best ye breed –
Go bind your sons to exile
To serve your captives' need;
To wait in heavy harness,
On fluttered folk and wild –
Your new-caught, sullen peoples,
Half-devil and half-child.*

Rudyard Kipling zählt nach wie vor zu Englands berühmtesten Schriftstellern – im *Oxford Dictionary of Quotations* werden nur William Shakespeare, John Milton, Robert Browning und Alfred Tennyson häufiger als er zitiert –, aber auch zu den umstrittensten. Bei seiner Bewertung haben politische Auffassungen und histo-

rische Stimmungen stets eine erhebliche Rolle gespielt. Von Robert Louis Stevenson und Henry James wurde er nach seinem ersten Auftreten begeistert begrüßt, aber schon um die Jahrhundertwende galt er als Propagandist britischer Weltmachtideen gemäß seiner berühmtesten Gedichtzeile »*Take up the White Man's burden*« (»Nehmt auf euch des Weißen Mannes Bürde«). Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er von der jüngeren Generation als »göttlicher Eisenfresser« vollständig abgelehnt. Von Kipling lässt sich wie von kaum einem anderen Schriftsteller sagen, dass »sein Bild in der Geschichte schwankt«. »Es wird immer vieles an Kipling geben, das ich nur schwer verzeihen kann«, schrieb etwa der aus Pakistan stammende, aber wie Kipling im indischen Bombay geborene Salman Rushdie über seinen rund acht Jahrzehnte früher geborenen englischen Kollegen, »in seinen frühen Erzählungen gibt es jedoch so viel Wahrheit, dass es unmöglich ist, sie zu ignorieren«.

Kipling kam 1865 als Kind einer anglo-indischen Familie zur Welt und wurde in seinen frühen Jahren von einer indischen Kinderfrau, einer Ayah, erzogen, die ihn in der Landessprache mit indischem Märchengut vertraut machte. Sein Vater war Architekt und Bildhauer an der Kunstschule in Bombay, später Kurator des Museums in Lahore: ein großer Kenner altindischer Kunst; die Mutter versuchte sich als Schriftstellerin. Sechs Jahre verbrachte Kipling nach 1871 bei einer Pflegefamilie in England, weitere fünf auf einem englischen College: Die zum Teil bedrückenden Erfahrungen hat er später in der Erzählung *Baa Baa, Black Sheep* und in dem Sammelband *Stalky & Co.* beschrieben. 1882 kehrte er nach Indien zurück, begann mit 17 eine journalistische Karriere, schrieb erste Gedichte und Geschichten, die zunächst in Zeitungen, dann in Buchform (*Departmental Ditties and Other Verses*, 1886, und *Plain Tales from the Hills*, 1888) veröffentlicht wurden. Reisen führten ihn zwei Jahre

lang durch Asien und Amerika. 1889, zurück in London, war er bereits ein bekannter Autor, der in rascher Folge Romane, Kurzgeschichten und Gedichtsammlungen erscheinen ließ. Durch diese Geschichten, die beiden *Dschungelbücher* und den Roman *Kim* wurde er weltberühmt, stieg auf zum *poeta laureatus* Englands und erhielt 1907 als erster Engländer den Nobelpreis für Literatur.

Kipling beschreibt in den meisten seiner Bücher den Zusammenstoß von westlicher und östlicher, von englischer und indischer Kultur. Seine Geschichten sind reich an wunderbaren Naturschilderungen und abenteuerlichen Handlungen. Meist geht es um das Ethos der Tat und das Recht des Stärkeren, wie es dem Geist des späten Viktorianismus in dieser Epoche englischer Weltherrschaft entsprach. Kipling war in der Tat das Sprachrohr des Imperialismus, aber nicht als x-beliebiger Verse-macher und Schwadronneur, sondern als kraftvoller Dichter, der dem Geschäft der Eroberung in feierlichen und feurigen Strophen die sittliche Weihe gab. Es sei die wahre Mission der Angelsachsen, schrieb er, die sogenannten »wilden« Völker zu ihrem Besten zu beherrschen.

... eure frisch eingefangenen, tückischen
Völkerschaften,
die noch halb Kinder sind, halb Teufel ...

Kipling verwandelte das romantische Idealbild des weißen Mannes, wie es Thomas Carlyle gezeichnet hatte, in die reale Gestalt des englischen Kolonialsoldaten. Aber wie zur Korrektur des landläufigen Bildes hat George Orwell, der selbst einige Jahre als britischer Offizier in Südasien verbracht hat, angemerkt: »Kiplings literarische Schilderung von Britisch-Indien ist das einzige Zeugnis, das wir aus dem 19. Jahrhundert besitzen. Er konnte es nur schaffen, weil er robust genug war, um in Klubs und Regimentskasinos leben zu können und den Mund zu halten. Er hat eine

Unmenge an Material zusammengetragen, das man sonst nur durch mündliche Überlieferung oder aus unlesbaren Regiments-Aufzeichnungen hätte kennenlernen können.«

Als Kind sprach Kipling die Hindi-Sprache, und seine indische Kinderfrau musste ihn dazu anhalten, mit den Eltern Englisch zu sprechen. Das Indische hat Kipling früh in sich aufgenommen. Er war ein genauer Kenner des Soldatenlebens auf dem Subkontinent und in anderen britischen Kolonien. »Aus dem Komplex von Kiplings Frühwerk scheint tatsächlich ein lebendiges Bild der alten Armee aus den Zeiten vor dem Maschinengewehr zu entstehen«, schrieb Orwell, »ein grausames, ordinäres Bild, in dem ein patriotischer Music-Hall-Song sich mit einer der so düsteren Passagen von Zola verschmolzen zu haben scheint, aber künftige Generationen werden sich daraus eine Vorstellung machen können, wie es in einer Freiwilligen-Armee mit langer Dienstzeit ausgesehen hat. In gleicher Weise werden sie etwas über Britisch-Indien lernen, aus einer Zeit, in der noch niemand etwas von Autos und Kühlschränken gehört hatte. Es bedurfte eines geradezu unwahrscheinlichen Zusammentreffens von Umständen, damit Kiplings buntes Gemälde entstehen konnte.«

Kipling war ein Schriftsteller von eigentümlich magnetischer Kraft und ein Erzähler mit kühl blickenden Augen, auf den das Etikett »Tendenzschriftsteller« überhaupt nicht passt. Das steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, dass sein Menschenbild vom darwinistischen Prinzip der »natürlichen Auslese« geprägt war. Auch seine schönsten und bedeutendsten Bücher sind nicht frei von solchen Zügen, etwa der Roman *Kim* und die *Dschungelbücher*, in denen Gerechtigkeit gleichbedeutend ist mit dem Gehorsam gegenüber dem Naturgesetz. Dies Gesetz ist das Recht des Stärkeren im

Kampf ums Dasein. Hinter dem heroischen Evangelium der Tat und dem Bemühen um eine verpflichtende Haltung wird zuweilen eine Faszination für Gewalt und Grausamkeit spürbar, die Kiplings Geschichte ebenso gefährden wie zuweilen verrätseln. Der kleine Menschenknabe Mowgli wird von einer Wölfin erzogen und lernt die Gesetze von Befehl und Gehorsam, um später seinen und des Dschungels Feind, den Tiger, überwinden zu können. Mowgli ist in Wirklichkeit englischer, als je ein Engländer gewesen ist. Kiplings politische Absicht wird deutlich in der Schilderung der zuchtlosen, ewig debattierenden Affenhorde. Um nochmals Orwell zu zitieren: »(Er) ist ein imperialistischer Jingo, moralisch gefühllos und ästhetisch abstoßend. Es ist besser, man gibt das gleich anfangs zu und versucht dann erst herauszufinden, warum er fortlebt.« Zäher und beharrlicher fortlebt als die meisten, die zu Kiplings Lebzeiten die Nase über ihn rümpften.

Er war, mit einem Wort, ein großer Dichter. Er hat der Kunst der Ballade neue Elemente hinzugefügt, in seine Gedichte Cockney-Elemente einfließen lassen und seine Erzählungen offenbaren einen Farbenreichtum, die einen lebhaften Kontrast bilden zur Literatur seiner Zeitgenossen, sei es die in Konventionen erstarrende Epik des Spätviktorianismus, sei es die intellektuelle Artistik der frühen Moderne. In seinem Werk verbindet sich die westliche Weltauffassung aktivistischer Disziplin mit dem orientalischen Sinn für das Wunderbare. Salman Rushdie hat von den zwei Seelen in Kiplings Brust gesprochen und daran die Überlegung geknüpft, Kipling in einer Fernsehsendung von zwei Schauspielern darstellen zu lassen, einem indischen und einem englischen, von denen der eine Hindi, der andere Englisch sprechen müsse. »Der Einfluss Indiens auf Kipling – auf sein Weltbild wie auf seine Sprache ließ ihn für mein Empfinden zu einem Menschen werden, der im Konflikt

Das Evangelium der Tat

mit sich selber lebte, teils Bazar-Boy, teils Sahib.«

Die anhaltende Popularität Kiplings in Indien erklärt Rushdie durch die indische Seele des Schriftstellers, seine außergewöhnliche kulturelle Großzügigkeit: »Kein anderer westlicher Schriftsteller hat Indien jemals so gut gekannt wie Kipling, und diese Kenntnis des Schauplatzes, der Abläufe und der Details ist es, die seinen Erzählungen ihre unleugbare Autorität verleiht. Die Geschichte ›Die Zeit der Flut‹ verdankt ihre Qualität Kiplings präziser und großartiger Schilderung eines angeschwollenen Flusses während eines Monsunregens. Nicht alle Erzählungen haben dem Lauf der Zeit standgehalten, alle sind sie jedoch vollgestopft mit Informationen über eine verlorene Welt. Wenn man etwas lernen will, müsse man lesen, heißt es, und niemand kann die Leser besser über Britisch-Indien informieren als Rudyard Kipling.«

Sein Stil ist der Form nach einfach wie der Stil der Bibel. Man nehme etwa die Reiseberichte und Briefe, die der junge Kipling auf seinen Reisen durch Indien, Asien und Amerika schrieb und die nun, fast 130 Jahre später, vorzüglich übersetzt und kommentiert von Alexander Pechmann, erstmals in deutscher Sprache erschienen sind. Sie rücken eine ferne und fremde Welt in unmittelbare Nähe, so dass man sie mit eigenen Augen zu sehen meint. So zielsicher ist seine Erzählkunst sogar in diesen spontan und schnell geschriebenen Texten, dass jede einzelne Periode unvermeidlich erscheint und nichts vergeudet ist. Kipling besaß eine lebhaft Fantasia, die ihn plötzlich ein farbiges, unerwartetes

Wort einstreuen ließ, das den ganzen Satz belebt. Es sind »kühne, ausschweifende, brillante Reisebriefe« nach dem Urteil Mark Twains, der diese Briefe noch lesen konnte, so wie Kipling den Autor von *Leben auf dem Mississippi* noch persönlich kennenlernte und von ihm den Rat empfing: »Sammeln Sie zuerst Ihre Fakten, um sie dann« – die Stimme erstarb zu einem fast unhörbaren Raunen – »nach Lust und Laune zu verdrehen.«

Ein besonderes Kapitel sind die Beziehungen zwischen Kipling, dem vermeintlichen Sprachrohr des englischen Imperialismus, und dem jungen Bertolt Brecht, so verwunderlich sie auf den ersten Blick sein mögen. Brecht hat viele Anregungen von Kipling empfangen, hat ihn übersetzt und einige seiner Gedichte ungeniert für seine Theaterstücke, voran die *Dreigroschenoper*, benutzt. 1945, anlässlich der Verhaftung des »Kollaborateurs« Ezra Pound, schrieb er ins Tagebuch: »Ezra Pound wurde in Italien arrestiert und wird als Verräter hierhergebracht. Etwas von feudaler Würde hängt um diese George, Kipling, d'Annunzio, Pound. Immerhin historische Figuren, nicht gerade auf den Märkten zu finden, eher in den Tempeln – am Rande der Märkte.«

Neue Bücher zum Thema:

Rudyard Kipling: *Das Dschungelbuch 1 & 2* (Neu übersetzt, mit Anmerkungen und einem Nachwort versehen von Andreas Nohl). Steidl, Göttingen 2015, 520 S., 28,- €.

Rudyard Kipling: *Von Ozean zu Ozean. Unterwegs in Indien, Asien und Amerika* (Aus dem Englischen übersetzt und herausgegeben von Alexander Pechmann). mare, Hamburg 2015, 796 S., 48,- €.



Hanjo Kesting

ist Kulturredakteur dieser Zeitschrift. Soeben erschien bei Wallstein, Göttingen, seine dreibändige Studie *Große Romane der Weltliteratur*.

Konstantin Ulmer

Kultureller Kahlschlag

Vor 50 Jahren: Das 11. Plenum des ZK der SED

Die Kulturpolitik der DDR wird in der Forschung zumeist als Wechselspiel von Liberalisierung und Repression beschrieben, das sich, als Wellenlinie zwischen den beiden Polen, durch die 40-jährige Geschichte des anderen deutschen Staates zieht. Einwände gegen ein solches Modell sind schnell gefunden: Die Kulturpolitik war auch in der DDR ein Spannungsfeld, in dem stets verschiedene Positionen nebeneinander existierten, selbst im hegemonialen Diskurs. Generalaussagen über die Kulturpolitik lassen sich deswegen – gerade nach der Öffnung der Archive – leicht widerlegen.

Ist man sich dieser Unterkomplexität bewusst, hat das Modell, als »Tendenzmodell« gewissermaßen, aber auch etwas für sich. Denn mit ihm lassen sich die großen Zäsuren, die Tiefpunkte der Wellenlinie und Höhepunkte der Repression gleichermaßen sind, synchron fassen und diachron einordnen. Eine dieser Zäsuren jährt sich im Dezember 2015 zum 50. Mal: Das 11. Plenum des Zentralkomitees (ZK) der SED, bekannt als »Kahlschlagplenum«.

Um die Geschichte dieses Plenums zu erzählen, muss man bei einer weiteren Zäsur ansetzen, nämlich dem Mauerbau im Sommer 1961. Ein Großteil der Künstler in der DDR hatte die Maßnahme der SED-Regierung verteidigt, auch wenn damit das zarte Pflänzchen eines deutsch-deutschen Kulturaustauschs, das in den Jahren zuvor allen Widrigkeiten zum Trotz auf beiden Seiten gepflegt worden war, plattgetreten wurde. Doch »innerkulturell« zeigte die Kurve – um im Bild zu bleiben – im Anschluss an den 13. August recht konstant nach oben. Gerade in den Bereichen Film und Literatur profilierte sich eine neue Ge-

neration von Kunstschaaffenden, die nach neuen Darstellungsformen suchte, ihre Themen vor allem in der Gegenwart fand und sich nicht scheute, auf Widersprüche hinzuweisen.

So kamen bald einige Leser und Zuschauer in der selbsternannten »Kulturnation DDR« in den Genuss von Kunstwerken, die einige Jahre vorher formalästhetisch und inhaltlich am scharfen Schwert der Zensur gescheitert wären. Zynisch formuliert: Nachdem die SED-Führung die sozialistische Nation eingemauert hatte, meinte sie, sanfte, im besten Fall dialektische Kritik aus den eigenen Reihen aushalten zu können. Auch auf wirtschaftspolitischer Ebene wurde mit dem sogenannten Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung ein neuer Kurs gefahren, der eine stärkere Eigenverantwortlichkeit von Betrieben vorsah und zu einem raschen Anstieg der Arbeitsproduktivität führte.

Gleichzeitig fürchtete das SED-Politbüro allerdings, mit dem liberaleren Kurs einen Geist gerufen zu haben, den es vielleicht nicht mehr loswerden würde. Diese Furcht sollte das ursprünglich als Wirtschaftsplenum geplante 11. Plenum des ZK der SED vom 16. bis 18. Dezember 1965 zerstreuen. Die Linie gab Erich Honecker vor, als ZK-Sekretär verantwortlich für Sicherheits- und Kaderfragen und damit eine Art Kronprinz des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht. Honecker forderte »in allen Bereichen der Kunst einen entschiedenen Kampf (...) gegen die Einflüsse der kapitalistischen Unkultur und Unmoral, wie sie in der amerikanischen Sex-Propaganda und der Verherrlichung des Banditentums

*Gegen »Unmoral
und Skeptizismus«*

zum Ausdruck kommen«. Damit war die Richtung vorgezeichnet. In der »sauberen« DDR, so Honecker weiter, trete die Partei allen entgegen, die dem Sozialismus Schaden zufügen wollten. Und die kämen zunehmend aus den eigenen Reihen, vor allem aus den Reihen der Künstler. Man müsse verhindern, dass sich »Unmoral und Skeptizismus«, die sich in Film und Literatur breitgemacht hätten, die Jugend erreichten und die DDR auf diese Weise von innen her aufweichen.

Nach dieser Philippika schwangen auch andere Parteigrößen wie Kurt Hager und Paul Verner die kulturpolitischen Äxte gegen eine vermeintlich unparteiliche, unsozialistische Kunst, aus deren Protagonisten Autoren wie Wolf Biermann, Werner Bräunig und Manfred Bieler sowie der Filmemacher Kurt Maetzig gebrandmarkt wurden. Besonders deutlich wurde Horst Sindermann, aus dessen Redebeitrag ersichtlich wird, warum er bis 1963 die Abteilung Agitation und Propaganda im ZK der SED geleitet hatte: Er nannte die Filme Maetzig's das »Ende der Kunst«, weil dort »nur noch Karrieristen, Zweifelnde, Triebhafte, Schnoddrige, Berechnende, Brutale das Leben bestimmen und in einer in Grau und Zerfall gehaltenen Umgebung sich gegenseitig seelisch zerfleischen«. Sozialistischer Realismus, so der Umkehrschluss, war genau das Gegenteil davon.

Schon der Tonfall machte deutlich, dass diese Fundamentalkritik mehr als eine Korrektur der Parteilinie war. Es ging nicht in erster Linie um das Verbot von zwölf DEFA-Filmen und die Restriktionen in Literatur, Theater und Bildender Kunst, die folgen sollten. Vielmehr hatte die Regierung bewusst und öffentlich den Konsens mit den jungen Kunstschaaffenden, der bisher im ritualisierten Rahmen abgefeiert wurde, gebrochen bzw. als brüchig dargestellt.

Damit erntete sie unerwarteten Widerspruch. Er trat bereits auf dem Plenum selbst in Erscheinung, in Gestalt einer jun-

gen Frau, die damals schon als größte Begegnung der jüngeren DDR-Literatur galt: Christa Wolf. Als Kandidatin des ZK der SED galt sie der kulturpolitischen Elite eigentlich als verlässlich, obwohl bereits ihre Erzählung *Der geteilte Himmel* im Jahre 1963 für einigen Wirbel gesorgt hatte. Nun trat sie in der aufgeheizten Kahlschlag-Stimmung mit einem spontanen Redebeitrag ans Mikrofon, forderte einen Dialog zwischen Ost und West und verteidigte die Literatur gegen den Vorwurf, sie verbreite Unmoral unter den Jugendlichen der DDR. Anschließend erklärte sie der versammelten Funktionärselite, dass sie mit der kritischen Einschätzung von Werner Bräunigs Wismut-Roman *Rummelplatz*, der der offiziellen Narration vom sozialistischen Aufbau in den Gründungsjahren der DDR widersprach und deswegen nach dem Vorabdruck eines Kapitels von der Zensur kassiert worden war, »nicht einverstanden« sei. Welcher Mut dazu gehörte, lassen die zahlreichen Zwischenrufe aus dem Plenum errahnen. Auch wenn Christa Wolf vorsichtig widersprach, war einer dieser Zwischenrufe durchaus zutreffend: »Das hört sich bald an wie eine Verteidigungsrede.«

Da es allerdings bei dieser einzigen kritischen Stimme blieb, konnte Walter Ulbricht dem Plenum in seinem Schlusswort schließlich unter großen Beifall den – aus heutiger Sicht – tragikomischen Abschluss geben: Nachdem er noch einmal gegen die »Sex- und Beatpropaganda« polemisiert und Wolf Biermann, Robert Havemann und Stefan Heym als Führer eines politischen Kampfs »gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht« angeklagt hatte, lobte er das Tribunal als fruchtbringende Tagung, die »außerdem die demokratischen Methoden gezeigt hat, mit denen Probleme im Zentralkomitee behandelt werden«.

Das sahen nicht alle Künstler so. Nachdem im Neuen Deutschland, dem Zentralorgan der SED, das bereits vor dem Plenum gegen Biermann und Co. gehetzt hatte, die Reden des 11. Plenums gedruckt

worden waren, erhielt sein Chefredakteur Hermann Axen Post vom Dichter Günter Kunert. »Nichts gegen Diskussionen, auch nichts gegen scharf geführte oder grundsätzliche Diskussionen«, hieß es in dem Brief, der in der Zeitung natürlich nicht

gedruckt wurde, »aber zu einer Diskussion gehören immer zwei«. Davon wollte die Führungsriege der SED nichts wissen. Die Geister, die sie auf dem Plenum lautstark gerufen hatte, wurde sie bis zum Zusammenbruch des eigenen Staates nicht mehr los.



Konstantin Ulmer

hat über das deutsch-deutsche literarische Leben promoviert und arbeitet im kulturellen Projektmanagement sowie als freier Journalist. Er lebt in Hamburg.

konstantin.ulmer@gmx.de

Ulrich Baron

Heilige Kriege und pragmatische Allianzen

Die Wandlungen des Nahen Ostens

»Our chief weapon is surprise!«, verkündeten 1970 in einem etwas überkandidelten Sketch von Monty Python drei Vertreter der Spanischen Inquisition. Wie Springteufel und mit dem Ruf »No one expects the Spanish Inquisition« waren die Herren in Kardinalsroben in ein englisches Wohnzimmer des Jahres 1912 hereingeplatzt und nannten als weitere Waffen »Furcht«, »rücksichtslose Effizienz« und »fanatische Hingabe an den Papst«. Die Überraschung ist hier aber nicht nur ihre Hauptwaffe, sondern liefert auch die Pointe. Im Ambiente des frühen 20. Jahrhunderts kam die Spanische Inquisition so überraschend wie zwei Passagierflugzeuge als Waffen eines Heiligen Krieges im New York des Jahres 2001.

Wurde der religiöse Terror im Sketch als Mummenschanz entlarvt, so ist das, was 1970 lächerlich erschien, seit der Jahrtausendwende wieder blutige Realität: Überraschung, Furcht, rücksichtslose Effizienz und fanatische Hingabe sind zu Waffen geworden, die nicht mehr von der Inquisition, sondern von islamistischen Terroristen benutzt werden.

Angesichts der rücksichtslosen Effizienz von Gruppen wie Al Qaida, Boko Haram und dem IS ist es ein Selbstbetrug, wenn Kommentatoren deren Denken als »mittelalterlich« geißeln. Vielmehr ist auch der Westen – und vor allem die USA als dessen stärkste und westlichste Macht – der Ära seiner Heiligen Kriege näher als es auf die Gegenwart fixierte und immer wieder von ihr überraschte Betrachter annehmen.

Gerade hat der 1961 in Paris geborene Mediävist Philippe Buc mit *Heiliger Krieg* einen großen Essay über Gewalt im Namen des Christentums publiziert, dessen englischer Originaltitel seine Thematik präzisiert: *Holy War, Martyrdom, and Terror. Christianity, Violence and the West*. Dass der »Westen« hier zuletzt aufgeführt wird, entspricht der Auffassung einer *longue durée*, in der sich soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen ausbilden und in deren langer Dauer christlich-abendländische Traditionen noch jenseits des Atlantiks fortwirken.

Nicht nur die mittelalterliche Bibel-exegese habe spirituell das Ringen um den

*Spiritualismus
oder religiöser
Wahn?*

rechten Glauben und den Kampf gegen Ungläubige und Häretiker verknüpft. In William Boykin, während der Bush-Administration Generalleutnant der US-Streitkräfte und stellvertretender Unterstaatssekretär des Verteidigungsministeriums für den Geheimdienst, erkennt Buc einen Geistesverwandten des Herzogs von Brabant, der 1197 nach Jerusalem aufbrach, um »sichtbare wie unsichtbare Sarazenen zu besiegen«. Im Rahmen des »Kriegs gegen den Terrorismus« habe Boykin zwischen Januar 2002 und Juni 2003 Vorträge vor diversen protestantischen Kirchengemeinden und Gruppen gehalten: »Er zeigte seiner Zuhörerschaft Dias von Osama bin Laden, Saddam Hussein sowie dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-Il und stellte die rhetorische Frage, ob diese Personen der Feind seien. Die Antwort gab er selbst: Der wahre Feind sei spirituell, »die Macht der Finsternis«, »ein Kerl namens Satan.«

Für Buc ist deshalb auch »die neuere säkulare Gewalt besser zu verstehen, wenn man heuristisch so vorgeht, dass man ihre Ideologie in religiöse Termini zurückübersetzt. Mithin laufen auf die Gegenwart spezialisierte Forscher einerseits Gefahr, frühere Gewaltausübung im Namen Gottes misszuverstehen, während sie andererseits nicht immer sehen, wie frühere Gewaltausprägungen für die Analyse ihrer aktuellen Pendanten fruchtbar gemacht werden können«.

Zwar klammert Buc den islamistischen Terror weitgehend aus, doch verweist er im Zusammenhang seiner Kritik an Versuchen, den Fanatismus nach dem Vorbild Voltaires als »einen dunklen und blutigen religiösen Wahnsinn« abzutun, auf eine Untersuchung hin, nach der Dschihadisten »in Kategorien der geistigen Gesundheit überraschend normal« seien.

Wer seinem Gegner die Rationalität abspricht, beraubt sich selbst der Aussicht auf eine rationale Lösung und kann nur

noch auf die »rücksichtslose Effizienz« seiner Mittel setzen – Waterboarding und Drohnenkrieg inklusive. Will man dagegen das scheinbar Irrationale rationalisieren, muss man dessen Geschichte verstehen – und deren Zäsuren. Der Nahostexperte Volker Perthes wählt hier einen Ansatz, der ein knappes Jahrhundert umspannt. Sein Essay *Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen* ist dem aktuellen Verfall einer Ordnung gewidmet, die in weiten Zügen 1916 durch das Sykes-Picot-Abkommen etabliert wurde. Frankreich und Großbritannien einigten sich darin über die Anteile, die sie bei der Zerschlagung des Osmanischen Reich beanspruchen könnten.

Staaten, die im Rahmen dieses Ordnungskonzepts entstanden, sind (wie der Irak und Syrien) im Zerfall begriffen oder (wie der Libanon, Jordanien, Ägypten) in ihrer Stabilität bedroht. Angesichts der Vielzahl der allein in Syrien verfeindeten Parteien, die sich entlang von Konfessionsgrenzen – taktisch auch über sie hinweg – bekriegen, fühlt man sich an die Zeit der Kreuzzüge erinnert. Der amerikanische Historiker Paul M. Cobb hat sie in *Der Kampf ums Paradies* aus islamischer Sicht beschrieben. Islam und Christentum stehen einander darin keineswegs als monolithische Blöcke gegenüber. Auf höchster politischer Ebene erschien muslimischen Beobachtern des frühen 13. Jahrhunderts vor allem Kaiser Friedrich II. als rätselhafte und faszinierende Gestalt: »Selbst seinen christlichen Glauben betrachteten sie lediglich als Deckmantel für einen evidenten »Materialismus« und sein tatsächliches Desinteresse an Religion.« Doch seine »offensichtlichen Kenntnisse arabischer und muslimischer Rituale – die er während seiner Jugend in Sizilien gesammelt hatte – und sein Gefolge muslimischer Pagen machten ihn praktisch zu einem der ihren«.

Friedrich II. aber sei ein Kaiser gewesen, urteilt Cobb, »und seine muslimischen Beobachter waren nur Gelehrte«. Seine

ostentative Aufgeschlossenheit gegenüber dem Islam stellte »eine simple Sympathiekampagne dar und war somit Teil eines umfassenden Spiels«. Am Beispiel des syrischen Ritters und Gelehrten Usama ibn Munqidh (1095-1188) zeigt Cobb, dass man auch im Syrien der Kreuzzugszeit, »stets bereit sein musste, unangenehme Allianzen zu schließen« – und sei es mit den »fränkischen« Invasoren selbst: »In Usamas zerfallender Welt konnte sich nur halten, wer mächtig oder gerissen genug war. In einem solchen Umfeld stand die Vertreibung der Franken niemals an erster Stelle der Tagesordnung.«

Jenseits der unangenehmen Allianzen des politischen Alltags aber hat das christliche wie das islamische Mittelalter vier antagonistische, aber erstaunlich stabile Hauptlager hervorgebracht: In der christlichen Welt habe dem byzantinischen Kaisertum ein »lateinisches Gegenkaisertum« entgegengestanden, in der islamischen Welt einem (proto-)sunnitischen Kalifat ein schiitisch-ismailitisches Gegenkalifat, schreibt Almut Höfert in ihrer umfangreichen Studie zu *Kaisertum und Kalifat*. Es sei auffällig, akzentuiert die Autorin, »dass alle vier Universalmonarchien – in welcher Form auch immer – eine Lebensdauer von mindestens einem Jahrtausend und damit eine bemerkenswerte Langlebigkeit aufweisen. Das ihnen inhärente symbolische Kapital war offenbar so substanziell, dass es nicht entsorgt, sondern über ein Jahrtausend hinweg den jeweiligen Zeitumständen angepasst wurde.«

Vom Standpunkt einer *longue durée* aus betrachtet, sei es »frappierend, dass sowohl im Christentum als auch im Islam parallel zur Ausbildung der zwei großen Hauptkonfessionen der Exklusivitätsanspruch der Universalmonarchie spätantiker Provenienz ab dem 9. Jahrhundert jeweils mit einem Gegenmodell konfrontiert wurde«.

Auf höchster Ebene, in der Langzeitperspektive durch politischen Pragmatis-

mus gemildert, funktioniert offenbar besser, was kleine und radikale Glaubensgemeinden oft nur für eine

kurze (Kampf-)Zeit verbindet. Gegenmodelle, *Der Kampf gegen die Geschichte*

Un- und Andersgläubige und deren entschiedene Zurückweisung und Verurteilung tragen zur Stabilisierung des eigenen Lagers bei. In extremen Einzelfällen jedoch führt dies zur Radikalisierung und zum apokalyptischen Abgrenzungs-Exzess.

Der weite Bogen den Philippe Bucs Essay spannt, umfasst auch den Terror der »Rote Armee Fraktion«, die mit einer Eskalation ihres bewaffneten Kampfes die Bundesrepublik als das entlarven wollte, als was sie sie durchschaut zu haben meinte – als faschistisches System im demokratischen Schafspelz: »Weil die Terroristen und der Staat sich in ihren Wertvorstellungen so nahe waren, gewann der Kampf zwischen ihnen eine Intensität und Härte, die einem weniger kulturimmanenten Konflikt vielleicht gefehlt hätte.« Man muss den Gegner verteufeln, um den eigenen Hass auf ihn zu legitimieren.

Perthes wiederum spricht im Hinblick auf das Ende des alten Nahen Ostens und auf die »sunnitisch-schiitische Polarisierung« von einer »Essenzialisierung konfessioneller Unterschiede«. Solche Essenzialisierung, solche Radikalisierung ist oft die Ultima Ratio, wenn man seinen Anhängern nichts außer dem Glauben an den Sieg zu bieten hat. Im Fokus steht hier natürlich der sogenannte »Islamische Staat« (IS), dessen Terrorregime »nur die Aufteilung in wahre Gläubige, die auch Anhänger des Kalifats und des islamischen Staates sind, und verschiedene Kategorien von Feinden oder Unwissenden« kennen wolle.

Insgesamt aber geht es Perthes gerade darum, solch islamistischer Essenzialisierung nicht mit gleichen Mitteln zu begegnen. Zumindest »Formen taktischer Zusammenarbeit« seien »zwischen nahezu allen Akteuren denkbar«. Als gewagtes

Beispiel nennt Perthes dazu die israelische Unterstützung dschihadistischer Kräfte gegen die vom Iran unterstützte Hisbollah – »sie sind verrückter, aber schlechter organisiert und bewaffnet«, sagte mir dazu ein israelischer Politiker im Gespräch«. Ob deren Verrücktheit sich auf Dauer instrumentalisieren lässt, bleibt zweifelhaft. Gerade der barbarische Furor, mit dem der IS gegen antike Monumente vorgeht, zeigt, dass er auch gegen die Geschichte selbst ankämpft, die Jahrtausende lang ohne monotheistische Fanatiker ausgekommen ist.

Während einige Staaten des Nahen Ostens von »migrierenden Bürgerkriegen« zermahlen werden, verweist Perthes auf die relative Stabilität von Ländern wie Ägypten und Tunesien: »Die Tunesier wissen, etwas vereinfacht gesagt, seit Hannibal, wer sie sind, die Ägypter seit den Pharaonen.« Geschichte umfasst nicht nur

nationale und konfessionelle Konflikte, sondern auch die Überwindung oder zumindest Abmilderung von Glaubensgegensätzen im Rahmen eines Nationalbewusstseins. Für den, der glaubt, die konfessionell und national geprägte Geschichte des letzten Millenniums sei am Ende, hält das neue noch viele Überraschungen bereit.

Philippe Buc: Heiliger Krieg. Gewalt im Namen des Christentums. Philipp von Zabern, Darmstadt 2015, 432 S., 39,95 €.

Paul M. Cobb: Der Kampf ums Paradies. Eine islamische Geschichte der Kreuzzüge. Philipp von Zabern, Darmstadt 2014, 432 S., 29,95 €.

Almut Höfert: Kaisertum und Kalifat: Der imperiale Monotheismus im Früh- und Hochmittelalter. Campus, Frankfurt/M. 2015, 645 S., 59,- €.

Volker Perthes: Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen. Edition Suhrkamp, Berlin 2015, 144 S., 14,- €.



Ulrich Baron

ist Literaturwissenschaftler und arbeitet als Kritiker und freier Publizist in Hamburg.

ulrich.baron@t-online.de

Nancy Reagin

Die Vergangenheit ist eine weit, weit entfernte Galaxie

Die historisch-politische Konstruktion der *Star Wars*-Reihe

Es ist immer schwierig, neue komplexe Welten aus dem Nichts zu erdenken, ganz zu schweigen von kompletten Galaxien, auch wenn diese weit entfernt sein mögen. Erfolgreiche Visionäre wie George Lucas schaffen es aber dennoch. Genauso wichtig, wie ausgereifte Figuren mit einer Hintergrundgeschichte und Handlungsmotiven auszustatten, müssen auch fiktive Universen sauber ausgearbeitet werden. Es fällt leichter, uns auf eine imaginierte Welt einzulassen, wenn ihre soziale Struktur und

andere Details in sich stimmig sind. Dann erst können wir die fremdartige Landschaft, die Wirtschaftsform, das Militär und die speziellen Gepflogenheiten ernst nehmen und uns in diese konstruierte Welt fallen lassen.

Vieles in der Galaxie aus *Star Wars* sind reine Ausgeburten der Fantasie, aber gleichzeitig hat man sich während der Erschaffung dieser neuen Welt aber immer wieder in der Menschheitsgeschichte bedient. Autoren und Filmemacher nutzen

historische Fakten, Personen, Ereignisse und Orte als Schablone, um ihrer erfundenen Welt mehr Tiefe und Schärfe hinzuzufügen. Im Falle von *Star Wars* hat George Lucas diverse historische Referenzen sehr reflektiert eingesetzt. In einem großen Erzählbogen will er seinem Publikum nahe bringen, was seiner Meinung nach die immer wiederkehrenden Narrative der Menschheitsgeschichte sind. *Star Wars* ist allerdings nicht nur an historischen Ereignissen und verschiedenen realen Gesellschaftsformen angelehnt, vielmehr versucht George Lucas uns, grandios inszeniert, von seiner Perspektive auf die politische, soziale und wirtschaftliche Geschichtsschreibung zu überzeugen.

Die einzelnen Abenteuer in *Star Wars* sind alle Teil einer großen politischen Geschichte: dem Umsturz einer schwachen demokratischen Regierung, der Galaktischen Republik, die durch ein repressives Imperium, angeführt vom bösen Herrscher Palpatine, ersetzt wird, der sich später wiederum selbst mit pro-republikanischen Rebellen konfrontiert sieht. Palpatine führt einen Staatsstreich gegen die Republik aus, sozusagen in Zeitlupe. In *Die dunkle Bedrohung* schafft es der damalige Senator, den Senat dahingehend zu manipulieren, dass er ihn zum Kanzler der Republik wählt. In *Angriff der Klonkrieger* überzeugt er den Senat wiederum, ihm angesichts der Notlage weitere Macht und Befugnisse zuzugestehen. In *Die Rache der Sith* ruft Palpatine das Galaktische Imperium aus und macht sich selbst zum Imperator, mit Zustimmung des Senats. Die Abgeordneten der Galaktischen Republik wählen ihre Demokratie folglich selbst ab. Wie Senatorin Padmé Amidala (Mutter von Luke Skywalker und Prinzessin Leia) verzweifelt anmerkt: »So stirbt also die Freiheit (...) unter tosendem Applaus.«

Für George Lucas zeigt diese Geschichte den verhängnisvollen Schwachpunkt der Demokratie. Im Audiokommentar der DVD zu *Angriff der Klonkrieger* sagt Lucas: »Die

sich selbst aufgebende Demokratie, oftmals in Zeiten der Krise, kann man überall in der Menschheitsgeschichte finden. Von Julius Caesar über Napoleon bis hin zu Adolf Hitler. Diese Demokratien haben unter Druck und angesichts schwieriger Zeiten viele ihrer Freiheiten einfach abgegeben.«

Die Parallelen zwischen der Römischen Republik und der Galaktischen Republik aus *Star Wars* sind offensichtlich und es ist kein Zufall, dass Lucas im Interview an erster Stelle Julius Caesar erwähnt. Im Film nutzt er die römischen Termini »Senat«, »Republik« und »Reich«. Wie Palpatine hat auch Julius Caesar den Senat mit seinen Unterstützern bestückt, um sich letzten Endes von ihnen zum Diktator ernennen zu lassen. Aber auch die Bildsprache in *Star Wars* erinnert an die Römische Republik. Beispielsweise ähnelt die Siegesparade in *Die dunkle Bedrohung*, als Kanzler Palpatine seine erweiterte Macht erhalten hat, sehr stark einem römischen Triumphzug.

Eine weitere geschichtliche Inspiration für Lucas ist die Karriere von Adolf Hitler in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Palpatines Titel »Kanzler« (engl. Chancellor) in *Die dunkle Bedrohung* ist für englische Muttersprachler ein eindeutiger Verweis auf die Position, die Adolf Hitler im Januar 1933 in Deutschland einnimmt. »Chancellor« kommt in der amerikanischen Regierungsform nicht als Begriff vor und die erste Verbindung, die US-Amerikaner mit diesem Wort herstellen, ist der deutsche Kanzler. Palpatines erfolgreiche Erpressung des Senats, ihm erweiterte Befugnisse einzuräumen, erinnert an das Ermächtigungsgesetz, das 1933 vom Reichstag verabschiedet wurde. Und auch der Vorwand, den Palpatine nutzt, um vom Senat absolute Macht zu verlangen – dass es angeblich einen Plan der Jedi gäbe den Senat stürzen zu wollen –, ist eine Referenz an Hitlers Behauptung, die Kommunisten hätten den Reichstag angezündet und würden einen Staatsstreich planen. Letztend-

lich ist auch der Name von Palpatines treuergebenen Truppen, den »stormtroopers«, stark an den Jargon des Nationalsozialismus angelehnt.

Die Basis für Palpatines Machterhalt ist der Todesstern, eine mondgroße Massenvernichtungswaffe. Eingesetzt wird der Todesstern in den *Star Wars*-Filmen nur ein einziges Mal, als durch ihn Alderaan, Prinzessin Leias Heimatplanet, zerstört wird. Die Vernichtung Alderaans zeigt die Bereitschaft des Imperiums auf, einen Genozid auszuführen, mit dem Ziel, dass weitere Planeten sich Palpatines Herrschaft kampflos unterwerfen.

Man muss nicht tief in der Menschheitsgeschichte graben, um die historische Referenz für die Idee des Todessterns zu finden: die Atombombe. George Lucas ist in ihrem Schatten und im Einfluss des Kalten Krieges aufgewachsen. Damalige Präsidenten wie Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower machten nie einen Hehl daraus, gegebenenfalls einen nuklearen Erstschlag gegen die Sowjetunion durchzuführen. Und als diese 1949 ihre erste eigene Atomwaffe testete, verfolgten die USA fortan eine Politik der *mutual assured destruction*, kurz MAD, um allen potenziellen Angreifern klar zu machen, dass der Einsatz einer Nuklearwaffe gegen die USA zur vollständigen Vernichtung des eigenen Landes führen würde.

Wie auch der Todesstern fungierten Kernwaffen während des Kalten Krieges eher als politisches Druckmittel, weniger als tatsächliche militärische Waffe. Sie wurden erschaffen, um paradoxerweise *nicht* eingesetzt zu werden; außer in zwei Fällen, dann aber schon als Demonstration der eigenen Macht. Wie das Galaktische Imperium den Todesstern, nutzten die USA ihre Kernwaffe durch den Einsatz in Hiroshima und Nagasaki als ein unmissverständliches Zeichen, sowohl für Japan als auch für Stalin. Nach 1945 wurden Atombomben nur noch zur Abschreckung verwendet, auch wenn beide Lager immer bedrohlichere

Versionen dieser Waffe entwickelten. In *Star Wars* wird diese Entwicklung durch den Todesstern dargestellt. Wie die Kernwaffen in der Realität, fungiert auch er in erster Linie als politischer Kontrollmechanismus und wird nur ein einziges Mal eingesetzt, um eine »effektive Demonstration« gegenüber denjenigen Völkern abzugeben, die mit dem Gedanken spielen könnten, sich dem Imperium zu widersetzen. Nach der Zerstörung Alderaans resümiert Gouverneur Takin: »Kein Sternensystem wird es nun mehr wagen, sich gegen den Imperator zu stellen. Die Angst wird die Planeten in Reih und Glied halten. Die Angst vor dieser mächtigen Waffe.«

In *Star Wars* wird also lautstarke Kritik an Massenvernichtungswaffen geübt. Im Allgemeinen herrscht zwar großer Enthusiasmus für technologische Entwicklung in den Filmen. Im Falle des Todessterns aber versuchen Luke und seine Verbündeten, diesen nur zu zerstören und nicht ihn zu kopieren oder zu übernehmen. Es wird auch auf die Sinnlosigkeit eines Wettrüstens hingewiesen, da es den Rebellen letztlich gelingt, beide Todessterne zu zerstören, den zweiten sogar unter Einsatz vergleichsweise primitiver Technologie.

Auf der geschichtlichen Ebene von Lucas' Erzählweise lassen sich ebenfalls Beispiele für erfolgreiche Rebellionen gegen übermächtige Imperien wiederfinden. Eine der Lektionen in der Geschichte von *Star Wars* ist die Erkenntnis, dass auch technologische Überlegenheit nicht immer ausreicht, um Rebellion und Widerstand in Schach zu halten. Es gibt zwei Beispiele hierfür, die George Lucas und seinem amerikanischen Publikum besonders vertraut sein dürften: zum einen die Amerikanische Revolution gegen das Britische Empire und zum anderen der Vietnam-Krieg, in dem die Amerikaner schließlich selbst die Besatzungsmacht darstellten.

**Lautstarke Kritik
an Massenvernichtungswaffen**

Wie auch in *Star Wars* waren in diesen beiden Kriegen die Chancen durch den materiellen Vorteil extrem ungleich verteilt. Zwar stand weder den Briten noch den Amerikanern ein Todesstern zur Verfügung, dennoch waren ihre Truppen in Überzahl und sehr viel besser ausgestattet und finanziert als die ihrer Gegner. Aber ebenso wie die Rebellen-Allianz in Lucas' Werk verfolgten auch die amerikanischen Patrioten und der Vietcong eine Taktik, die politische Theoretiker »Peoples War« nennen. Im abtrünnigen Amerika und in Vietnam kämpften die Rebellen mit sehr viel mehr Herz als die Soldaten der Gegenseite. Deren Motivation war hauptsächlich in der Besoldung oder im Pflichtbewusstsein verankert. Die Rebellen-Allianz zeigt in den Filmen den gleichen Idealismus und dieselbe Überzeugung, formuliert im Mantra »möge die Macht mit dir sein« vor jedem Angriff.

Des Weiteren lässt Lucas das Imperium die gleichen Fehler begehen, die auch die Briten im 18. Jahrhundert und die Amerikaner in Vietnam gemacht haben. Palpatine und seine Generäle sind arrogant und unterschätzen die Rebellen immer wieder. Sie übersehen die Sympathie und Unterstützung für die Aufständischen in der Bevölkerung. Wie Amerika im Vietnam-Krieg verlässt sich der Imperator viel zu sehr auf seine überlegene Technologie. In *Rückkehr der Jedi-Ritter* sagt er zu Luke Skywalker, dass der Todesstern dieser »unbedeutenden Rebellion« ein Ende setzen wird.

Die Ewoks, die Luke unterstützen, sind von den Kämpfern des Vietcong inspiriert. In mancher Hinsicht scheint dieser Vergleich natürlich etwas skurril: Sie sind kleine, pelzige Kreaturen, die an Teddybären erinnern und zunächst fast kindlich wirken. Aber sie nicht ernst zu nehmen, wie es die Imperialen Streitkräfte tun – genauso wie es das amerikanische Militär zunächst auch in Vietnam getan hat – stellt sich bald als schwerwiegender Fehler heraus. Genauso wie der Vietcong operieren die Ewoks im Dschungel, nutzen einfache Taktiken

und Fallen aus Netzen und Speeren. Ihr Mut und ihre List übertrumpfen die überlegene Technologie der Gegner im Kampf um Endor. Und mit ihrer Unterstützung gelingt es Prinzessin Leia und Han Solo schließlich den Todesstern zu zerstören und den Imperator zu töten.

Neben sich selbst abschaffenden Demokratien, Massenvernichtungswaffen und Rebellenkriegen bedient sich *Star Wars* auch noch anderenorts in der Menschheitsgeschichte. Die Jedi-Ritter zum Beispiel sind sowohl von den Shaolin-Mönchen als auch von den Tempelrittern der Kreuzzüge inspiriert, beide historische Beispiele für Kampfmonche. Die Shaolin trainieren den Kampf mit dem Stab ähnlich wie die Jedi mit dem Lichtschwert. Auch die Parallelen zwischen Jedi und Templern ist offensichtlich: Beide haben befestigte Hauptquartiere, sind von einem mächtigen Rat befehligt und die Roben der Jedi ähneln sogar den Umhängen der Tempelritter.

Das Design und die Ikonographie anderer Figuren und Szenen aus *Star Wars* spiegeln ebenfalls Beispiele aus der Geschichte wieder. Prinzessin Leias berühmte Schnecken-Frisur wurde von der Haartracht mexikanischer Revolutionärinnen abgeschaut während die Architektur auf Naboo sehr stark an das Florenz der Renaissance erinnert. Die Inszenierung von Palpatines Armee, im Speziellen die der Klon-Krieger, wurde von Fotografien der Reichsparteitage in Nürnberg beeinflusst.

Letztendlich hat sich *Star Wars* nicht nur an der Realität orientiert, andersherum beeinflussten die Filme selbst auch den militärischen Diskurs in den USA. Die überzeugende Darstellung des Todessterns führte zu Überlegungen in der Regierung und in der Öffentlichkeit, dass solch eine hochtechnisierte Waffe die geopolitischen Rivalitäten noch weiter verkomplizieren könnte. Als Ronald Reagan 1983 Pläne für die »Strategic Defense Initiative« (SDI) auf den Tisch legte, ein im Weltraum statio-

niertes Raketenabwehrsystem, welches, ähnlich dem Todesstern, auf Laserbasis funktionieren sollte, wurde es von den Gegnern des Vorschlags kurzerhand »Star Wars« getauft. Den Fans der ersten *Star Wars*-Trilogie muss die Ironie in Reagans Vorschlag sofort klar gewesen sein. Nach dem geschichtlichen Verständnis von George Lucas gibt es keine endgültige Lösung

durch Technologie. So wie schwache Demokratien und Ritter werden aber auch Superwaffen immer wieder zurückkehren.

(Übersetzung aus dem Englischen von Julian Heidenreich)

Das Erwachen der Macht, die siebte Episode der *Star Wars*-Saga, wird voraussichtlich am 17. Dezember 2015 in den deutschen Kinos anlaufen.



Nancy Reagan

ist Professorin für Geschichte an der Pace University in New York. Sie hat mehrere Anthologien über die Verwendung von Geschichtsmodellen in Fantasy und Science Fiction veröffentlicht, zuletzt *The Hobbit and History*.

Johano Strasser

Demokratie – ein Standortnachteil?

Die demokratischen Staaten des Westens gehören zugleich zu den wohlhabendsten Staaten der Welt. Ein Zufall ist das sicher nicht. Was da was bedingt, ob der Wohlstand von den demokratischen Verhältnissen oder umgekehrt die Demokratie vom Wohlstand gefördert wird, ist schwer zu entscheiden. Wahrscheinlich ist ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis: Wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand schaffen die Voraussetzungen für eine Kultur der Freiheit, und im Klima der Freiheit können sich alle Talente besser entfalten, setzt sich im Prozess aus Versuch und Irrtum zumeist das Bessere durch, so dass der Wohlstand weiter wächst.

So in etwa würden es auch heute noch die Festredner nahezu aller Parteien und Professionen darstellen, wenn aus feierlichem Anlass Grundsätzliches angesagt ist. Vor allem, wenn es darum geht, die Vorbildhaftigkeit der Bundesrepublik oder des Westens insgesamt gegenüber anderen Weltgegenden herauszustreichen.

Immer mehr Politiker, Verbandsvertreter, Unternehmer und Publizisten, Medienvertreter und Medienverbraucher schei-

nen aber nicht mehr so recht an das zu glauben, was bei festlichen Gelegenheiten unserer Demokratie nachgerühmt wird: dass sie nämlich der angemessene Rahmen für eine gedeihliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sei. Immer häufiger hören wir heute, dass *gehandelt* werden sollte, statt zu diskutieren, dass das Partizipationsbegehren der Bürger sachgerechte Problemlösungen erschwere, dass Laien den Experten tunlichst nicht dreinzureden hätten, dass die umständliche Demokratie das erforderliche schnelle und zielgerichtete Handeln behindere, dass Entschlossenheit und Geschlossenheit wichtiger seien als demokratische Verfahren und Legitimität.

Unter dem Ansturm der neoliberalen Propaganda sind nicht nur die Westwelle-Rösler-Lindner-Liberalen, sondern auch die meisten früher so staatsfrommen Konservativen und manche Kritiker aus den Milieus der politischen Mitte zu Skeptikern des demokratischen Staates geworden, und immer häufiger wird aus der modischen Staatsfeindschaft eine mehr oder weniger offene Ablehnung der Demokra-

tie. In den Chefetagen mancher Großkonzerne werden heute Parlamente wieder, wie in der Endphase der Weimarer Republik, als »Quasselbuden« bezeichnet, Politiker, die Rücksicht auf die Meinung, die Sorgen, Wünsche und die Bedenken ihrer Wähler nehmen, gelten als Schwächlinge, Andersdenkende und protestierende Bürger als inkompetente Nörgler und Störenfriede. Und wenn die Komplexität der Probleme die demokratischen Institutionen zu überfordern droht wie zur Zeit bei der Flüchtlingsfrage, ertönt hier und da – nicht nur auf der Straße, sondern auch im Salon – wieder der Ruf nach dem »starken Mann«, der ohne viel Rücksicht auf das Parlament, seine Partei, seine Wähler, die Betroffenen das Notwendige tut.

Anfang des Jahres hat das Göttinger Institut für Demokratieforschung unter dem Titel *Sprachlose Elite? Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen* eine Untersuchung zum Gesellschafts- und Demokratieverständnis von Unternehmen veröffentlicht. In 160 Interviews befragte das Forscherteam Gesellschafter, Vorstände, Geschäftsführer und Unternehmer zu ihren Werten, ihrer Selbstwahrnehmung, ihrem Blick auf Gesellschaft und Politik. Was dabei herauskam, ist einigermaßen alarmierend. Zwar werden Sozialdemokraten und Gewerkschafter – u.a. wohl als Reaktion auf Gerhard Schröders Agenda-Politik – nicht mehr durchweg als bedrohliche Feinde wahrgenommen, aber dafür ist das Verhältnis zu den Medien kaum weniger von Angst und Verachtung geprägt als bei den Teilnehmern der Pegida-Demonstrationen.

Besonders besorgniserregend ist die Haltung der ökonomischen Elite zur Demokratie. Zwar lehnen die Befragten totalitäre Diktaturen zumeist ab, aber bezüglich China zeigt sich bei der Mehrzahl eine merkwürdige Mischung von »Distanz und Faszination, Ablehnung und Neugierde«. Nicht wenige halten es durchaus für möglich, dass ein Land wie China dauerhaft

eine größere wirtschaftliche Dynamik entwickelt als die westlichen Demokratien und könnten sich mit einem modernen Kapitalismus »mit weniger Demokratie bei allerdings stabiler und auch transnational konstituierter Rechtsstaatlichkeit« anfreunden (so die vom Göttinger Institut herausgegebene Zusammenfassung der Studie). Es versteht sich nach alledem fast von selbst, dass die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch erweiterte Formen direktdemokratischer Mitwirkung der Bevölkerung auf allen Ebenen bei Unternehmern ziemlich einhellig auf Ablehnung stößt. Wenn schon Demokratie, so könnte man deren Haltung zusammenfassen, dann eine, in der das politische Geschäft von sachkundigen und verantwortungsbewussten und möglichst parteifernen Eliten wahrgenommen wird.

Der Hintergrund für diesen im Ganzen doch markanten Bewusstseinswandel ist die sich weiter verschärfende Standortkonkurrenz, genauer: die Angst, dass Deutschland oder die EU gegenüber anderen Ländern – USA, China, Indien – ins Hintertreffen geraten könne, wenn man sich nicht schnell genug auf die neuen Bedingungen in der globalisierten Welt einstelle. Schnell, immer schneller müsse dieser Anpassungsprozess erfolgen, sagen uns die Experten der Finanzwelt, die Globalisierungspropheten, sagen uns die Vertreter der meisten nationalen und europäischen Exekutiven, schneller jedenfalls, als die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Demokratie sein können.

In einer solchen Situation scheint es ratsam, nicht allzu viel Zeit mit den Umständlichkeiten der Demokratie, mit der Überzeugung der Menschen, der Gewinnung von Mehrheiten zu vergeuden. Welche Maßnahme ergriffen, welche Reform angepackt wird, immer heißt es: Es gibt keine Alternative, und wo es keine Alternative gibt, gibt es auch nichts zu diskutieren. Nirgends ist dies deutlicher geworden als in der diktatorischen Art, wie einige nationale

Regierungen, voran die deutsche, im Bunde mit der EZB, dem Internationalen Währungsfonds und dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe Jeroen Dijsselbloem jüngst der Regierung von Alexis Tsipras entgegen dem deutlichen Votum der griechischen Bevölkerung die Fortsetzung der neoliberalen Austeritätspolitik aufzwingen.

Den »Ruckrednern« und den Fans »drastischer Maßnahmen« und »harter Einschnitte« mag dies gefallen haben. Aber der Ruck, der drastische Kurswechsel, das sind Bewegungsarten, die der Demokratie wesensfremd sind. Die Demokratie ist unvermeidlich umwegig. Demokratische Entscheidungen fallen erst nach umständlichen Erörterungen des Für und Wider, oft nach hitzigen Diskussionen und schwierigen Aushandlungsprozessen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Entscheidungen auch von den Unterlegenen als legitim angesehen werden und für die Bürger tatsächlich bindend sind. Und nur wenn die Bürger die Entscheidung als legitim erachten, werden sie von ihnen auch mitgetragen, kann auf Dauer der gesellschaftliche Friede gesichert werden.

Dass in aller Regel die umständliche und langsame Demokratie zu besseren Ergebnissen führt als jede Form autoritärer Elitenherrschaft, diese historische Erfahrung wird heute wieder von vielen verdrängt. Immer häufiger werden wieder schneidige Abkürzungswege empfohlen, von denen wir eigentlich wissen sollten, dass sie allzu leicht dazu führen, dass wichtige Problemaspekte übersehen, legitime Interessen unterschlagen und die Folgewirkungen unseres Tuns falsch eingeschätzt werden. Als hätten wir nicht oft genug ausbaden müssen, was angeblich unfehlbare Experten mit ihren Prognosen und Empfehlungen und schneidige Macher mit ihren Parforceritten uns einbrockten!

Aber im neoliberalen Klima der Zeit glauben viele, dass die meisten, wenn nicht alle Dinge durch den Markt besser geregelt würden als durch die Demokratie. Politi-

ker, die dieser Ideologie anhängen, betreiben seit Jahren mehr oder weniger offen eine kontinuierliche Selbstentmachtung der Politik, genauer: der Demokratie, wohl auch in der irrigen Hoffnung, sich so ihrer Verantwortung zum Teil entziehen zu können. Immer mehr Entscheidungen werden der Diskussion und Beschlussfassung demokratischer Gremien entzogen und den Gesetzen des Marktes, in Wahrheit natürlich den selbsternannten und durchaus nicht interesselosen Wächtern dieser Gesetze, überlassen. Unter Umgehung der Parlamente werden internationale Verträge ausgehandelt, wichtige Kompetenzen an demokratisch nicht legitimierte Gremien wie die angeblich politisch neutrale EZB übertragen. Die für die Politik auf allen Ebenen eminent bedeutsamen finanzpolitischen Entscheidungen fallen heute in Gremien, die sich fast ganz der demokratischen Kontrolle entziehen. Das Unrecht des Parlamentarismus, die demokratische Beschlussfassung über die Besteuerung der Bürger, ist de facto längst kassiert.

Auf diese Weise etabliert sich immer offener eine kaum noch demokratisch kontrollierbare Technokratie. Möglich ist dies, weil in den meisten Ländern die abgehängte Unterschicht sich längst entmutigt von der Politik abgewandt hat und ein Großteil der Mittelschicht in der Rushhour des Lebens gar nicht mehr die Zeit findet, sich einzumischen. Meist sind die staatlichen Exekutiven der führenden Länder durch hohe Ministerialbeamte an wichtigen Entscheidungen im vorparlamentarischen Raum beteiligt. Aber diese Beamten werden nicht gewählt, genauso wenig wie die Analysten der Wall Street und die Fondsmanager, die mit ihren Ratings und Kreditempfehlungen oft allein bestimmen, wie die Rentenversicherung, das Gesundheitswesen oder das Bildungssystem eines Landes auszusehen hat. Über 70 % der Gesetze, die z.B. der Deutsche Bundestag verabschiedet, bestätigen nur, was zuvor auf der Ebene der Europäischen Union

oder in anderen internationalen Gremien – zumeist in allenfalls halbdemokratischen Verfahren und fast immer ohne öffentliche Diskussion – beschlossen wurde.

Kurzfristig mag so etwas halbwegs gutgehen, aber in mittlerer und längerer Frist endet die Ausschaltung demokratischer Kontrollen und die Verwandlung von Parlamenten in Akklamationsorgane, wie die Geschichte der untergegangenen Sowjetunion demonstriert hat und wie es sich bald auch am gepriesenen Boomland China erneut erweisen könnte, in einem Fiasko der Ineffizienz und der Inkompetenz. Darum sollten sich die Europäer nicht einreden lassen, dass Demokratie in der globalisierten Welt ein Standortnachteil ist. Vielmehr sollten sie nach mehreren Runden der Erweiterung und als Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Krise der EU entschlossen an ihre demokratische Vertiefung gehen.

Demokratische Vertiefung kann und darf aber nicht heißen, aus Europa einen bürgerfernen Zentralstaat zu machen. Vielmehr kommt es darauf an, eine wirkliche *Mehrebenendemokratie* zu installieren, für die es keine historischen Vorbilder gibt. Nur durch eine klare Kompetenzverteilung, die den unteren Ebenen, den Gemeinden, den Ländern oder Regionen und den nationalen Staaten autonome demokratische Handlungsmöglichkeiten lässt, und durch die wirksame demokratische Kontrolle der auf der Ebene der EU zu fällenden Entscheidungen mittels eines Europaparlaments mit Budgetrecht und Gesetzesinitiative und eines zur Zweiten Kammer erweiterten Europarats kann dem – gerade wegen der institutionellen Schwäche der EU – wachsenden Zentralismus in der EU begegnet werden.

Im geltenden Grundsatzprogramm der SPD heißt es hierzu: »Wir wollen ein föderales Europa, in dem neben dem Parlament die Nationalstaaten an der Gesetzgebung beteiligt sind. Was die Menschen vor Ort, in der Region, in einem Land betrifft, ge-

hört in ihre politische Zuständigkeit, damit bürgernah entschieden werden kann. Dieses Prinzip darf durch europäische Regeln nicht ausgehebelt werden. (...) Das Europäische Parlament braucht umfassende parlamentarische Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission sowie das Recht zu eigenen Gesetzesinitiativen. Der Präsident der Europäischen Kommission soll vom Europäischen Parlament gewählt werden.«

Das ist ein klarer Auftrag an die Politiker der SPD und eine Wegweisung, die auch über die Parteiengrenzen hinweg überzeugend wirken kann. Denn die hier skizzierte Weiterentwicklung des europäischen Institutionengefüges dient einerseits der Wahrung des größten Reichtums Europas, nämlich seiner historisch gewachsenen kulturellen Vielfalt, und weist zum anderen einen Weg, auf dem die Handlungsfähigkeit der Union und damit ihre Fähigkeit zur Selbstbehauptung in der globalisierten Welt vergrößert werden kann, während gleichzeitig die demokratische Kontrolle ihrer Exekutive verbessert und damit die Legitimität ihrer Entscheidungen erhöht wird.

Ein solches föderales Europa wird (hoffentlich) stets ein Europa von Bürgern sein, die verschiedene, am besten mehrere Sprachen sprechen, die die gemeinsame europäische Geschichte in je eigenem Licht betrachten und sich weigern, das, was sie selbst vernünftig regeln können, in die Verantwortung bürgerferner Institutionen abzugeben. Dies schließt aber keineswegs aus, dass man das, was nur gemeinsam vernünftig geregelt werden kann, auch gemeinsam regelt. Die Überhöhung der nationalen Identität zu einer essenziellen Kategorie ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Man kann ohne Weiteres Pole, Italiener, Franzose, Deutscher, ja, man kann sogar Engländer sein *und* engagierter Europäer. Man *kann* und man *sollte* es sein. Denn nur eine starke und vielgliedrige Union kann das vielfältige Erbe Europas gegen

die gleichmacherische Tendenz des globalen Finanzkapitalismus bewahren und produktiv weiterentwickeln; nur eine solche Union kann verhindern, dass die Demokratie auf unserem Kontinent im-

mer mehr zur Scheindemokratie verkommt oder, wie in Ungarn, in offen autoritäre Herrschaft abgeleitet und die Bürger von Subjekten der Politik immer mehr zu ihren Objekten werden.



Johano Strasser

ist Politologe, Publizist und Schriftsteller und war von 2002 bis 2013 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Soeben im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. erschienen: *Das Drama des Fortschritts*.

johano.strasser@t-online.de

Barbara Strohschein

Die Wirkung von Kränkungen

Heimliche Macht der Werte und Entwertungen

Eine einfach klingende Frage: Weshalb tun sich Menschen Gewalt an? Sie fühlen sich entwertet und verschaffen sich durch Gewaltausübung Macht über den, der sie entwertet. Dieser Teufelskreis betrifft nicht nur physische Gewalt durch aggressive Taten, sondern auch psychische Gewalt durch verletzende Worte. Und er setzt sich in persönlichen Beziehungen ebenso wie in politisch-kriegerischen Auseinandersetzungen in Gang – auch wenn Kriege aus anderen Motiven als aus Kränkungen geführt werden.

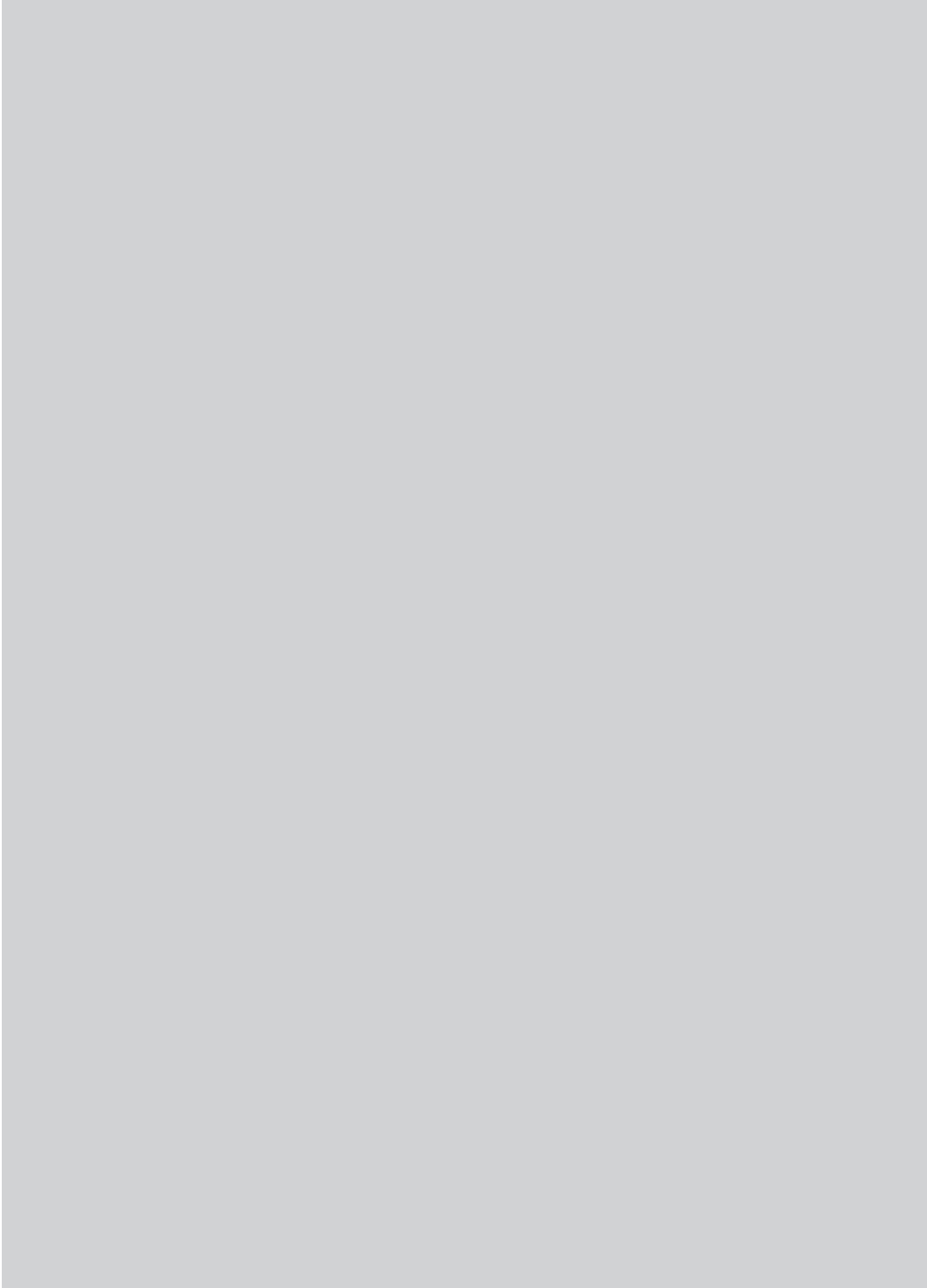
Die Dynamik, von der hier die Rede sein wird, ist einfach und sehr komplex zugleich. Wer sich entwertet fühlt, ist gekränkt. Die Entwertung wie die daraus folgende Kränkung wird meist nicht bewusst wahrgenommen und wird als Motiv für Aggressivität nicht kommuniziert. Sich gekränkt zu fühlen beschämt und macht wütend. Dass diese Scham nicht eingestanden wird, ist nur allzu verständlich. Wer sich schämt, fühlt sich schwach und unterlegen – und bringt die damit verbundenen Gefühle nicht zur Sprache. So liegt über der Kränkung ein Tabu, das erschwert, sich über die Wechselwirkung von Entwertung

und Gewalt bewusst zu werden – auf der politischen wie individuellen Ebene.

Wenn Menschen fliehen müssen, erleben sie per se eine Entwertung. Sie verlieren ihre Heimat, ihre Kultur. Ihre Identität ist infrage gestellt. Sie gelten in dem Einwanderungsland für viele Einheimische weit eher als Zumutung und Belastung – so wie es fast immer in der Geschichte der Fall war – denn als Gewinn. Welcher »Wert« wird ihnen schon als Fremde zugestanden? Verwendbare Arbeitskräfte? Störenfriede mit anderen Sitten, die man erdulden muss?

Es hat eine lange Geschichte, dass Menschen sich gegenseitig aus unterschiedlichen Glaubensrichtungen entwerten – am Ende gar gegenseitig umbringen. In der Weltpolitik geht es unentwegt um die Frage, wer übt mit welchem Recht über einen anderen Staat Macht aus; aufgrund welcher »Werte«, die jeweils gelten? Doch nicht nur in der globalen Politik wirkt dieser Entwertungsmechanismus, sondern ebenso und nachhaltig im sozialen Alltag, in der Gesellschaft. Entwertung macht den Menschen überall zu schaffen: in der Fa-

*Schauplätze
der Entwertung*



milie, in der Selbstwahrnehmung, in Bezug auf den Körper, am Arbeitsplatz, beim Sex, in der Wissenschaft und im Glauben an nichts oder an Gott. Das Gefühl »ich bin nicht gut genug«, die Erfahrung »ich werde nicht respektiert, nicht anerkannt«, die Empfindung, beleidigt zu werden durch anmaßende Worte, achtlose und rücksichtslose Handlungen, kann sich schnell überall einstellen: in privaten Beziehungen, am Arbeitsplatz, in der Freizeit, unter Bekannten und Kollegen. Kränkungen können so subtil sein, dass sie kaum wahrgenommen werden. Dennoch wirken sie sich massiv auf das Selbstwertgefühl des Einzelnen und auf die gesellschaftliche Gestimmtheit aus. So entsteht eine Stimmung von Geiztheit, Anspannung und Misstrauen, die die Kreativität und die Lust, Lösungen zu finden, beeinträchtigt. Auch die politischen Diskurse sind davon geprägt.

Es klingt paradox und ist zugleich logisch: Keine Entwertung ohne Werte. Werte – wie Verhaltens- und Einstellungsqualitäten wie Tugenden und Ideale – sind Teil einer jeden Kultur. Tugenden, ein altmodischer Begriff, bezeichnen nachprüfbare Handlungsqualitäten, wie Fleiß, Ordentlichkeit, Respekt usw. Ideale wie Gerechtigkeit, Ehre, Würde, Brüderlichkeit, Meinungsfreiheit sind idealisierte Vorstellungsmuster. Sie sind teilweise in den Gesetzen verankert, und sie sind verschieden leb- und interpretierbar. Um »Ideale« durchzusetzen, sind Menschen geopfert worden.

In jedem Land dieser Welt gelten kulturell bedingt bestimmte Werte. Die kulturellen Unterschiede in der Bewertung und Akzeptanz der Werte sind allerdings enorm. Sie führen nicht nur zu zahllosen politischen Missverständnissen, sondern auch zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Ohne hier ins Detail gehen zu können, ist der Grundkonflikt in einem Satz beschreibbar: Wer meine/unsere Werte (welche das auch immer sind) nicht aner-

kennt, entwertet mich/uns – und ist der Feind. Und mit dieser auf den Punkt gebrachten Auseinandersetzung beginnt ein leiser oder lauter Krieg.

Das politische Problem korrespondiert mit einem individuellen Konflikt. Die Gesellschaft wird ja nicht durch Zwänge und Systeme »gemacht«, sondern von Frauen und Männern, die sowohl von ihrer Familie als auch der Zeit, in der sie leben, geprägt werden. Es gibt keinen Menschen, der nicht schon einmal gekränkt worden ist. Kränkung gehört zum Leben. Brisant dabei ist, dass heute enorm hohe Ansprüche an jeden Einzelnen gestellt werden, wie etwa perfekte Leistung oder perfektes Aussehen. Diese Perfektionsideale entmutigen, so merkwürdig das klingt. Man wertet sich selbst vor diesen verinnerlichten Ansprüchen ab. Fast niemand fühlt sich gut genug und redet nicht darüber, sondern agiert dieses Mangelgefühl an anderen aus: A macht B fertig. Das wirkt. A fühlt sich besser, weil A sich über B erhoben hat. B fühlt sich zu recht gekränkt und schlägt zurück. Und so entsteht unter dem Druck von Perfektion und Machtbestreben eine Art Entwertungskrieg, bei dem irgendwann alle verlieren. Denn wie soll aus dieser Negativspirale jemand als Sieger hervorgehen?

Alles, was unbewusst geschieht, bleibt unerkannt und ist deshalb nicht zu ändern. Das gilt nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft. Bewusstwerdung jedoch geschieht langsam, ist mit Widerständen verbunden, mit Restriktionen und vielen Mühen. Oft sind es Krisen und als unerträglich empfundene Lebenslagen, die Männer und Frauen aufwachen und begreifen lassen: »So will ich nicht mehr weitermachen!« Das gilt nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch kollektiv. Die Erkenntnis und das Analysieren des Entwertungsvorgangs ist der erste Schritt, etwas ändern zu können.

Warum ist unsere Gesellschaft eine »gekränkte« Gesellschaft?

Warum Entwertungen ohne Wertungen nicht denkbar sind

Je mehr wir einsehen, wie wichtig es für den inneren wie äußeren Frieden ist, sich selbst und andere anzuerkennen, umso mehr besteht die Chance, aus diesem Entwertungsprozess auszusteigen – sowohl politisch als auch individuell. Anerkennung hat nichts mit Gutmenschen zu tun, sondern bedeutet faire Auseinandersetzung, Kritik und konstruktives Umgehen mit vollkommen anderen Meinungen und Standpunkten.

Damit sind wir bei einem grundsätzlichen Problem. Selbst wenn diese Werte-Konflikte bewusst werden, bedeutet das

Werte ohne Entwertung?

noch lange nicht, dass die tiefgreifenden Entwertungsmechanismen einfach aufhören. Einsicht – dem akzeptierenden Handeln vorausgesetzt – kann nicht abgefordert werden. Werte können zudem nicht einfach politisch gesetzt werden, in der naiven Erwartung, dass ihnen auf Anweisung auch entsprochen wird. Das Problem dabei ist: Die vielen unbewussten Übertragungen von Werte-Haltungen, die in der Familie vermittelt wurden, der angelernte Habitus, wie mit anderen Menschen und sich selbst umgegangen wird, sitzen so tief, dass das einfache »Umklappen« vom Erkennen ins Handeln nicht zu bewerkstelligen ist. Hier taucht wieder das uralte Theorie-Praxis-Problem auf: Auf das vernunftmäßige Erkennen, was richtig sei, folgt keineswegs das richtige Handeln. Was auch immer als »richtig« bezeichnet wird.

Ein bescheidener und wirkungsvoller Weg ist eine philosophische Haltung, zu der jeder Mensch im Prinzip fähig ist. Sich nämlich zu fragen: Wer bin ich? Was kann ich? Wie will ich leben? Was macht mir Freude und ermutigt mich? Eine wichtige Rolle im Prozess dieser Selbsterkenntnis

spielen Beziehungen. Wir wachsen durch Beziehungen, weil wir nur in Beziehungen zu anderen und nicht etwa im Alleingang etwas über uns lernen. Insofern ist es von großer Bedeutung, in den Bereichen, in denen jeder selbst wirksam sein kann, Freundschaften einzugehen, sich Gemeinschaften anzuschließen und sich in sinnvollen Projekten zu engagieren. Darüber hinaus ist es wichtig, sich Ziele zu setzen und Wünsche zu haben, die umsetzbar sind und die ein Gefühl von Befriedigung und Stolz hervorrufen. Jeder Mensch freut sich über ein ehrlich ausgesprochenes Lob, jeder ist glücklich darüber, verstanden, gesehen und gehört zu werden. Das sind zu tiefst menschliche Bedürfnisse. Wir können viel tun, um Anerkennung zu leben – ohne uns anstrengen zu müssen.

Es ist im politischen wie im ökonomischen Diskurs nicht üblich, so »individual-psychologisch« und »kollektiv-psychologisch« zu denken. Ja, überhaupt in Betracht zu ziehen, dass Führungspersönlichkeiten wie Politiker/innen, Konzernvorstände auch Menschen mit Gefühlen, eigenen Werten und einer Lebensgeschichte sind. Wie auch alle Wähler/innen, Arbeitnehmer/innen, Kulturschaffenden etc. Das hängt damit zusammen, dass es nicht im allgemeinen Bewusstsein ist, dass auf der Welt Menschen leben, die keine Maschinen und nicht nur Leistungsträger sind. Menschen, die als lebendige Individuen politisch und familiär geprägt sind und die durch ihr Handeln die Gesellschaft prägen. Jeder Mensch bringt sich, willentlich oder nicht, in die Gesellschaft ein und trägt damit dazu bei, wie diese Gesellschaft funktioniert. Daraus folgt, dass die Wirkung von Kränkungen sowohl politisch als auch individuell Fragen aufwirft und Konsequenzen hat.



Barbara Strohschein

ist Philosophin und Autorin. In ihrer »Philosophischen Praxis für Werte cor amati« berät sie Führungskräfte, Teams und Einzelpersonen. Kürzlich erschien bei RANDOM HOUSE/Riemann: *Die gekränkte Gesellschaft. Das Leiden an Entwertung und das Glück durch Anerkennung.*

www.barbarastrohschein.de

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Kurt Beck, Sigmar Gabriel, Klaus Harpprecht, Jürgen Kocka, Thomas Meyer und Bascha Mika

Redaktion

Thomas Meyer (Chefredakteur und verantwortlich), Jana Heisel, Hanjo Kesting, Dirk Kohn, Klaus-Jürgen Scherer, Clemens Kind (Internet), Paul Petrowski (Praktikant)

Redaktionsberater

Peter Brandt, Johano Strasser

Anschrift Redaktion

Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, T (030) 26935 7151, -52, -53
F (030) 26935 9238, www.ng-fh.de, ng-fh@fes.de

Redaktionsbeirat

Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Eckhard Fuhr, Susanne Gaschke, Gerhard Hofmann, Richard Meng, Wolfgang Merkel, Siegmars Mosdorf, Herfried Münkler, Karin Priester, Karsten Rudolph, Hans-Joachim Schabedoth, Thorsten Schäfer-Gümbel, Wolfgang Thierse, Volker Ullrich, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Christoph Zöpel

Verlag

Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn,
T (0228) 184877-0, F (0228) 234104, www.dietz-verlag.de
Geschäftsführer: Michael Dauderstädt, Amtsgericht Bonn HRB 887,
Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 122118114

Bezugsbedingungen

Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag.

Vertrieb: Heidemarie Pankratz (heidemarie.pankratz@dietz-verlag.de)

Die NG/FH erscheint zehnmal im Jahr (Heft 1+2 und 7+8 als Doppelheft).

ISSN 0177-6738.

Einzelheft: € 5,50; Doppelheft: € 10,80 (zzgl. Versand); Jahresabonnement: € 50,60 (frei Haus). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigen

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1.1.2015, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH
Flora Frank (flora.frank@dietz-verlag.de)

Gestaltungskonzept

tiff.any GmbH, Berlin

Satz, Lithografie, Druck und Verarbeitung

Limberg Druck GmbH, Kaarst

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.